D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 39
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

25. September 1981
Preis 1 DM

Tod eines Demonstranten in Westberlin

Lummer ist verantwortlich!

söh. Der Westberliner CDU-Senat hat seine Ankündigung, acht besetzte Häuser zu räumen, wahr gemacht. Die Aktion hat ein Menschenleben gekostet. Die Häuser wurden auf Antrag der Besitzer geräumt, um – wie es der Regierende Bürgermeister von Weizsäcker ausdrückt – „dem Recht in Berlin Geltung zu verschaffen". Sechs der Häuser sind im Besitz der gewerkschaftseigenen Wohnungsbaugesellschaft „Neue Heimat", eins gehört der senatseigenen „Gesellschaft für sozialen Wohnungsbau" (GSW), und eins war im Privatbesitz.

Angesichts über 600 leerstehender Häuser wird jede Argumentation, daß diese Häuser geräumt werden mußten, um mit dem Bau so dringlich benötigter Wohnungen zu beginnen, aberwitzig. Es ging daher bei dieser Räumung auch nicht um Wohnungsbau und um Lösung von Wohnungsproblemen. Es ging um den Versuch, der „Hausbesetzerbewegung" mit Wasserwerfer, Tränengas und Schlagstock beizukommen. Wobei die Hausbesetzerbewegung keineswegs auf die Auseinandersetzung um leerstehende Häuser beschränkt ist. So vergißt der CDU-Senat in der Aufzählung von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten nie, auf die Straßenschlachten im Anschluß an die Demonstration gegen den Haig-Besuch hinzuweisen.

Böse reagierte von Weizsäcker noch am Sonntag auf die Aufforderung der oppositionellen SPD, wenigstens die

stet. Die Häuser wurden auf Antrag der Besitzer geräumt, um – wie es der Regierende Bürgermeister von Weizsäcker ausdrückt – „dem Recht in Berlin Geltung zu verschaffen". Sechs der Häuser sind im Besitz der gewerkschaftseigenen Wohnungsbaugesellschaft „Neue Heimat", eins gehört der senatseigenen „Gesellschaft für sozialen Wohnungsbau" (GSW), und eins war im Privatbesitz.

Angesichts über 600 leerstehender Häuser wird jede Argumentation, daß diese Häuser geräumt werden mußten, um mit dem Bau so dringlich benötigter Wohnungen zu beginnen, aberwitzig. Es ging daher bei dieser Räumung auch nicht um Wohnungsbau und um Lösung von Wohnungsproblemen. Es ging um den Versuch, der „Hausbesetzerbewegung" mit Wasserwerfer, Tränengas und Schlagstock beizukommen. Wobei die Hausbesetzerbewegung keineswegs auf die Auseinandersetzung um leerstehende Häuser beschränkt ist. So vergißt der CDU-Senat in der Aufzählung von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten nie, auf die Straßenschlachten im Anschluß an die Demonstration gegen den Haig-Besuch hinzuweisen.

Böse reagierte von Weizsäcker noch am Sonntag auf die Aufforderung der oppositionellen SPD, wenigstens die
Abgeordnetenhausdebatte abzuwarten. „Zuwarten hilft nicht. Wir mußten erleben, daß sich in den besetzten Häusern immer mehr junge Leute zusammenrotten, von denen gezielte Gewaltaktionen gegen Polizisten ausgehen." Eine Gewaltdebatte, losgelöst von den Ursachen und Anlässen, unter der Losung, daß Gewalt kein Mittel der Politik sein darf, ist das, was der Senat braucht. Wobei er natürlich Gewalt einsetzen darf zur Sicherung seiner Politik. Um die Gewalt von Demonstranten ziellos erscheinen zu lassen, wurde sich in der jüngsten Vergangenheit in Westberlin des öfteren Polizeiprovokateuren bedient, die in Jeans und Hemd, nicht selten auch maskiert, bei Demonstrationen gegen ihre Kollegen Steine warfen und Barrikaden errichteten. Sie wurden so eingesetzt mit dem Versuch, die Bewegung zu spalten. Am deutlichsten wurde dies auf der gewerkschaftlichen Kundgebung zum Antikriegstag, wo selbst bürgerliche Tageszeitungs- und Rundfunkreporter davon Notiz nehmen mußten, daß die Leute, die die Auseinandersetzung einleiteten, in Verbindung mit der Polizei standen. Ausgenutzt wurden dabei Widersprüche, die es ohne Zweifel zwischen der jungen Bewegung und den Gewerkschaften gibt. Und dahin genau zielt auch der Keil, den der Senat zu treiben gedenkt.

Daß der Aufsichtsrat der „Neuen Heimat", der aus den Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften besteht, mehrheitlich den Räumungsantrag unterstützte, muß zu größeren Widersprüchen zwischen der Bewegung und der Gewerkschaft führen. Die Verbindungen, die sowohl in den Anti-Kriegs-Demonstrationen als auch über die Hausbesetzungen zwischen Gewerkschaftsgruppierungen und dieser Bewegung in hoffnungsvollen Ansätzen aufgebaut werden, sollen zerstört werden. Der Westberliner DGB-Vorsitzende Sickert zeichnet sich dabei auf seiten der Reaktion aus, wenn er einen Teil der Besetzer in die Nähe des Rechtsradikalismus zu bringen versuchte, als man im DGB-Haus gegen die „Neue Heimat" demonstrierte. Die Gewerkschaft „Bau-Steine-Erden" will eine Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit machen, wobei auch noch von ihrer Führung in die Aufrufe hineingedruckt wird, daß angeblich die Hausbesetzer eine Bautätigkeit in größerem Ausmaß in der Stadt verhindern. Ob dieser Lage schrieb der „Tagesspiegel" hämisch vor der Räumung, sinngemäß: „Version einer Einheitsgewerkschaft: In den besetzten Häusern die Patenschaften von GEW und ÖTV, davor die für ihre Arbeitsplätze demonstrierenden Mitglieder der BSE, und dazwischen die Kollegen der Gewerkschaft der Polizei."

Zugleich wollte Lummer noch die Hausbesetzer demütigen und ihre Machtlosigkeit gegenüber der massiven Staatsgewalt demonstrieren. Deshalb begab er sich unmittelbar nach der Räumung in das Haus Bülowstr. 89 und ließ sich noch auf dem Balkon fotografieren. Die Demonstranten, die sich aufgrund dieser Provokation natürlich verstärkt vor diesem Haus ver-

gung in hoffnungsvollen Ansätzen aufgebaut werden, sollen zerstört werden. Der Westberliner DGB-Vorsitzende Sickert zeichnet sich dabei auf seiten der Reaktion aus, wenn er einen Teil der Besetzer in die Nähe des Rechtsradikalismus zu bringen versuchte, als man im DGB-Haus gegen die „Neue Heimat" demonstrierte. Die Gewerkschaft „Bau-Steine-Erden" will eine Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit machen, wobei auch noch von ihrer Führung in die Aufrufe hineingedruckt wird, daß angeblich die Hausbesetzer eine Bautätigkeit in größerem Ausmaß in der Stadt verhindern. Ob dieser Lage schrieb der „Tagesspiegel" hämisch vor der Räumung, sinngemäß: „Version einer Einheitsgewerkschaft: In den besetzten Häusern die Patenschaften von GEW und ÖTV, davor die für ihre Arbeitsplätze demonstrierenden Mitglieder der BSE, und dazwischen die Kollegen der Gewerkschaft der Polizei."

Zugleich wollte Lummer noch die Hausbesetzer demütigen und ihre Machtlosigkeit gegenüber der massiven Staatsgewalt demonstrieren. Deshalb begab er sich unmittelbar nach der Räumung in das Haus Bülowstr. 89 und ließ sich noch auf dem Balkon fotografieren. Die Demonstranten, die sich aufgrund dieser Provokation natürlich verstärkt vor diesem Haus ver-
sammelten und in Schmährufe gegen Lummer ausbrachen, ließ er mit brutalem Polizeieinsatz auseinandertreiben. Dabei wurde Klaus-Jürgen Rattay von einem Bus erfaßt und getötet.

Das Wahlversprechen der CDU, wieder Ruhe herzustellen, ist ins Gegenteil umgeschlagen. Über 15000 demonstrierten am Abend der Räumung zu der Stelle, wo Klaus-Jürgen Rattay starb. Aufgerufen hatte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die AL. Die Polizei setzte gegen tausende auf der Straße sitzende Demonstranten Tränengas ein. Es folgte eine Straßenschlacht von mehreren Stunden. Die Hausbesetzer und ihre Unterstützer machten nun ebenfalls wahr, was sie im Falle einer Räumung angedroht hatten, aber mit mehr Verbissenheit und voller Wut und Trauer.

Die SPD hat sich mittlerweile, wie die Alternative Liste, zu einem Mißtrauensantrag gegen Innensenator Lummer durchgerungen. Dieser Antrag schwächt aber letztlich nur die Aussage der Alternativen Liste ab, die Lummer für den Todesfall verantwortlich macht. Zu Recht stellt die SPD aber ebenfalls einen Mißtrauensantrag gegen Bausenator Rastemborski. Parlamentarischer Erfolg wird wohl beiden Anträgen nicht beschieden sein. Die FDP wird nicht geschlossen dafür stimmen, und selbst bei der SPD ist es zweifelhaft. Trotzdem, die Räumungsaktion bleibt eine politische Niederlage der CDU. Die Forderung nach Rücktritt von Lummer und Rastemborski wird bestehen bleiben. Man kann ihr auch auf der Straße Nachdruck verleihen.



Die Führung von „Solidarność" bei einer Pressekonferenz auf dem Danziger Kongreß. BIPS ist die eigene Presseagentur der Gewerkschaft, die über ein eigenes Telex-Netz täglich alle Regionalkomitees der Gewerkschaft mit den Tagesnachrichten versorgt – ein eigener „zweiter Strang", außerhalb der Zensur.

Polen: Das Ultimatum ist gestellt

„Solidarność" tagt weiter / Suche nach einem neuen nationalen Kompromiß

gek. Diesmal war es keine brüderliche Warnung mehr von Partei zu Partei. Diesmal war das Schreiben an das ZK der PVAP *und* die Regierung der VR Polen gerichtet. Es war ein förmliches Ultimatum der Sowjetunion an Polen. Erfüllungstermin: „unverzüglich".

„Wir erwarten, daß die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und die Regierung der Volksrepublik Polen unverzüglich entschiedene und

Kania-/Jaruzelski-Führung für den zweiten Teil des Gewerkschaftskongresses, der am Wochenende fortgesetzt wird, noch immer auf ein Einlenken hofft – freilich zu *ihren* Bedingungen.

Ihr Zögern ist wohl begründet. Es ist eine Tatsache, daß auch der wirtschaftliche Zusammenbruch noch keinen Abschwung der Massenbewegung gebracht hat. Das ZK-Mitglied Solinski

dert, keine Machtambitionen zu entwickeln, zugleich aber in der Kernfrage der Öffnung der Massenmedien und Brechung der Zensur ihr ganzes Gewicht hinter die Forderungen von „Solidarność" geworfen.

Eine entscheidende Wende mag der Kompromiß-Vorschlag der Landeskommission von „Solidarność" in der Frage der Arbeiter-Selbstverwaltung bringen, der sich seinerseits auf intensi-



Die Führung von „Solidarność" bei einer Pressekonferenz auf dem Danziger Kongreß. BIPS ist die eigene Presseagentur der Gewerkschaft, die über ein eigenes Telex-Netz täglich alle Regionalkomitees der Gewerkschaft mit den Tagesnachrichten versorgt – ein eigener „zweiter Strang", außerhalb der Zensur.

Polen: Das Ultimatum ist gestellt

„Solidarność" tagt weiter / Suche nach einem neuen nationalen Kompromiß

gek. Diesmal war es keine brüderliche Warnung mehr von Partei zu Partei. Diesmal war das Schreiben an das ZK der PVAP und die Regierung der VR Polen gerichtet. Es war ein förmliches Ultimatum der Sowjetunion an Polen. Erfüllungstermin: „unverzüglich".

„Wir erwarten, daß die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und die Regierung der Volksrepublik Polen unverzüglich entschiedene und
radikale Maßnahmen treffen, um die boshafte anti-sowjetische Propaganda und die gegen die Sowjetunion gerichteten feindlichen Aktionen zu unterbinden." Die Breschnew-Doktrin der ohnehin begrenzten Souveränität Polens wird nochmals enger gefaßt: „Die Frage stellt sich, warum die offiziellen polnischen Behörden bisher keine entschiedenen Maßnahmen unternommen haben, um der feindlichen Kampagne gegen die UdSSR ... ein Ende zubereiten. Diese Haltung widerspricht sogar der Verfassung der Volksrepublik Polen, in der das Prinzip der Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR festgeschrieben wurde."

Die polnische Regierung ist unverzüglich zusammengetreten. Über die Ergebnisse hat sie nur vieldeutig mitgeteilt, es seien „notwendige Beschlüsse gefaßt", der Stand der Bereitschaft der Behörden überprüft und die Anwendung von Mitteln für verschiedene Notlagen und Eventualitäten festgelegt worden. Ist also der Ausnahmezustand vorbereitet?

Mit Sicherheit. Und dennoch zögert die polnische Regierung auch diesmal, das zu tun, was die Sowjetunion im Klartext von ihr verlangt: die unabhängige Gewerkschaft zu zerschlagen oder mindestens zu unterwerfen. Die Ultras in der Parteiführung, wie das neugewählte Mitglied des Politbüros, der Warschauer Ex-Baupolier Siwak, haben das Verbot von „Solidarność" offen gefordert. Das Zentralkomitee der PVAP wird jeden Moment wieder zusammentreten. Aber klar ist, daß die

Kania-/Jaruzelski-Führung für den zweiten Teil des Gewerkschaftskongresses, der am Wochenende fortgesetzt wird, noch immer auf ein Einlenken hofft – freilich zu ihren Bedingungen.

Ihr Zögern ist wohl begründet. Es ist eine Tatsache, daß auch der wirtschaftliche Zusammenbruch noch keinen Abschwung der Massenbewegung gebracht hat. Das ZK-Mitglied Solinski
hat in einem Interview denn auch das Unerhörte erstmals ausgesprochen: daß die PVAP weitgehend ihren Einfluß auf die Bevölkerung des Landes verloren habe und sich daher darauf einrichten solle, unter bestimmten Bedingungen in die politische Opposition zu gehen. Dieser Vorschlag überkreuzt sich mit vielfältigen anderen Versuchen, einen Ausweg aus der Gefahr zu finden. Jacek Kuron hat im Bulletin der Warschauer „Solidarität" ebenfalls vom völligen Zusammenbruch der faktischen Machtausübung durch die Partei gesprochen und daraus den Vorschlag abgeleitet, aus Vertretern von Partei, Kirche und Gewerkschaften ein „Komitee der nationalen Errettung" zu bilden, das gemeinsam die Geschäfte des Landes führen solle, unter Wahrung der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion, mit der es zu keinem Zusammenstoß kommen dürfe. Die Bischöfe des Landes haben in einem Hirtenbrief die Gewerkschaft aufgefor-

dert, keine Machtambitionen zu entwickeln, zugleich aber in der Kernfrage der Öffnung der Massenmedien und Brechung der Zensur ihr ganzes Gewicht hinter die Forderungen von „Solidarność" geworfen.

Eine entscheidende Wende mag der Kompromiß-Vorschlag der Landeskommission von „Solidarność" in der Frage der Arbeiter-Selbstverwaltung bringen, der sich seinerseits auf intensi-
ve Beratungen im Parlament, dem Sejm, stützt. Er sieht vor, daß die Regierung in den Schlüsselbetrieben des Landes die Direktoren weiter ernennen kann, bei Vetorecht der Belegschaften; in allen übrigen Betrieben aber sollen die Direktoren von den Belegschaften gewählt werden, bei Vetorecht der Staatsorgane. Die Annahme dieses Kompromisses dürfte auf dem Gewerkschaftskongreß selbst wie von Seiten der Regierung mehr als ungewiß sein. Trotzdem, es zeigt sich, daß das Ziel der nationalen Selbstbehauptung noch immer allem andern in Polen übergeordnet ist, und sein muß. Gerade die Kräfte der „laizistischen Linken" – wie man sie im Unterschied zu denen, die der Kirche verpflichtet sind, nennen kann –, die auf dem ersten Teil des Gewerkschaftskongresses eine deutlich führende Rolle gespielt haben, haben sich auf eine Spaltung in „Radikale" und „Gemäßigte" nicht eingelassen. Die Reihen der Gewerkschaft und ihrer Führung erscheinen gegenwärtig geschlossener als je.

Auf die maßlosen Attacken der herrschenden Klassen ringsum (die DDR-Presse hat inzwischen „Solidarność" mit der SA verglichen) hat die polnische Gewerkschaft mit der größten Ruhe und Zurückhaltung geantwortet. Umso schriller klingen die öffentlichen Mahnungen der Brandt und Kreisky an die polnischen Arbeiter, ihre „Grenzen" nicht zu überschreiten; Polen brauche „vor allem Arbeit" (so Brandt) und stummes Roboten für Schuldendienste (so Kreisky). Schöne Nichteinmischung, das.

Vorankündigung:

Info Nr. 1 der Initiative „Solidarität mit Solidarność"

+ Ergebnisse des ersten Kongresses von „Solidarność"
+ Dokumente zur Arbeiterselbstverwaltung
+ Zur Solidaritätsarbeit in der BRD und Westberlin, u.a.m.

Erscheint Anfang Oktober. Zu bestellen über:

Buchvertrieb Hager,
Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Braucht die Friedensbewegung die RAF?

Von Günther Kruse

Der Zeitpunkt ist bewußt kalkuliert für die neue Reihe von Attentaten, die ohne Zweifel von der RAF ausgehen und sich gegen den US-Imperialismus richten: das amerikanische Luftwaffenhauptquartier in Europa, Ramstein, der Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte in Europa, Kroesen, weitere versuchte Anschläge. Die RAF versucht, die Friedensbewegung von außen anzutreiben, ihre Aktionen zu radikalisieren. Ist dies schon prinzipiell ein politisch untaugliches Unterfangen, das den Terrorismus allgemein auszeichnet, so kommt in diesem Fall hinzu, daß die RAF zwei wesentliche Schwächen, die innerhalb der Friedensbewegung existieren, teilt, sie ins Extrem steigert bzw. in ihr Gegenteil verkehrt.

Das eine ist die einseitige Fixierung auf den US-Imperialismus. Die RAF behauptet, so absurd dies klingt, im Krieg gegen den US-Imperialismus zu stehen. „Die Zentren, die Basen und die Strategen der amerikanischen Militärmaschine angreifen", so lautet die Überschrift zu Erklärung zum Anschlag in Ramstein. Und: die RAF will „hier im Zentrum den Widerstand zur Schärfe der wirklichen Situation bringen. Und so die politisch-militärische Strategie offensiv im Kampf entwickeln, die die politische Basis des Imperialismus im Zentrum schneller zum Zusammenbruch bringt, als sie ihre Pläne realisieren können". Die RAF, die ihre Anfänge in den Aktionen gegen den US-Imperialismus während des Vietnamkrieges hat, hat die Änderungen in der internationalen Entwicklung nicht begriffen. Im übrigen: Schon damals haben nicht die Attentate, sondern die Massenbewegung in den USA selbst, in Europa, überall in der Welt zum Sieg Indochinas gegen den US-Imperialismus beigetragen.

Das zweite ist die einseitige Kritik von großen Teilen der Friedensbewegung an der Aufhäufung von Waffenarsenalen, der sich auf dieser Grundlage entwickelnde Pazifismus. Scheinbar in heftiger Polemik wendet sich die RAF „gegen alle resignativen Fluchtphantasien vom atomaren Inferno und den komplementären hilflosen pazifistischen Wünschen". Die Waffen sind's, sagt ein Teil der Friedensbewegung, es müssen alle weg, anfangen sollen damit die US-Imperialisten; die Waffen sind's, sagt die RAF, wir nehmen sie in die Hand und werfen die Panzerfaust gegen den PKW des Generals. Beileibe sollen damit nicht Friedensbewegung und RAF auf eine Stufe gestellt werden, aber was doch die Gefahr ausmacht (eine Solidarisierungsgefahr, die gegenwärtig, wo sich die Friedensbewegung erst herausbildet, sicherlich gering ist), ist: Gelingt es der Friedensbewegung nicht, einen positiven, politischen Ausweg, den eines blockfreien Europa, der die Widersprüche in der Welt in richtiger Weise ausnutzt, zu weisen, so ist, bei einem Scheitern an ihren Zielen, für manche der Weg ins überspitzte andere Extrem der RAF sicher nicht weit. Statt Angst vor dem Atomkrieg, der nichts übrig läßt, die Alternative, dann schon lieber gleich zuschlagen.

Es kommt hinzu: die Aktionen der RAF tragen Züge eines letzten Aufbäumens. Das zeigt sich deutlicher noch an der Ankündigung Rolf Heißlers in seinem Prozeß, die er für alle RAF-Gefangenen gemacht hat: Wenn bis Ende September die Zusagen von Bundes- und Länderjustizbehörden über Zusammenlegung der Gefangenen, die sie bei Beendigung des Hungerstreiks im Frühjahr machen mußten, nicht erfüllt sind, werden sie ab Oktober in den Hungerstreik treten; sie seien „in der gleichen Situation wie die Gefangenen der IRA im Februar". Sie wollten „entweder kämpfend die Bedingungen zum Überleben schaffen oder aber kämpfend sterben", so Rolf Heißler. Die Zusagen sind nur zum Teil, zum geringeren, erfüllt. Der Kampf um ihre Durchsetzung muß also fortgeführt werden. Die Ankündigung der RAF aber kann jetzt, in dieser Lage, bei Berücksichtigung der Attentate nichts anderes sein als der Versuch, der Friedensbewegung und denen, die ihre Forderungen nach Hafterleichterungen unterstützen, die Bedingungen des Handelns zu diktieren. „Letzte Möglichkeit" (was der Hungerstreik ja ist), das entspricht aber weder der objektiven Lage, noch den subjektiven Aufgaben gegenüber der gegenwärtigen Bewegung.

Auf zum letzten Gefecht?

Vielfältige Interessen am „KBW-Schatz"

ges. Spätestens seit Anfang August und der Veröffentlichung von Kommunismus und Klassenkampf 8/81 ist auch außerhalb des KBW bekannt, daß wir im November eine Delegiertenkonferenz durchführen werden. Auf dieser Delegiertenkonferenz werden ein politischer und ein organisatorischer Tätigkeitsbericht des Zentralen Komitee beraten werden, außerdem Resolutionen über positive Schlußfolgerungen aus der Kritik von Programm und Geschichte des KBW, zum Kampf gegen den drohenden Krieg sowie zu unserer Stellung gegenüber parlamentarischen Wahlen. Vielleicht wird die Delegiertenkonferenz auch noch weitere Themen behandeln, auf jeden Fall stehen Wahlen auf der Tagesordnung.

Daß es über die genannten Tagesordnungspunkte innerhalb des KBW Auseinandersetzungen gibt, kann man der KVZ und Kommunismus und Klassenkampf entnehmen. Im Oktober werden wir ein Sonderheft von Kommunismus und Klassenkampf herausbringen, das einen Überblick über den Stand der Vorbereitung der Delegiertenkonferenz geben wird. Spekulationen über die bevorstehende Delegiertenkonferenz sind deshalb weder notwendig noch angebracht. Klar, daß es solche Spekulationen trotzdem gibt. Wo Schätze vermutet werden, ist das nicht anders zu erwarten.

Am Freitag der vergangenen Woche überschwemmte Laszlo Trankovits via dpa verschiedene Zeitungen mit seinen jüngsten Erkenntnissen von der Gerüchtebörse. In der „Frankfurter Rundschau" erschienen sie unter der Überschrift „KBW vor dem Ende – reich und ziemlich ratlos", die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" druckte sie mit der Überschrift ab: „Die leitenden Kader sitzen auf Millionen." Der „Financial Times", in Vermögens- und Finanzangelegenheiten international führend, waren die vermuteten bevorstehenden Transaktionen einen eigenen Bericht auf Seite 1 wert.

Die „taz" meldete unter der Schlagzeile „15 Millionen. Was wird aus dem KBW-Schatz?" gleich eigene Interessen an: „Auf dem Parteitag im November steht die Auflösung des KBW zur Debatte. Aber man kann sich nicht mit einer abschließenden Selbstkritik von der historischen Bühne stehlen. Denn da haben sich (laut dpa) 15 Millionen DM angesammelt. Die Opferbereitschaft der Mitglieder zahlte sich nicht politisch, wohl aber finanziell aus. Eine marxistisch-leninistische Partei ist heute nicht käuflich, aber das Geld ist da. Haben die Mitglieder noch einen Rest von antiautoritärer Unverschämtheit, werden sie kühn nach dem eigenen Geld greifen? Den Verlust der politischen Perspektive kapitalisieren? Wir sind gespannt, mit welchen neuen Strategien die verschiedenen Gruppierungen im KBW sich ans Geld heranmachen. Es gibt allerdings auch Überlegungen, sich in andere Bewegungen einzukaufen. Wir erwarten Angebote."

Die „Financial Times" hat freilich Widerstände ausgemacht, das Vermögen aufzulösen: „Herr Schmierer empfängt einen Lohn von ungefähr tausend Mark pro Monat aus den Zinsen des Parteivermögens." Offensichtlich besteht das Parteivermögen aus Aktien, während unsereins Coupons schneidet.

Folgendes dagegen hat Laszlo Trankovits aus seinen Quellen geschöpft: „Über die in Gesellschaften und Firmen organisierten Immobilien und Werte bestimmen letztlich Delegiertenversammlungen. Vergraulten das ZK und eine Gruppe von Kadern die meisten KBW-Mitglieder mit einer Fortsetzung ihrer Politik, könnten sich die Verbliebenen auch Gedanken über ihre persönliche Zukunft machen, meinte ein ehemaliger Anhänger. Angesichts des verbissenen politischen Ernstes der zur Zeit führenden KBW-Kader ist damit in naher Zukunft wohl nicht zu rechnen." Der bedauernde Unterton ist kaum zu überhören. Allerdings habe der Kampf um den Besitz „längst begonnen, denn die endgültige Auflösung des KBW scheint nur eine Frage der Zeit". Den „Kampf um den Besitz" hatte besagter Trankovits bereits schon im letzten Jahr ausgemacht, als er auf gleichem Weg einen „Hintergrundbericht" über die Spaltung des KBW unter die Leute gebracht hatte.

Solange der KBW „Besitz" hat, wird er sich wahrscheinlich über das periodisch anfallende Interesse von Laszlo Trankovits nicht zu beklagen brauchen. Aber *dies* Interesse loszuwerden, kann ja kein Anlaß sein, Schulungen und Arbeitsgruppen zukünftig im Freien statt in organisationseigenen Räumen abzuhalten – auch wenn es den „Anschluß" an die Ökologiebewegung vielleicht erleichtern würde – oder unsere Publikationen beim Societätsverlag statt auf organisationseigenen Maschinen zu drucken – was wiederum den „Anschluß" an die Friedensbewegung erschweren könnte.

Um bei niemandem, vor allem auch nicht bei der „taz", falsche Erwartungen zu schüren: Um 15 Millionen handelt es sich keinesfalls. Der „Financial Times" jedoch soll ein Mitglied des ZK des KBW gestanden haben: „Wir werden wohl den Rat von Profis einholen müssen." Mal sehen, was die vorschlagen. Im Oktober wird es der Finanzbericht an den Tag bringen.



Chicago Tribune

„Gewisse Entfremdung zwi- ten: eine einheitliche, progressive Her- nicht-ehelicher Lebensgemeinschaft hat eine 1977 in Niedersachsen einge- In dem Brief heißt es: „Wir, die Unter-

stand zur Schärfe der wirklichen Situation bringen. Und so die politisch-militärische Strategie offensiv im Kampf entwickeln, die die politische Basis des Imperialismus im Zentrum schneller zum Zusammenbruch bringt, als sie ihre Pläne realisieren können". Die RAF, die ihre Anfänge in den Aktionen gegen den US-Imperialismus während des Vietnamkrieges hat, hat die Änderungen in der internationalen Entwicklung nicht begriffen. Im übrigen: Schon damals haben nicht die Attentate, sondern die Massenbewegung in den USA selbst, in Europa, überall in der Welt zum Sieg Indochinas gegen den US-Imperialismus beigetragen.

Das zweite ist die einseitige Kritik von großen Teilen der Friedensbewegung an der Aufhäufung von Waffenarsenalen, der sich auf dieser Grundlage entwickelnde Pazifismus. Scheinbar in heftiger Polemik wendet sich die RAF „gegen alle resignativen Fluchtphantasien vom atomaren Inferno und den komplementären hilflosen pazifistischen Wünschen". Die

hörden über Zusammenlegung der Gefangenen, die sie bei Beendigung des Hungerstreiks im Frühjahr machen mußten, nicht erfüllt sind, werden sie ab Oktober in den Hungerstreik treten; sie seien „in der gleichen Situation wie die Gefangenen der IRA im Februar". Sie wollten „entweder kämpfend die Bedingungen zum Überleben schaffen oder aber kämpfend sterben", so Rolf Heißler. Die Zusagen sind nur zum Teil, zum geringeren, erfüllt. Der Kampf um ihre Durchsetzung muß also fortgeführt werden. Die Ankündigung der RAF aber kann jetzt, in dieser Lage, bei Berücksichtigung der Attentate nichts anderes sein als der Versuch, der Friedensbewegung und denen, die ihre Forderungen nach Hafterleichterungen unterstützen, die Bedingungen des Handelns zu diktieren. „Letzte Möglichkeit" (was der Hungerstreik ja ist), das entspricht aber weder der objektiven Lage, noch den subjektiven Aufgaben gegenüber der gegenwärtigen Bewegung.

Am Freitag der vergangenen Woche überschwemmte Laszlo Trankovits via dpa verschiedene Zeitungen mit seinen jüngsten Erkenntnissen von der Gerüchtebörse. In der „Frankfurter Rundschau" erschienen sie unter der Überschrift „KBW vor dem Ende – reich und ziemlich ratlos", die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" druckte sie mit der Überschrift ab: „Die leitenden Kader sitzen auf Millionen." Der „Financial Times", in Vermögens- und Finanzangelegenheiten international führend, waren die vermuteten bevorstehenden Transaktionen einen eigenen Bericht auf Seite 1 wert.

Die „taz" meldete unter der Schlagzeile „15 Millionen. Was wird aus dem KBW-Schatz?" gleich eigene Interessen an: „Auf dem Parteitag im November steht die Auflösung des KBW zur Debatte. Aber man kann sich nicht mit einer abschließenden Selbstkritik von der historischen Bühne stehlen. Denn da haben sich (laut dpa) 15 Millionen DM angesammelt. Die Opferbereitschaft der Mitglieder zahlte sich nicht politisch, wohl aber finanziell aus. Eine marxistisch-leninistische Par-

zur Zeit führenden KBW-Kader ist damit in naher Zukunft wohl nicht zu rechnen." Der bedauernde Unterton

müssen." Mal sehen, was die vorschlagen. Im Oktober wird es der Finanzbericht an den Tag bringen.



Chicago Tribune

„Gewisse Entfremdung zwischen Armee und Gesellschaft"

kvz. Der scheidende Generalinspekteur des Heeres, General Poeppel, hat bei einer Veranstaltung im Rahmen des Manövers „Scharfe Klinge" gesagt, es gebe eine „gewisse Entfremdung zwischen Armee und Gesellschaft", und man könne sich über den Konsens der überwiegenden Mehrheit des Volkes hinsichtlich der Verteidigungsbereitschaft nicht mehr sicher sein. Die Bundeswehr müsse auf jeden Fall eine Wehrpflichtarmee bleiben; eine stärkere Kaderung (wie u.a. von FDP-Generalsekretär Verheugen gefordert) werde die Einsatzbereitschaft stark mindern. Die Bundeswehr sei schon eine gekaderte Armee, die im Ernstfall mit Reservisten aufzufüllen wäre. Poeppel forderte eine größere Arbeitsteilung im Rahmen der NATO. Er bemängelte, daß zwar die Großprojekte der Armee finanziell gesichert seien, aber nicht mehr die Materialerhaltung; und viele Soldaten seien nicht mehr angemessen untergebracht.

„Sozialdemokraten im Gesundheitswesen" für Strukturreform

kvz. Die „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen", unter Vorsitz des Bremer Senators Brückner hat eine Reihe wichtiger Strukturreformen im Gesundheitswesen gefordert. Die Hauptforderung ist die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf Einkommen über 4400 DM (Pflichtgrenze 1981), und ebenso eine Anhebung oder sogar Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze von jetzt 3300 DM. Mit andern Worten: eine einheitliche, progressive Heranziehung zur Krankenversicherung. Weiter fordert die ASG einen Finanzausgleich zwischen den verschiedenen Krankenkassenarten und den Abbau von „Sonderrechten" der Ersatzkassen. Die SPD-Gesundheitspolitiker erwarten von der Regierung die Vorlage eines Strukturgesetzes, das „die vorhandenen Ungerechtigkeiten abbaut, die Kostensteigerung reduziert und damit zur Sicherung des sozialen Friedens beiträgt". Sie kritisieren das Kostendämpfungsgesetz von Ehrenberg als strukturell falschen Ansatz, da es einseitig die Patienten belaste. Einsparungsmöglichkeiten sehen sie etwa in der Aufhebung der starren Trennung von stationärer und ambulanter Behandlung in den Krankenhäusern und in einer intensiveren gemeinschaftlichen Nutzung medizinisch-technischer Einrichtungen durch Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte. Das unüberschaubare Sortiment von 130000 Medikamenten müsse strikt durchforstet werden. Ebenso seien die Gebührenordnungen für Ärzte und Zahnärzte zu überprüfen.

Juristinnentag über nicht-eheliche Gemeinschaften

gek. Auf einer Tagung des Deutschen Juristinnenbundes in Stuttgart ist die Forderung erhoben worden, für die zur Massenerscheinung gewordenen nichtehelichen Lebensgemeinschaften gesetzliche Regelungen zu treffen. Zwar lehnen viele der Betroffenen gerade eine rechtliche Fixierung ihrer Lebensgemeinschaft ab. Andererseits gebe es z.B. für Frauen mit Kindern aus nicht-ehelicher Lebensgemeinschaft keinerlei Unterhaltsansprüche. Auch im Fall von Alter oder Pflegebedürftigkeit gebe es keine Verpflichtungen des Partners. Diskutiert wurde über Vorzüge und Nachteile einer in Frankreich eingeführten Regelung, die die formlose, freiwillige Registrierung solcher Lebensgemeinschaften erlaubt, mit Folgen wie der Einbeziehung des unversicherten Partners in die Krankenversicherung des andern, steuerliche Behandlung wie Eheleute, Familienermäßigung bei Bahnfahrten, u.a.m. Allerdings sind Unterhaltsansprüche oder Erbrechte nicht gegeben. Die Registrierung kann ebenso formlos wieder rückgängig gemacht werden. Eine solche Regelung bietet ohne Zweifel einige Ansätze zur freieren Gestaltung des Rechtsinstituts der Ehe.

In Zukunft Leistungsbescheide gegen Demonstranten?

kvz. Eine Initiative in Hameln will (laut taz v. 17.9.) Material gegen die überhand nehmende Praxis der Polizeibehörden sammeln, den Betroffenen von Räumaktionen oder anderen Zwangsmaßnahmen der Polizei am Ende noch die Kosten dafür per Gebührenbescheid in Rechnung zu stellen. In einem ersten Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts zu einer Hausräumung in Hamburg 1971 ist diese Möglichkeit erstmals eröffnet worden. Im Fall der Grohnde-Demonstrationen sind Leistungsbescheide vollstreckt worden. Hannoveraner Hausbesetzern sind Kosten für die polizeiliche Räumung in Höhe von 140000 DM angekündigt worden. – Die Bundesinnenministerkonferenz hat eine 1977 in Niedersachsen eingeführte „Polizeigebührenordnung" gebilligt, die nach und nach in einem undurchsichtigen Verfahren gegenwärtig in andere Bundesländer übernommen wird. In Hessen z.B. hat Innenminister Gries angekündigt, in Zukunft auch den Ausrichtern von Großveranstaltungen jeweils Kosten für Polizeieinsätze, die in die Hunderttausende gehen können (vom Schadensersatz noch ganz abgesehen), in Rechnung zu stellen. Material zum Thema „Polizeigebühren" sammelt die Arbeitsgruppe in Hameln, die sich am 4.10. wieder trifft. Kontaktadresse: Michael Rubart, Nordstr. 10, 3014 Laatzen 4, Tel. 05101/2962.

Unterschriften gegen Arbeitsverbot für Asylbewerber

kvz.Hamm. 132 Unterschriften sammelte eine Initiative aus Welver-Schwefe / Kreis Soest unter einen Brief an den Petitionsausschuß des Bundestages gegen das Arbeitsverbot für Asylbewerber. Der Brief fordert eine Beschleunigung des Anerkennungsverfahrens für Asylbewerber und richtet sich gegen das sogenannte Wartezeiten-Gesetz, nach dem Asylbewerber aus Ländern der 3. Welt im ersten Jahr ihres Aufenthalts in der BRD keine Arbeitserlaubnis erhalten dürfen. Nach einer Novelle, die im Juni bereits in 2. und 3. Lesung im Bundestag verabschiedet wurde, soll diese Zeit auf bis zu vier Jahren ausgedehnt werden können. Nach der Wartezeit dürfen sie auch dann erst eine Arbeitsstelle annehmen, wenn diese nicht nach drei Monaten durch einen Deutschen oder EG-Ausländer besetzt werden konnte. In dem Brief heißt es: „Wir, die Unterzeichner, fordern, daß Asylbewerbern sofort wieder mit der Stellung des Asylantrages eine Arbeitserlaubnis erteilt wird. Wir fordern ferner, daß die Drei-Monate-Regelung, die in der Praxis einem totalen Arbeitsverbot gleichkommt, aufgehoben wird ..."

Protest gegen öffentliches Gelöbnis in Bad Seegeberg

pal.Lübeck. „BRD raus aus der NATO!", „Auflösung von NATO und Warschauer Pakt!", „Verbot und Vernichtung aller Atom- und Kernwaffen sowie der bakteriologischen und chemischen Vernichtungswaffen!" u.a. Forderungen wurden von den über 20 Gruppen, die zur Demonstration aufgerufen hatten, getragen. Nach der Demonstration von rund 500 Leuten, mit guter Abschlußkundgebung vorm Eingang zur „Feier", auf der auch zur Demonstration am 10.10. in Bonn aufgerufen wurde, kam es beim geschlossenen Rückmarsch zu schweren Übergriffen der Polizei auf die Demonstranten, als diese ihrem Zorn durch einige Steinwürfe auf Fensterscheiben bei den „Lübecker Nachrichten" (die während der Demo fleißig Fotos von Demonstranten machten), sowie bei Versicherungsbüros etc. Luft machten. Es kam zu Schlägereien mit der Polizei, wobei sechs Personen vorläufig festgenommen wurden. Das Gelöbnis selbst konnte nicht gestört werden, da es von der Lage her nicht möglich war. Sonst werden dort immer Karl-May-Spiele veranstaltet ... Wohl aber mußte der „Festredner" Stoltenberg auf die Demonstration eingehen.

Westberlin

„Dann habe ich eben ein anderes Demokratieverständnis“

Während Senator Lummer in einem geräumten und verwüsteten Haus für die Presse posiert, wird drunten ein junger Demonstrant von der Polizei vor einen Bus gejagt. An der Haltestelle hängt später ein Schild: „Der Dialog mit der Jugend hat dem ersten das Leben gekostet.“

nia. Westberlin. Zu der in der Überschrift zitierten Feststellung gelangte Westberlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) Ende vergangener Woche.

Am 16.9. hatte er durch einen seiner Senatsdirektoren dem Vermittlerkreis der Westberliner Instandbesetzer einen Brief überbracht, in dem die Vermittler aufgefordert werden, dafür Sorge zu tragen, daß die Besetzer von 8 Häusern bis Ende der Woche freiwillig ausziehen. In der beiliegenden Erklärung, die am nächsten Tag im Landespressedienst veröffentlicht wurde, heißt es: „Im Einvernehmen mit dem Senator für Bau- und Wohnungswesen und dem Senator für Justiz erklärt der Senator für Inneres: Bei acht besetzten Häusern sind zweifelsfrei die Voraussetzungen für eine Nutzung und für Baumaßnahmen gegeben. Es sind dies die Häuser Knobelsdorffstr. 40 und 42, Bülowstr. 89, Winterfeldtstr. 20, 22 und 24, Hermsdorfer Str. 4/Ecke Hussitenstr. sowie das Haus Dieffenbachstr. 27 (...) Strafanträge sind in allen Fällen gestellt, die Räumung wird von den Berechtigten begehrt. Die Besetzer werden aufgefordert, nunmehr die genannten Häuser umgehend freiwillig zu räumen; andernfalls müssen sie mit polizeilicher Räumung und mit allen strafrechtlichen Konsequenzen rechnen.“

Von vereinzelten Räumungen und Durchsuchungen gleich nach der Wahl abgesehen, hatte der Senat es fast zwei Monate lang nicht mehr gewagt, eins der rund 160 besetzten Häuser auch nur anzufassen. Obwohl Bausenator Rastemborski schon Ende Juli auf einer Pressekonferenz erkärt hatte, bei neun Häusern seien alle rechtlichen Voraussetzungen für einen sofortigen Baubeginn gegeben und damit die Räumung geboten. Mehrere Ultimaten

für Bau- und Wohnungswesen und dem Senator für Justiz erklärt der Senator für Inneres: Bei acht besetzten Häusern sind zweifelsfrei die Voraussetzungen für eine Nutzung und für Baumaßnahmen gegeben. Es sind dies die Häuser Knobelsdorffstr. 40 und 42, Bülowstr. 89, Winterfeldtstr. 20, 22 und 24, Hermsdorfer Str. 4/Ecke Hussitenstr. sowie das Haus Dieffenbachstr. 27 (...) Strafanträge sind in allen Fällen gestellt, die Räumung wird von den Berechtigten begehrt. Die Besetzer werden aufgefordert, nunmehr die genannten Häuser umgehend freiwillig zu räumen; andernfalls müssen sie mit polizeilicher Räumung und mit allen strafrechtlichen Konsequenzen rechnen.“

Von vereinzelten Räumungen und Durchsuchungen gleich nach der Wahl abgesehen, hatte der Senat es fast zwei Monate lang nicht mehr gewagt, eins der rund 160 besetzten Häuser auch nur anzufassen. Obwohl Bausenator Rastemborski schon Ende Juli auf einer Pressekonferenz erkärt hatte, bei neun Häusern seien alle rechtlichen Voraussetzungen für einen sofortigen Baubeginn gegeben und damit die Räumung geboten. Mehrere Ultimaten

waren seither ereignislos verstrichen; im Gegenteil hatte Rastemborski sich sogar genötigt gesehen, den Vermittlerkreis wieder zu Gesprächen über einzelne Häuser einzuladen, wenn auch nur zum Zwecke der Ersatzwohnraumbeschaffung.

Warum nun plötzlich dieses öffentlich verkündete Ultimatum?

Die relative Ruhepause den Sommer über ist genutzt worden, eine breite Unterstützerbewegung aufzubauen. Angefangen von den „Kopfbesetzungen“, Vorlesungen bekannter Uni-Professoren in besetzten Häusern, bis hin zur Übernahme von Patenschaften für besetzte Häuser durch gewerkschaftliche Gremien. Selbst die evangelische Kirche, deren Kreuzberger Superintendent Roth von Anfang an zum Vermittlerkreis gehörte, begann sich für eine friedliche Lösung im Sinne einer Änderung der Wohnungspolitik für die besetzten Häuser einzusetzen.

Besonders von Gremien der ÖTV – bis hin zur Fachgruppe der Richter und Staatsanwälte – ging ein immer stärkerer Druck vor allem auf die Neue Heimat aus, der sechs der jetzt gefährdeten (sowie eine Reihe weiterer) Häuser gehören, die Strafanträge und Räumungsersuchen zurückzunehmen, und sich mit den alternativen Konzepten der Besetzer auseinanderzusetzen. Schon Ende August hatte sich der ÖTV-Vorsitzende Hackbarth bezüglich der Knobelsdorffstr. 40 und 42 genötigt gesehen, einen entsprechenden Brief an den Aufsichtsrat zu schreiben. Außer an den Senat richten sich die gewerkschaftlichen Erklärungen vor allem gegen die Neue Heimat in der Überlegung, auf diese als gewerkschaftseigenes Unternehmen am ehesten Einfluß zu gewinnen.

Gerade die jetzt bedrohten Häuser haben in den letzten Wochen intensiv an einer inhaltlichen Konzeption für ihre Häuser gearbeitet. Am Beispiel der Knobelsdorffstraße hatten wir in der KVZ 35/81 bereits darüber berichtet. Am 29.9. wollen sie gemeinsam auf einer ganztägigen Veranstaltung die Ergebnisse ihrer Planung zur Diskussion stellen. Gerade bei diesen Häusern kann der Senat die Besetzer daher nur schwer als „militante Rechtsbrecher, denen es nur um Krawall geht“, diffamieren. Obendrein stimmt es auch nicht so ganz, daß alle rechtlichen Voraussetzungen erfüllt seien. In der Dieffenbachstraße 27 wohnen noch 12 Mietparteien – bloß kriegt der Besitzer die ZIP-Mittel gestrichen, wenn er nicht vor Jahresende mit den Baumaßnahmen beginnt.

In der Abgeordnetenhaussitzung am 24.9. steht ein Antrag der SPD zur Abstimmung, in dem die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts gefordert wird und in diesem Zusammenhang ein Räumungsstopp bis Ende Oktober. Da auch in der FDP der Widerstand gegen polizeiliche Maßnahmen immer größer wird, könnte dieser Antrag zu einer ersten Abstimmungsniederlage für den CDU-Minderheitssenat führen. Dann sähe sich der Senat genötigt, sich inhaltlich mit den Vorstellungen der Hausbesetzer auseinanderzusetzen, statt seine vielbeschworene Verhandlungsbereitschaft auf das Angebot von Ersatzwohnraum zu beschränken.

Bevor er in diese Situation kommt, hat er sich nun offensichtlich entschlossen, vollendete Tatsachen zu schaffen – damit jedoch in ein Wespennest gestochen.

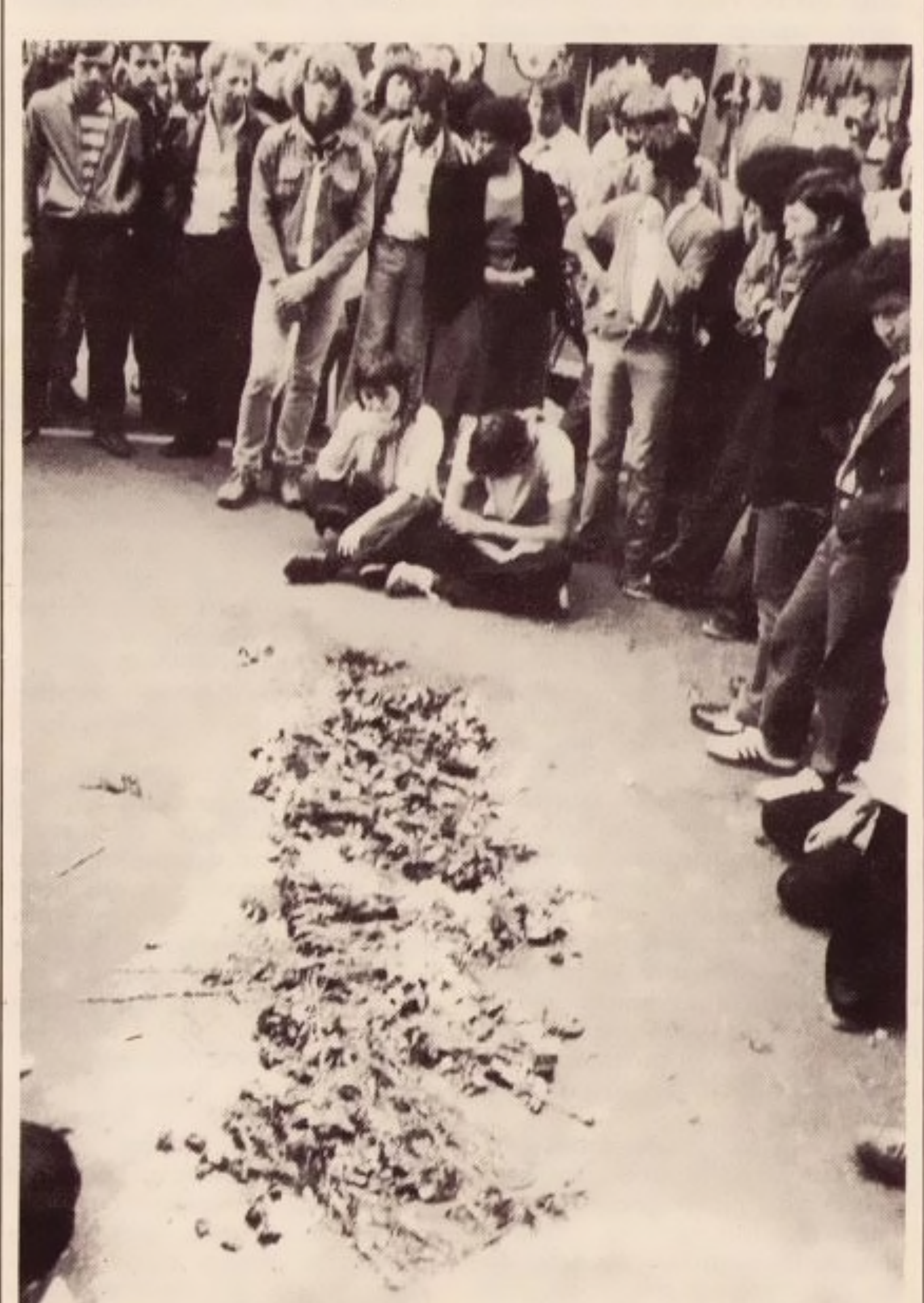
Allein in der ersten Nacht nach Be-

fenbachstraße 27 wohnen noch 12 Mietparteien – bloß kriegt der Besitzer die ZIP-Mittel gestrichen, wenn er nicht vor Jahresende mit den Baumaßnahmen beginnt.

In der Abgeordnetenhaussitzung am 24.9. steht ein Antrag der SPD zur Abstimmung, in dem die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts gefordert wird und in diesem Zusammenhang ein Räumungsstopp bis Ende Oktober. Da auch in der FDP der Widerstand gegen polizeiliche Maßnahmen immer größer wird, könnte dieser Antrag zu einer ersten Abstimmungsniederlage für den CDU-Minderheitssenat führen. Dann sähe sich der Senat genötigt, sich inhaltlich mit den Vorstellungen der Hausbesetzer auseinanderzusetzen, statt seine vielbeschworene Verhandlungsbereitschaft auf das Angebot von Ersatzwohnraum zu beschränken.

Bevor er in diese Situation kommt, hat er sich nun offensichtlich entschlossen, vollendete Tatsachen zu schaffen – damit jedoch in ein Wespennest gestochen.

Allein in der ersten Nacht nach Be-

Friedlich verlief die Demonstration von über 10000 am Sonntag gegen die Räumungsdrohung des CDU-Senats. Die Entschlossenheit eine Räumung nicht hinzunehmen, kam aber deutlich zum Ausdruck. Innensenator Lummer war gewarnt vor seinem erneuten Versuch, dem Wohnungsproblem vorrangig mit dem Polizeiknüppel beizukommen.

kanntwerden des Ultimatums unterschrieben 120 Gewerkschafter, Pfarrer, Abgeordnete eine Erklärung zum Schutz der Häuser. In dieser Erklärung heißt es: „Aus bisherigen Verlautbarungen ist bereits zu erkennen, daß Instandbesetzer billiger und vernünftiger bauen als die geschäftstüchtigen Wohnungsbaugesellschaften. Daß an Alternativkonzepten gearbeitet wird, ist dem Senat bekannt. Wenn er jetzt räumen läßt, ist er offensichtlich nicht bereit oder fähig, sich inhaltlich konstruktiv mit Argumenten auseinanderzusetzen. (...) Der Senat – zur Zeit unter Führung von Herrn Lummer – will offenbar mit einer gewalttätigen Aktion vollendete Tatsachen schaffen und Ansätze zur Veränderung im Keim ersticken, die sich in der parlamentarischen Diskussion und in der öffentlichen Auseinandersetzung gegen die Senatslinie durchsetzen könnten.“

Unter dem Motto „Statt Wohnungspolitik plant die CDU den Bürgerkrieg“ demonstrieren dann am Sonntag über 12000 gegen die geplanten Massenräumungen. Alle bisherigen Räumungen und Durchsuchungen endeten in immer schwereren Krawallen. Daher besteht die Einschätzung von allen Seiten, daß die geplanten Räumungen alle Ansätze für eine konstruktive

standbesetzer billiger und vernünftiger bauen als die geschäftstüchtigen Wohnungsbaugesellschaften. Daß an Alternativkonzepten gearbeitet wird, ist dem Senat bekannt. Wenn er jetzt räumen läßt, ist er offensichtlich nicht bereit oder fähig, sich inhaltlich konstruktiv mit Argumenten auseinanderzusetzen. (...) Der Senat – zur Zeit unter Führung von Herrn Lummer – will offenbar mit einer gewalttätigen Aktion vollendete Tatsachen schaffen und Ansätze zur Veränderung im Keim ersticken, die sich in der parlamentarischen Diskussion und in der öffentlichen Auseinandersetzung gegen die Senatslinie durchsetzen könnten.“

Unter dem Motto „Statt Wohnungspolitik plant die CDU den Bürgerkrieg“ demonstrieren dann am Sonntag über 12000 gegen die geplanten Massenräumungen. Alle bisherigen Räumungen und Durchsuchungen endeten in immer schwereren Krawallen. Daher besteht die Einschätzung von allen Seiten, daß die geplanten Räumungen alle Ansätze für eine konstruktive

Lösung für lange Zeit zerstören werden. Aber genau das will die CDU ja auch: In letzter Zeit ist für ihren Geschmack zuviel über Konzepte diskutiert worden und zuwenig über Gewalt. Es geht nicht nur um die acht Häuser; sie hofft damit auf eine Chance, angesichts der immer größeren Solidarität, um die Auseinandersetzung um ein an den Interessen der Menschen orientiertes Gesamtkonzept herumzukommen.

Die Alternative Liste nennt diesen Anlauf, die Wohnungspolitik mit polizeilichen Mitteln zu sanieren, einen „politischen Hausfriedensbruch“, und beantragt für den Sonntag, 20.9., eine Sondersitzung des Abgeordnetenhauses. Dazu braucht sie jedoch gemäß der Geschäftsordnung die Unterstützung von 18 weiteren Abgeordneten. Die erhält sie jedoch nicht, nicht einmal von der SPD. Deren Fraktionsvorsitzender Vogel hatte in einem empörten Brief an Lummer erklärt, daß die angekündigten Räumungen „zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich nicht geboten und politisch falsch“ seien, und im Fall von Räumungen um die sofortige Einberufung parlamentarischer Gremien gebeten; und weiter, daß es eine „unangemessene Behandlung“ des Parlaments sei, wenn vor der Sitzung am Donnerstag vollendete Tatsachen geschaffen würden. Aber auch als Lummer ihm antwortet, er halte an der Notwendigkeit der Räumungen

walt. Es geht nicht nur um die acht Häuser; sie hofft damit auf eine Chance, angesichts der immer größeren Solidarität, um die Auseinandersetzung um ein an den Interessen der Menschen orientiertes Gesamtkonzept herumzukommen.

Die Alternative Liste nennt diesen Anlauf, die Wohnungspolitik mit polizeilichen Mitteln zu sanieren, einen „politischen Hausfriedensbruch“, und beantragt für den Sonntag, 20.9., eine Sondersitzung des Abgeordnetenhauses. Dazu braucht sie jedoch gemäß der Geschäftsordnung die Unterstützung von 18 weiteren Abgeordneten. Die erhält sie jedoch nicht, nicht einmal von der SPD. Deren Fraktionsvorsitzender Vogel hatte in einem empörten Brief an Lummer erklärt, daß die angekündigten Räumungen „zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich nicht geboten und politisch falsch“ seien, und im Fall von Räumungen um die sofortige Einberufung parlamentarischer Gremien gebeten; und weiter, daß es eine „unangemessene Behandlung“ des Parlaments sei, wenn vor der Sitzung am Donnerstag vollendete Tatsachen geschaffen würden. Aber auch als Lummer ihm antwortet, er halte an der Notwendigkeit der Räumungen

fest, sieht Vogel sich nicht genötigt, die Einberufung einer Sondersitzung zu unterstützen.

Am Wochenende erklärt Lummer dann in der SFB-Abendschau auf die Frage, warum der Senat nicht mit den Räumungen bis nach der Parlamentssitzung am Donnerstag warte, das Abgeordnetenhaus könne dem Senat eine Entscheidung in dieser Sache nicht abnehmen; allein der Senat habe hier Entscheidungsbefugnis. Darum bleibe der Senat bei der getroffenen Entscheidung trotz der Kritik der drei Fraktionen SPD, FDP und AL.

Seit Ablauf des Ultimatums halten sich ununterbrochen Hunderte von Menschen in und vor den Häusern auf. Hunderte schlafen jede Nacht in jedem der Häuser: Gewerkschafter, Professoren, Journalisten, Pfarrer, Bezirksverordnete und Abgeordnete – nicht nur der Alternativen Liste. Trotz der Bedrohung herrscht überall eine gute Stimmung, und es wird eifrig von vielen Händen instandgesetzt. Immer neue Gerüchte über angebliche Räumungstermine tauchen auf; aber irgendwo mag man kaum dran glauben, daß tatsächlich geräumt werden könnte, angesichts der vielen Unterstützer.

*

Dienstag, 10.00 Uhr: Überall beginnen die Räumungen. Nur am Winterfeldtplatz wird versucht, die Polizei durch Barrikaden am Anrücken zu hindern. Sonst verlaufen die Räumungen weitgehend ruhig. Wie vereinbart, bleibt es bei passivem Widerstand. Die Polizei trägt die Besetzer einzeln aus den Häusern. Außer in der Hussitenstraße gibt es nur wenige Festnahmen. Die Räumungen dauern Stunden. AL-Abgeordnete und -Bezirksverordnete stehen vor den Häusern, um das Verhalten der Polizei zu kontrollieren.

Am Nachmittag kann Lummer es sich nicht verkneifen, in der Bülowstr. 89 eine Pressekonferenz zu geben. Einige Hundert erfahren von dieser Pro-

Erklärung der Bezirksjugendkonferenz der DPG Westberlin, 22.9.1981

„Wir, die Delegierten der a.o. Bezirksjugendkonferenz der Deutschen Post-Gewerkschaft, solidarisieren uns mit den Besetzern und Paten der geräumten, bedrohten und auch der anderen besetzten Häuser. Wir weisen jede Kriminalisierung von Instandbesetzern und ihren Sympathisanten, die erst auf die verfehlte Wohnungspolitik aufmerksam gemacht haben, zurück.“

(beschlossen von ca. 60 Delegierten, die zugleich 204.– DM für die Arbeit des Ermittlungsausschusses sammelten)

vokation, sammeln sich vor dem Haus und protestieren gegen die Räumungen. Ohne Vorwarnung beginnt die Polizei die Demonstranten durch die abgesperrte Bülowstraße zu treiben, jagt sie rücksichtslos in den fließenden Verkehr in die Potsdamer Straße. Da geschieht das Unfaßbare: einer, ein 18jähriger Demonstrant, rennt in einen BVG-Bus, er stirbt auf der Straße. Die Polizei knüppelt die fassungslos Umstehenden ungerührt weiter. Die erste Fassungslosigkeit entlädt sich in einer ungeheuren Wut. Die Straße wird in Scherben gelegt. Die Demonstranten

89 eine Pressekonferenz zu geben. Einige Hundert erfahren von dieser Pro-

Erklärung der Bezirksjugendkonferenz der DPG Westberlin, 22.9.1981

„Wir, die Delegierten der a.o. Bezirksjugendkonferenz der Deutschen Post-Gewerkschaft, solidarisieren uns mit den Besetzern und Paten der geräumten, bedrohten und auch der anderen besetzten Häuser. Wir weisen jede Kriminalisierung von Instandbesetzern und ihren Sympathisanten, die erst auf die verfehlte Wohnungspolitik aufmerksam gemacht haben, zurück.“

(beschlossen von ca. 60 Delegierten, die zugleich 204.– DM für die Arbeit des Ermittlungsausschusses sammelten)

vokation, sammeln sich vor dem Haus und protestieren gegen die Räumungen. Ohne Vorwarnung beginnt die Polizei die Demonstranten durch die abgesperrte Bülowstraße zu treiben, jagt sie rücksichtslos in den fließenden Verkehr in die Potsdamer Straße. Da geschieht das Unfaßbare: einer, ein 18jähriger Demonstrant, rennt in einen BVG-Bus, er stirbt auf der Straße. Die Polizei knüppelt die fassungslos Umstehenden ungerührt weiter. Die erste Fassungslosigkeit entlädt sich in einer ungeheuren Wut. Die Straße wird in Scherben gelegt. Die Demonstranten

gehen entschlossen gegen die Polizei vor.

Die Alternative Liste hat Lummer noch am Abend zum sofortigen Rücktritt aufgefordert, erklärt ihn als politisch verantwortlich für den Mord. Die SPD schließt sich dem Mißtrauensan-

Protestdemonstrationen

fanden am Dienstag abend in zahlreichen westdeutschen Städten statt. In Frankfurt lieferten sich etwa 1000 Demonstranten schwere Kämpfe mit der Polizei. In *München* demonstrierten 3500 auf einen Aufruf der Grünen hin. In *Freiburg, Bonn, Hannover, Hamburg* und *Bremen* gab es ebenfalls Kundgebungen und Demonstrationen.

trag der Alternativen Liste, die sich zuvor schon wegen der Räumung gegen Lummer gestellt hatte, an, und stellt einen weiteren Mißtrauensantrag gegen Bausenator Rastemborski. Über diese Anträge wird am Montag im Abgeordnetenhaus verhandelt werden.

Am Abend organisieren die Alternative Liste, die GEW und die ESG einen Trauermarsch in der Innenstadt. 15–18000 beteiligen sich daran. Nach der Abschlußkundgebung ziehen die meisten weiter zur Potsdamer Straße. Dort setzen sich Tausende auf die Kreuzung, halten Totenwache. Nur wenige werfen Scheiben ein, versuchen, gegen die Bülowstraße 89 anzustürmen.

Da geht die Polizei zum Angriff vor, schießt Tränengas in die sitzende Menge. Es kommt fast zur Panik. Die Leute werden auseinander getrieben. Es fliegen Steine, Feuerbarrikaden werden errichtet. Die Auseinandersetzungen gehen bis in den frühen Morgen.

Autonomie-Diskussion beim TuWat-Treffen

wat. Westberlin. Um die Frage der Autonomie kreist seit einiger Zeit die Herausbildung revolutionärer Kräfte aus der Westberliner Hausbesetzerbewegung. Die Diskussion entstand, als sich Anfang des Jahres die Besetzerräte über die Frage spalteten, ob über die Zukunft der besetzten Häuser verhandelt werden soll. Eine Position trat für Nutzungsverträge ein (in verschiedenen Vorschlägen als Erbpacht-, Stiftungs- oder Treuhandvertrag), um den besetzten Wohnraum zu sichern und den Räumungsdruck abzuwenden. Die Gegenposition erklärt die besetzten Häuser für enteignet, ersetzt die Miet-, Erbpacht- oder sonstigen Zahlungen an fremde Eigentümer durch einen Instandsetzungsfonds, der von den Bewohnern getragen und verwaltet wird, und hält daher Verhandlungen für überflüssig. Die Vertreter dieser Position schlossen sich zu autonomen Gruppen zusammen und begannen, über die weiteren Konsequenzen ihrer Vorstellungen zu diskutieren. Die Diskussion ist weitgehend in Artikeln in der Zeitschrift ,,radikal" veröffentlicht, wo auch die Papiere abgedruckt sind, die der Diskussion während TUWAT zugrundelagen.

Diskussion über den Politikbegriff

Auf der ersten TUWAT-Veranstaltung zur Autonomie zeigten sich gleich die großen Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen. Aus der ,,radikal"-Redaktion waren Thesen vorgelegt worden, und bereits am ersten Punkt biß sich die Debatte fest. ,,Anarchie als Minimalforderung. 1. Wir kämpfen für uns und führen keine Stellvertreterkriege, alles läuft über eigene Teilnahme, Politik der ersten Person. Wir kämpfen nicht für Ideologien, nicht fürs Proletariat, nicht fürs Volk, sondern für ein selbstbestimmtes Leben in allen Bereichen, wohl wissend, daß wir nur frei sein können, wenn alle anderen auch frei sind. Rückeroberung des ganzen Lebens – Abschaffung der Politik. Volle regionale, kulturelle und individuelle Autonomie für alle!" Schon aufgrund ihrer ungeheuren Abstraktheit stieß diese These auf viel Unverständnis und Ablehnung.

Es lagen aber auch Gegenthesen vor: ,,Wer ist ,Wir' und ,Uns'? Der Kampf nur ,für uns' steht im Widerspruch zu der in der These formulierten Bedingung der Freiheit überhaupt, nach welcher die Freiheit aller anderen Voraussetzung der eigenen Freiheit ist. Also hängt unser Erfolg mit dem Erfolg des Kampfes aller anderen zusammen. Vom ,Stellvertreterkrieg' kann keine Rede sein." In einem anderen Papier einer ,,Gruppe Berliner Autonome" wird an der These kritisiert, daß sie sich ,,begnügt ... mit Parolen wie ,Abschaffung der Politik', zu deutsch ,Weg mit dem Klassenkampf'. Wir aber sagen, Für die Autonomie, für den Klassenkampf, für den Kommunismus". Die Thesen setzen sich zwar mit verschiedenen, zu Phrasen gewordenen Parolen auseinander, bleiben aber selbst genauso unbestimmt. In der Diskussion fand die Losung ,,Abschaffung der Politik" insofern Zustimmung, als damit gemeint ist, daß Politik und Alltag, persönliche Interessen und politischer Kampf für Interessen nicht auseinanderfallen sollen. Alles in allem blieb diese Diskussion jedoch ohne greifbare Ergebnisse und das Plenum (150 Teilnehmer) wurde in Arbeitsgruppen aufgeteilt.

Befreiung von Arbeit

In einigen Arbeitsgruppen wurden diese Thesen weiterdiskutiert. Ihr Fehler wird besonders deutlich in der 4. These. ,,Durch den relativen gesellschaftlichen Reichtum und die Möglichkeit, uns Teile davon anzueignen, können wir uns der Arbeit weitgehend entziehen; somit stellt die Arbeit für uns keinen Zusammenhang dar, wo wir uns kennengelernt haben oder der zum Inhalt unseres Kampfes wird. Befreiung von der Arbeit ist eine der Grundvoraussetzungen für die Freiheit des Individuums. Zusammengekommen sind wir über Subkultur und diese stellt auch den Ausgangspunkt für unseren Kampf gegen den Staat dar." Diese These beschreibt in gewisser Weise den Zustand der Hausbesetzerbewegung, ihre Schwächen werden aber als Ziel hingestellt. Es ist so, daß ein großer Teil der Hausbesetzer nicht arbeiten geht, und Einnahmequelle oft nur Arbeitslosengeld, Sozialgeld oder BAföG-Zahlungen sind. Das birgt aber gerade die Gefahr der Isolierung und der Niederlage in der Isolation. Hieraus auch noch eine Strategie zu machen, ist falsch. Die Gegenthesen sind auch an diesem Punkt durchaus treffend: ,,Was heißt für euch ,Arbeit'? Wer produziert denn den relativen gesellschaftlichen Reichtum, von dem ihr leben könnt? Ein Ausgangspunkt der Argumentation ist die linke Subkultur. Deren Charakteristikum ist gerade Arbeit von geringerer Produktivität und größerer Intensität als in der Restgesellschaft, oftmals ohne ausreichende materielle Existenzbedingungen für die in ihr Lebenden zu bieten. Zur Grundlage einer funktionierenden Subkultur und damit eines weitgehenden ,Ausstiegs' aus der kapitalistischen Produktionssphäre wird somit das Jobben. Jobben ohne den Anspruch einer Jobber-Organisation bzw. vom Jobber-Kampf, führt notwendigerweise zur Vereinzelung im Produktionsprozeß, zur verstärkten Ausbeutung und damit zur Stärkung des Kapitalverhältnisses mit all seinen Folgen (Staat!, Entfremdung etc.). Der Arbeit könnt ihr nicht entfliehen, liebe Freunde!" und die Gruppe Berliner Autonome kritisiert: ,,Ziel der kommunistischen Arbeitsorganisation ist in letzter Instanz die Aufhebung der Arbeitsteilung, der Konkurrenz und des Zwangscharakters der öffentlichen Organisation. Der Mensch tritt in den bewußt geplanten Stoffwechsel mit der Natur und in den bewußten Zusammenhang mit anderen Menschen. Jeder ist unter anderem auch Arbeiter und leistet je nach Fähigkeit und Bedürfnis die notwendige Arbeit und Mehrarbeit zur Erhaltung und zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Befreiung von der Arbeit als Parole ist falsch. Richtig ist die Forderung nach Freiheit von der kapitalistischen Arbeit, oder wie es früher hieß: ,Nieder mit dem Lohnsystem!' "

Erfahrungsaustausch

In der Arbeitsgruppe, an der ich teilgenommen habe, wurden nicht die Thesen diskutiert, sondern über die konkrete politische Arbeit berichtet, zumal über die Hälfte aus verschiedenen westdeutschen Städten kam. In allen besetzten Häusern gibt es erhebliche Probleme, da die Besetzer einander in der Regel erst durch die Besetzung kennenlernen. In manchen Fällen kann man regelrecht von Notgemeinschaften sprechen, wo sich nach und nach in einem Haus die Besetzer eingefunden haben, die es in ihrem bisherigen Leben nicht mehr ausgehalten haben. Entsprechend prallen äußerst entgegengesetzte Vorstellungen aufeinander, die Diskussionen sind oft erregt, aggressiv und führen in wenigen Fällen zu Schlägereien. Eindeutig überwiegt aber der Wunsch nach gegenseitigem Verständnis und Unterstützung. Die Besetzer stellen sich damit vielen Problemen, die von der bürgerlichen Gesellschaft nicht gelöst werden können und denen auch die Linke eher ausgewichen ist. Der Zerfall der bürgerlichen Familie und damit verbunden des traditionellen Verhältnisses von Mann und Frau als auch staatliche Lösungsverfahren wie Heimerziehung oder Psychiatrie haben sich bisher weitgehend in individuellen Krisen niedergeschlagen, die ihren Ausdruck in steigendem Alkohol- und Drogenverbrauch, psychischen Erkrankungen, Perspektivlosigkeit und steigenden Selbstmordraten finden. Nach den übereinstimmenden Berichten aus den verschiedenen besetzten Häusern in verschiedenen Städten ist mir erst richtig deutlich geworden, daß die Vereinzelung oft viel weiter vorangeschritten ist, als es den Anschein hat. Der 68er-Generation wird gerade in diesen Fragen Ignoranz und Anpassung vorgeworfen, und die Autonomen wollen den Weg vieler früherer Revolutionäre, die sich zurückgezogen haben, vermeiden.

Im weiteren konzentrierte sich die Diskussion darauf, wie der Anspruch vermittelt werden kann. Das Leben nimmt in den verschiedenen besetzten Häusern ganz unterschiedliche Formen an. In einigen Fällen werden neue architektonische Vorstellungen entwickelt, wie die Zusammenlegung individueller Arbeitsräume (vgl. KVZ 35), in anderen Fällen werden nur die nötigsten Renovierungen wie Strom- und Wasserleitungen vorgenommen, die Wände mit Bildern und Parolen bemalt und viel Musik gehört und gespielt. Zahlreiche Straßencafés sind entstanden. Sind nebeneinanderliegende Häuser besetzt, werden die Hofmauern abgerissen und zwischen den Häusern Durchbrüche geschaffen, so daß endlose zusammenhängende Wohnkomplexe entstehen. In Kreuzberg gibt es Beispiele, wo ganze Blocks umgestaltet werden, Werkstätten entstehen und über den Blockrat eine enge Zusammenarbeit zwischen den Generationen und zwischen den Nationalitäten hergestellt werden konnte. In allen Fällen ist mit den Hausbesetzungen der Anspruch verbunden, neue Lebensformen zu entwickeln. Von den westdeutschen Gästen wurde sehr aufmerksam beobachtet, wie die Nachbarn der umliegenden Häuser reagieren und in einigen Fällen Kritik geübt, wo Hausbesetzer noch mitten in der Nacht laut Musik hörten. Gute Erfahrungen wurden überall mit Fassadenmalereien gemacht, bisweilen auch mit Tagen der offenen Tür. Harte Auseinandersetzungen gibt es ständig über die Gewaltfrage, in dieser Arbeitsgruppe bestand jedoch Einigkeit, daß Gewalt dann angemessen ist und auch verständlich gemacht werden kann, wenn der Bezug zu den sozialen Interessen, die verteidigt werden sollen, deutlich ist, z.B. im Fall von Räumungen.

Da die Autonomen in starkem Maß auch in der Musik ihren Ausdruck suchen, sei zum Schluß die Platte ,,Monarchie und Alltag" von ,,Fehlfarben" empfohlen. Zwar gehören die Musiker wohl nicht gerade zur Autonomen-Bewegung, aber ihre Musik ist sehr populär. Das Lied ,,Es geht voran" ist geradezu die Erkennungsmelodie auf den zahlreichen Demonstrationen geworden.

aml. Ausgehend vom Interesse am Schutz der natürlichen Ressourcen und der Lebensbedingungen der Menschen wird in der ,,Ökologiebewegung" überlegt, was man an anderen Produkten auf andere Weise und unter anderen Bedingungen produzieren kann; daß die menschliche Arbeit sich von Qualen und Fesseln befreien muß, die der heutige Arbeiter erfährt, und wie sie das kann.
Unter Berufung auf den Schutz der

Manches scheint nur ökologisch
Zur Entgegnung auf die Thesen von J.K. und zu ihnen selbst (KVZ 35 und 37/81)

rung der Produktivität zu einem Dogma erheben?"
Da die Produktion jetzt sowohl effektiver wie weniger produktiv werden

Beurteilungskriterien einem Arbeitskreis, der die Thesen von J.K. diskutierte, vorgelegt. Dieser Versuch stieß auf erhebliche Ablehnung derjenigen,

das und sprechen von einer Entwicklung der Vielfalt der Lebensbedürfnisse.
Die nur noch gesellschaftlich hand-

geworden sind, zeigt eigentlich schon die breite gesellschaftliche Bewegung, die sich um diese Fragen entwickelt. Das Unvernünftigste, was man machen kann, ist für die Beseitigung der Mittel einzutreten, die die fortschrittliche Entwicklung gefödert haben und weiterhin fördern werden.
Worum es an diesem Punkt der Auseinandersetzung geht: Die menschliche Produktionstätigkeit hat eine Stufe erreicht, daß sie Wirkungen auf die gan-

kal"-Redaktion waren Thesen vorgelegt worden, und bereits am ersten Punkt biß sich die Debatte fest. ,,Anarchie als Minimalforderung. 1. Wir kämpfen für uns und führen keine Stellvertreterkriege, alles läuft über eigene Teilnahme, Politik der ersten Person. Wir kämpfen nicht für Ideologien, nicht fürs Proletariat, nicht fürs Volk, sondern für ein selbstbestimmtes Leben in allen Bereichen, wohl wissend, daß wir nur frei sein können, wenn alle anderen auch frei sind. Rückeroberung des ganzen Lebens – Abschaffung der Politik. Volle regionale, kulturelle und individuelle Autonomie für alle!" Schon aufgrund ihrer ungeheuren Abstraktheit stieß diese These auf viel Unverständnis und Ablehnung.
Es lagen aber auch Gegenthesen vor:

num (150 Teilnehmer) wurde in Arbeitsgruppen aufgeteilt.
Befreiung von Arbeit
In einigen Arbeitsgruppen wurden diese Thesen weiterdiskutiert. Ihr Fehler wird besonders deutlich in der 4. These. ,,Durch den relativen gesellschaftlichen Reichtum und die Möglichkeit, uns Teile davon anzueignen, können wir uns der Arbeit weitgehend entziehen; somit stellt die Arbeit für uns keinen Zusammenhang dar, wo wir uns kennengelernt haben oder der zum Inhalt unseres Kampfes wird. Befreiung von der Arbeit ist eine der Grundvoraussetzungen für die Freiheit des Individuums. Zusammengekommen sind wir über Subkultur und diese stellt auch den Ausgangspunkt für unseren Kampf gegen den Staat dar." Diese

ber-Organisation bzw. vom Jobber-Kampf, führt notwendigerweise zur Vereinzelung im Produktionsprozeß, zur verstärkten Ausbeutung und damit zur Stärkung des Kapitalverhältnisses mit all seinen Folgen (Staat!, Entfremdung etc.). Der Arbeit könnt ihr nicht entfliehen, liebe Freunde!" und die Gruppe Berliner Autonome kritisiert: ,,Ziel der kommunistischen Arbeitsorganisation ist in letzter Instanz die Aufhebung der Arbeitsteilung, der Konkurrenz und des Zwangscharakters der öffentlichen Organisation. Der Mensch tritt in den bewußt geplanten Stoffwechsel mit der Natur und in den bewußten Zusammenhang mit anderen Menschen. Jeder ist unter anderem auch Arbeiter und leistet je nach Fähigkeit und Bedürfnis die notwendige Arbeit und Mehrarbeit zur Erhaltung

und Frau als auch staatliche Lösungsverfahren wie Heimerziehung oder Psychiatrie haben sich bisher weitgehend in individuellen Krisen niedergeschlagen, die ihren Ausdruck in steigendem Alkohol- und Drogenverbrauch, psychischen Erkrankungen, Perspektivlosigkeit und steigenden Selbstmordraten finden. Nach den übereinstimmenden Berichten aus den verschiedenen besetzten Häusern in verschiedenen Städten ist mir erst richtig deutlich geworden, daß die Vereinzelung oft viel weiter vorangeschritten ist, als es den Anschein hat. Der 68er-Generation wird gerade in diesen Fragen Ignoranz und Anpassung vorgeworfen, und die Autonomen wollen den Weg vieler früherer Revolutionäre, die sich zurückgezogen haben, vermeiden.

malereien gemacht, bisweilen auch mit Tagen der offenen Tür. Harte Auseinandersetzungen gibt es ständig über die Gewaltfrage, in dieser Arbeitsgruppe bestand jedoch Einigkeit, daß Gewalt dann angemessen ist und auch verständlich gemacht werden kann, wenn der Bezug zu den sozialen Interessen, die verteidigt werden sollen, deutlich ist, z.B. im Fall von Räumungen.
Da die Autonomen in starkem Maß auch in der Musik ihren Ausdruck suchen, sei zum Schluß die Platte ,,Monarchie und Alltag" von ,,Fehlfarben" empfohlen. Zwar gehören die Musiker wohl nicht gerade zur Autonomen-Bewegung, aber ihre Musik ist sehr populär. Das Lied ,,Es geht voran" ist geradezu die Erkennungsmelodie auf den zahlreichen Demonstrationen geworden.

Manches scheint nur ökologisch

Zur Entgegnung auf die Thesen von J.K. und zu ihnen selbst (KVZ 35 und 37/81)

aml. Ausgehend vom Interesse am Schutz der natürlichen Ressourcen und der Lebensbedingungen der Menschen wird in der ,,Ökologiebewegung" überlegt, was man an anderen Produkten auf andere Weise und unter anderen Bedingungen produzieren kann; daß die menschliche Arbeit sich von Qualen und Fesseln befreien muß, die der heutige Arbeiter erfährt, und wie sie das kann.

Unter Berufung auf den Schutz der Natur und unter Hinweis auf das despotische Fabriksystem verlangt z.B. Bahro ,,Vorrang der Ökologie über die Ökonomie" und nimmt das ,,Gesetz von der Ökonomie der Zeit" unter Beschuß. Wenn es darum geht, die Übel dieser Gesellschaft mit der Existenz der Großen Industrie zu begründen und in der höheren Produktivkraft der Arbeit, die sie entwickelt hat, zu suchen, ist sowohl das Argument von *zu viel* an Ökonomie der Zeit wie von *zu wenig* an Ökonomie der Zeit recht. In seiner ,,Entgegnung auf die Thesen von J. Keizer zu Ökologie und Umweltschutz" schreibt Genosse dhe aus Aachen:

,,d) dezentrale – zentrale Produktion. Daß diese Frage nicht als Dogma zu behandeln ist, ist eine platte Feststellung (These 6). Aber gibt es im Kapitalismus nicht eine Tendenz zur Zentralisierung über ökonomische Notwendigkeiten hinaus? Ist diese Tendenz heute noch fortschrittlich, revolutionär, wie Marx und Engels das vor 100 Jahren gegenüber der Handwerksproduktion feststellten, oder macht sie nicht die Produktion *uneffektiver* (Hervorhebung von mir, aml), undurchschaubarer, schwerfälliger, verwundbarer?"

Und an anderer Stelle in der ,,Entgegnung" stellt dhe als ,,eine grundsätzliche Frage der Befreiung der Arbeit":

,,Kann Produktion ,unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten Bedingungen' (MEW 25, S. 828) (Hinweis von mir: bis hierher das Zitat aus MEW, aml) nicht auch bei Verringerung der Produktivität *und* (Hervorhebung von dhe) der Arbeitszeit erfolgen? Wieso müssen wir beim heutigen Stand der Produktivkräfte die Steigerung der Produktivität zu einem Dogma erheben?"

Da die Produktion jetzt sowohl effektiver wie weniger produktiv werden soll, sind beliebige Aussagen möglich. Eine Aufklärung von Sachverhalten wie die, welche Produktionsverhältnisse die Menschen hindern, die natürlichen Ressourcen zu schonen, die Naturkräfte zu entwickeln, (was spricht z.B. dagegen, daß man die Selbstreinigungsmechanismen in den Flüssen durch bewußte Eingriffe fördert?) und die menschliche Arbeit zu befreien, welche politischen Schritte getan werden müssen, um diese Interessen zur Geltung zu bringen, entfällt. Selbst wenn es einem auf diese Punkte nicht ankommen sollte, wird die Frage der zu verfolgenden Zwecke und der Möglichkeit, sie zu erzielen, so beliebig wie einseitig.

In der Debatte um die von J.K. vorgelegten Thesen in einem Arbeitskreis des KBW stellt sich das deutlich heraus:

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in den letzten Dekaden wurde kritisiert. Warum? Weil der Bauer früher mit einer Energieeinheit 40 Energieeinheiten Nahrungsmittel produzierte und heute mit einer Energieeinheit eine Energieeinheit Nahrungsmittel. Das ist eine ganz einseitige und irrationale Betrachtungsweise. Es kann sein, daß für die Produktion von einem Kilo Mehl heute 1 Liter Diesel gebraucht wird, aber was erklärt das?

Insbesondere, was die Frage der Zerstörung der Natur angeht, wie sie in These 2 aufgeworfen wird, gibt es die größten Beliebigkeiten, die sich spannen von dem Punkt, daß der eine sagt, jede Produktion zerstört die Natur zu 5%, und der andere, jede Produktion zerstört die Natur zu 95%.

In der Auseinandersetzung, wie die Produktionstätigkeit des Menschen einzuschätzen ist, habe ich folgende Beurteilungskriterien einem Arbeitskreis, der die Thesen von J.K. diskutierte, vorgelegt. Dieser Versuch stieß auf erhebliche Ablehnung derjenigen, die auch die Kritik von dhe an den Thesen teilten:

,,Theoretiker, die behaupten, der sogenannten Ökologiebewegung nahe zu stehen, sprechen von einem Widerspruch Ökologie – Ökonomie, und sie verlangen die Unterordnung der Ökonomie unter die Ökologie.

Dieser Widerspruch besteht insofern, als eine Wirtschaftsweise, die nicht alle Arbeitszeiten berücksichtigt, die anfallen, um ein Produkt herzustellen und die Produktion zukünftiger Generationen zu erleichtern, mit der Natur Raubbau treibt. Sie läßt Schäden zurück, die später nur mit ungeheurem Arbeitsaufwand zu beseitigen sind, wenn sie nicht irreparabel sind; also die Produktion bestimmter Gebrauchsgegenstände unmöglich machen oder für deren Ersatz einen ungleich größeren Aufwand erfordern.

Die ganze Produktionstätigkeit des Menschen besteht in der Nutzbarmachung der Natur für seine Zwecke. Dabei nutzt der Mensch die Gesetze der Natur, und er verändert die Natur. Das Kriterium, ob diese Veränderung Zerstörung bedeutet, ist doch ein ökonomisches: Nämlich ob die Vielfalt der Lebensbedürfnisse weiterhin befriedigt und entwickelt werden kann und ob durch produktives Einwirken auf die Natur nicht die Produktionsbedingungen anderer Produktionszweige und zukünftiger Generationen verschlechtert werden."

Auf dem Weg von der Arbeit als erster Lebensnotwendigkeit zum ersten Lebensbedürfnis hat die durch den Kapitalismus hervorgerufene Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit dieses Ziel überhaupt erst für die ganze Gesellschaft greifbar gemacht. Die Beurteilungskriterien berücksichtigen das und sprechen von einer Entwicklung der Vielfalt der Lebensbedürfnisse.

Die nur noch gesellschaftlich handhabbaren Produktionskräfte, die der Kapitalismus entwickelt hat, können unter seinen gesellschaftlichen Bedingungen die Lebens- und Produktionsbedingungen nächster Generationen zerstören. Die Beurteilungskriterien berücksichtigen das und sprechen von irreversiblen Schäden.

Wovon allerdings auch die Rede ist: Noch für einige Zeit wird es nötig sein, als hauptsächliches Beurteilungskriterium zu berücksichtigen, wieviel Zeit für die Gesellschaft heute, morgen und an den verschiedensten Punkten aufzuwenden ist, um bestimmte Zwecke zu verfolgen. Der heute hauptsächlich zur Geltung kommende Gesichtspunkt ist, wie die Produktion ökonomisiert werden kann, um aus Wert mehr Wert zu machen. Der Verschleiß der Arbeitskraft und der Raubbau an der Natur ist für den Kapitalisten ein ganz sekundärer Gesichtspunkt, denn beides ist für ihn vorhanden.

Was aber auch in den Kämpfen deutlich wird, ist, daß die Gesellschaft diesen Gesichtspunkt für ganz ungenügend hält. Das hat sicher einen Grund darin, daß bestimmte Vorgänge überschaubar und beurteilbar geworden sind. Ganz im Gegensatz zu dhe ist es so, daß die große Industrie die Produktion und den gesellschaftlichen Stoffwechsel nicht undurchschaubarer, sondern durchschaubarer macht.

dhe spricht den Widerspruch zwischen Stadt und Land an. Dessen Lösungsmöglichkeiten werden durchschaubar, weil es moderne Kommunikations- und Transportsysteme gibt, und die Schranken der Zusammenballung in den Städten werden ebenso durchschaubar. Daß alle diese Fragen aufgrund der Entwicklung der modernen Produktivkräfte durchschaubar geworden sind, zeigt eigentlich schon die breite gesellschaftliche Bewegung, die sich um diese Fragen entwickelt. Das Unvernünftigste, was man machen kann, ist für die Beseitigung der Mittel einzutreten, die die fortschrittliche Entwicklung gefödert haben und weiterhin fördern werden.

Worum es an diesem Punkt der Auseinandersetzung geht: Die menschliche Produktionstätigkeit hat eine Stufe erreicht, daß sie Wirkungen auf die ganze Gesellschaft und auf überregionale Bereiche der Geosphäre hat. Sie hat aber auch einen Punkt erreicht, wo Schaden und Nutzen aufgrund der Mittel, die sie hervorgebracht hat, für den Menschen beurteilbar und bewußt beeinflußbar werden, wenn auch häufig noch in der Form – wie z.B. bei der Atommüllbeseitigung –, daß man weiß, daß sich wahrscheinlich noch Generationen in 6000 Jahren damit herumplagen müssen, und man noch nicht weiß, wie man den Atommüll beseitigt, ohne daß spätere Generationen den Schaden davon haben. Beispielsweise hat die kapitalistische Gesellschaft eine Wissenschaft wie die Ökologie hervorgebracht, deren Erkenntnisse es verdienen, verbreitet zu werden, damit sie den Interessen breiter Massen zur Verfügung stehen. Das Problem ist eben, wie diese Interessen sich politisch Geltung verschaffen können gegen die die Herrschaft ausübenden Kapitalistenklasse.

Was den Schutz der natürlichen Ressourcen angeht, müssen die hauptsächlichen Maßnahmen darin liegen, dem Raubbau an der Natur und den natürlichen Lebens- und Produktionsbedingungen gesetzliche Schranken zu ziehen und die Kontrollrechte darüber für Organe der Gesellschaft wie Betriebsräte, Gewerkschaftskörper und Gemeindeversammlungen zu verlangen. Solange die kapitalistische Produktionsweise vorherrscht, werden sich die Produktivkräfte eben entlang und gerade wegen dieser Schranken entwickeln. Können die Produzenten bestimmen, so werden solche Gesetze die ersten Richtlinien sein für bewußtes und planmäßiges Produzieren, für bewußten und planmäßigen Stoffwechsel Mensch – Natur.

„Verzicht auf eine erneute umfassende Reform der ärztlichen Ausbildung“

jod. „An dem sechsjährigen Medizinstudium einschließlich des ‚Praktischen Jahres‘ im letzten Jahr des Medizinstudiums wird festgehalten. Die notwendigen Verbesserungen der Ausbildung müssen durch Verbesserungen im Medizinstudium erreicht werden. Die Approbation als Arzt wird nach erfolgreichem Abschluß des Medizinstudiums erteilt. Da sie zur eigenverantwortlichen und selbständigen Ausübung des ärztlichen Berufes berechtigt, eröffnet sie dem Arzt grundsätzlich den Zugang zu allen Tätigkeiten.“ So das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) in seinem „Positionspapier zu Fragen der ärztlichen Ausbildung“ vom 31.7.81.

Damit bezieht das BMJFG Position gegen das von ihm selbst vor einem Jahr im Rahmen der „Kleinen Kommission“ erarbeiteten Modell, das u.a. eine „einjährige Praxisphase“ nach dem 3. Staatsexamen vorsah und dann erst die Erteilung der Approbation. Ebenfalls bezieht das BMJFG damit Stellung gegen ein Papier der Arbeitsgemeinschaft von Sozialdemokraten im Gesundheitswesen, das eine gestaffelte Approbation vorsah. Die Eignung zur Zulassung zum Kassenarzt soll nach dem jetzt vorliegenden Positionspapier durch eine zweijährige praktische Berufserfahrung nachgewiesen werden.

Hauptsächlich beschäftigt sich das Papier mit der Verbesserung der praktischen Ausbildung vor und im PJ und Prüfungen. Zur Ausbildung vor dem PJ hört man nun schon seit bald 10 Jahren die gleichen Versprechungen wie „intensive Ausbildung im unmittelbaren Kontakt mit Patienten“ oder „Erweiterung der patientenbezogenen Ausbildungsmöglichkeiten in der Hochschule“. Konkretisiert werden diese Aussagen nicht (wie auch? es müßten ja mehr Ärzte eingestellt werden) bis auf den Vorschlag, die Famulatur noch mal um zwei Monate von vier auf sechs zu erhöhen, womit die Semesterferien im klinischen Studienabschnitt endgültig abgeschafft wären.

Zum PJ selbst wird eine „Klarstellung zum Status des Studenten im Praktischen Jahr“ angekündigt sowie „eine Fortsetzung der Bemühungen um eine verbesserte Gestaltung“. Ansonsten will man sich um eine „rechtzeitige Bereitstellung der in den kommenden Jahren benötigten zusätzlichen Ausbildungsplätze“ kümmern. Westberliner Medizinstudenten sollen z.B. demnächst ihr PJ in Recklinghausen absolvieren.

Unter „Neuordnung im Bereich des Prüfungssytems“ werden zwei Modelle A und B vorgeschlagen (siehe dazu Tabelle). Auffällig ist, daß gegenüber den Vorschlägen der Kleinen Kommission eine Entschärfung aufgetreten ist und Modell A von der Summe der Prüfungen (mündliche/schriftliche) nur eine Verschiebung darstellt. Zum Modell der Kleinen Kommission heißt es in dem Papier: „Gegen das Modell der Kleinen Kommission sprechen insbesondere fehlende Realisierungschancen und zu hohe Belastung der Studenten.“ In bezug auf die Multiple-Choice (MC)-Prüfungen wird noch eine Straffung und Entrümpelung der Gegenstandskataloge, die die Menge des Stoffes festlegen, in Aussicht gestellt.

Insgesamt stellt das Papier eine Entschärfung der bisherigen Entwürfe zur Novellierung der Approbationsordnung dar, bringt aber auch keine Verbesserungen. Es wird unheimlich viel angekündigt (wohl auch unter dem Druck des Streiks im letzten Semester), es wird aber kaum etwas entsprechend konkretisiert. Es macht etwas den Eindruck der Flickschusterei und scheint von Matthöfers Rotstift diktiert worden zu sein, gemäß dem Motto: so wenig wie möglich ändern, es könnte was kosten. Bisher liegen seitens der CDU und der Standesorganisationen noch keine Äußerungen dazu vor. Bis Ende dieses Jahres will das BMJFG einen weiteren Referentenentwurf, den vierten mittlerweile, vorlegen.

	Jetzige Regelung	Vorschlag der kl. Kommission	Modell A und B
Physikum nach 4. Semester	Multiple Choise (MC)	MC plus mündl. Prüfg. in 2 Fächern	MC plus mündlicher Prüfung in 1 Fach
Staatsexamen 1. Abschnitt nach 6. Semester	MC	MC plus mündliche Prüfung in 2 Fächern	A: entfällt B: MC
Staatsexamen 2. Abschnitt nach 10 Semestern	MC	MC + mündliche Prüfung in 2 Fächern	A: MC, Stoff d. jetzigen II u. III Abschnitts, B: MC, Stoff d. jetzigen II u. III Abschnitts Beide: mündl.-praktische Prüfung in 3 oder 4 Fächern
Staatsexamen 3. Abschnitt nach 12. Sem.	MC + mündl. prakt. Prüfung in 3 Fächern	mündl.-prakt. Prüfung in 3 Fächern	mündl.-praktische Prüfung in 3 Fächern

Abriß des Hochsicherheitstrakts gefordert

ora.Bremen. Vor kurzem wurde in der Justizvollzugsanstalt Bremen-Oslebshausen ein neuer Sicherheits- und Hochsicherheitstrakt fertiggestellt. Aufgrund einer Vereinbarung der Länderjustizminister sollte auch Bremen vier besonders gesicherte Zellen für als gefährlich eingestufte politische Gefangene bereit halten. Die Deputation für Rechtspflege und Strafvollzug beschloß 1977, gleich noch 19 „einfache“ Sicherheitszellen für bremische Zwecke hinzuzubauen. Letztere waren vom Justizsenator vorgestellt worden als geeignetes Mittel gegen rebellische

Minderheit, die durch renitentes Verhalten das seit Jahren mit Erfolg praktizierte gelockerte Vollzugskonzept gefährdet, die sich nicht anpaßt, die nicht diszipliniert ist und deshalb für eine gewisse Zeit abgeschottet werden muß.“ Genau dies hatte die Insassenvertretung schon vorher befürchtet, sie sieht in dem Sicherheitstrakt, der im offiziellen Sprachgebrauch geschlossene Station heißt, eine „Festung aus Stahl und Beton, in der unliebsame, fragende oder kritische Gefangene isoliert werden sollen“.
Seit dem 3.9.1981 ist ein von der An-

Hof sozial und visuell sowie in der Zelle während der restlichen 23,5 Stunden weitgehend akustisch isoliert. Die Absicht akustischer Isolierung bestreitet der Senat, die verwendeten Baumaterialien führen jedoch faktisch zur akustischen Isolierung vom übrigen Knast.
Am 18.9.1981 fand vom Bürgerhaus Oslebshausen, dem Stadtteil, in dem die JVA liegt, eine gut besuchte Podiumsdiskussion in Zusammenarbeit mit der Gefangenenvertretung statt unter dem Thema „Zerstört der Strafvollzug den Menschen?“. Nach lebhafter Debatte, in der es keiner wagte, den Si-

Papier mit der Verbesserung der praktischen Ausbildung vor und im PJ und Prüfungen. Zur Ausbildung vor dem PJ hört man nun schon seit bald 10 Jahren die gleichen Versprechungen wie „intensive Ausbildung im unmittelbaren Kontakt mit Patienten“ oder „Erweiterung der patientenbezogenen Ausbildungsmöglichkeiten in der Hochschule“. Konkretisiert werden diese Aussagen nicht (wie auch? es müßten ja mehr Ärzte eingestellt werden) bis auf den Vorschlag, die Famu-

Staatsexamen 1. Abschnitt nach 6. Semester | MC | MC plus mündliche Prüfung in 2 Fächern | A: entfällt B: MC
Staatsexamen 2. Abschnitt nach 10 Semestern | MC | MC + mündliche Prüfung in 2 Fächern | A: MC, Stoff d. jetzigen II u. III Abschnitts, B: MC, Stoff d. jetzigen II u. III Abschnitts Beide: mündl.-praktische Prüfung in 3 oder 4 Fächern
Staatsexamen 3. Abschnitt nach 12. Sem. | MC + mündl. prakt. Prüfung in 3 Fächern | mündl.-prakt. Prüfung in 3 Fächern | mündl.-praktische Prüfung in 3 Fächern

Abriß des Hochsicherheitstrakts gefordert

ora.Bremen. Vor kurzem wurde in der Justizvollzugsanstalt Bremen-Oslebshausen ein neuer Sicherheits- und Hochsicherheitstrakt fertiggestellt. Aufgrund einer Vereinbarung der Länderjustizminister sollte auch Bremen vier besonders gesicherte Zellen für als gefährlich eingestufte politische Gefangene bereit halten. Die Deputation für Rechtspflege und Strafvollzug beschloß 1977, gleich noch 19 „einfache“ Sicherheitszellen für bremische Zwecke hinzuzubauen. Letztere waren vom Justizsenator vorgestellt worden als geeignetes Mittel gegen rebellische und uneinsichtige Gefangene. Senatsrat Isola vom Senator für Rechtspflege und Strafvollzug (zitiert nach Bremer Nachrichten v. 22.8.81): Unter den Gefangenen gäbe es „immer eine kleine Minderheit, die durch renitentes Verhalten das seit Jahren mit Erfolg praktizierte gelockerte Vollzugskonzept gefährdet, die sich nicht anpaßt, die nicht diszipliniert ist und deshalb für eine gewisse Zeit abgeschottet werden muß.“ Genau dies hatte die Insassenvertretung schon vorher befürchtet, sie sieht in dem Sicherheitstrakt, der im offiziellen Sprachgebrauch geschlossene Station heißt, eine „Festung aus Stahl und Beton, in der unliebsame, fragende oder kritische Gefangene isoliert werden sollen“.

Seit dem 3.9.1981 ist ein von der Anstaltsleitung als renitent, gefährlich und rauschmittelgefährdet eingestufter Gefangener in einer der Sicherheitszellen untergebracht. Er ist mit ½stündigem Einzelhofgang auf besonderem Hof sozial und visuell sowie in der Zelle während der restlichen 23,5 Stunden weitgehend akustisch isoliert. Die Absicht akustischer Isolierung bestreitet der Senat, die verwendeten Baumaterialien führen jedoch faktisch zur akustischen Isolierung vom übrigen Knast.

Am 18.9.1981 fand vom Bürgerhaus Oslebshausen, dem Stadtteil, in dem die JVA liegt, eine gut besuchte Podiumsdiskussion in Zusammenarbeit mit der Gefangenenvertretung statt unter dem Thema „Zerstört der Strafvollzug den Menschen?“. Nach lebhafter Debatte, in der es keiner wagte, den Sicherheitstrakt zu verteidigen, wurde mit großer Mehrheit von der Versammlung, darunter zahlreichen Gefangenen, beschlossen:

Wir fordern, daß
1. die Vereinbarung der Justizminister, nach welcher das Land Bremen für vier sogenannte Terroristen einen Hochsicherheitstrakt vorhalten muß, durch das Land Bremen aufgekündigt und die vier Zellen wieder abgerissen werden;
2. diese vier Zellen bis dahin nicht belegt werden;
3. die übrigen 19 Zellen dieser Station nicht für Einzelhaft oder ähnliche Maßnahmen genutzt, sondern umgekehrt verwendet werden, z.B. für Maßnahmen der Entlassungsvorbereitung;
4. der derzeit dorthin verlegte Gefangene wieder auf eine normale Zelle gebracht wird.

Der Vertreter des Justizsenators, Isola, war auf der Veranstaltung gezwungen, von seiner 14 Tage vorher verkündeten öffentlichen Propagierung des Traktes als geeignetes Mittel zur Disziplinierung von Gefangenen abzurücken und versprach zumindest, sich für eine Nutzung der Zellen im Normalvollzug einzusetzen. Der Anstaltsleiter Hoffmann erklärte auf ausdrückliche Nachfrage, er habe dem Beschluß der Versammlung zugestimmt. Inzwischen manövriert er. Er will den Gefangenen unter vorläufiger Aufrechterhaltung der Einzelhaft aus dem Sicherheitstrakt herausverlegen, wenn dieser bereit ist, freiwillig zunächst in eine andere Station zu gehen, wo er die Insassen nicht kennt. Dies hat der Gefangene abgelehnt.

Göttinger Beratung zum 10.10.

ped. Auf Einladung des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie trafen sich am 19.9. Vertreter von über 20 Arbeitskreisen gegen Atomenergie sowie politischer Organisationen. Die Ergebnisse der Beratung:

Alle Gruppen mobilisieren zur Demonstration am 10.10. in Bonn.

Von der Bildung eines eigenen, alternativen Blocks und einer alternativen Abschlußkundgebung – wie sie im Einladungsschreiben der Göttinger Gruppe noch enthalten war – wird aus verschiedenen, z.T. politischen, z.T. organisatorischen Gründen abgesehen. Der Göttinger Arbeitskreis wird an die Organisatoren der Demonstration herantreten, um einen Redner auf einer der Auftaktkundgebungen zu stellen, wie es seitens eines Vertreters dieser Organisatoren (Zwanziger, vds) auf der Beratung angeboten wurde.

Mehrheitlich wurde der vorgeschlagene Aufruf des Göttinger Arbeitskreises (siehe KVZ 38) mit einigen Änderungen verabschiedet bzw. wird den anderen Gruppen zwecks gemeinsamen Aufrufs zugestellt.

Bereits auf der Beratung zeigte sich, daß dieser Aufruf allerdings nicht geeignet ist, alle Gruppen gegen Atomenergie und die linken politischen Organisationen zusammenzuschließen. Zu weitgehend sind die Differenzen in der Frage: Von wem geht die Kriegsgefahr aus und gegen wen muß der Kampf gegen den drohenden Krieg geführt werden? Der verabschiedete Aufruf geht von den USA als Kriegstreiber aus, gegen die der Kampf geführt werden muß, mit der Abkopplung der BRD, Austritt aus der NATO und Blockfreiheit der BRD. In einem Alternativ-Vorschlag einer Braunschweiger Gruppe, der abgelehnt wurde, wurde hingegen als Ursache der sich verschärfenden Kriegsgefahr von der Rivalität der beiden Supermächte ausgegangen, während zugleich etwa Vertreter des KB in dem Aufruf stärker Ostlandritte u.a. expansionistische Ambitionen der BRD aufgenommen wissen wollten. So ist der verabschiedete Aufruf zwar eine, aber nicht *die* politische Alternative zur imperialistischen Blockpolitik der Supermächte und aller westdeutschen bürgerlichen Parteien. Umgekehrt zeigte sich in der Beratung gerade die Stärke des Aufrufs der Aktion Sühnezeichen, der, weil er keine politische Einschätzung vornimmt, gerade zur Grundlage der Demonstration vieler mit unterschiedlichen politischen Konzepten am 10.10. werden kann.



„Ozapft is“, der Münchner Oberbürgermeister Kiesl hatte am vergangenen Samstag mit diesen Worten das 147. Münchner Oktoberfest eröffnet. Und mit seinem Landesvater angestoßen. Den anderen, weit weniger angenehmen Teil hatte er ja schon am Tage vorher erledigt: die Einweihung des Mahnmals für die Opfer des Attentats am 27. September 1980, des offiziellen, versteht sich, die anderen waren jeweils wieder beiseite geschafft worden. Bei der Eröffnung mochte der Festzug nicht am Mahnmal vorbeigehen, er benutzte einen anderen Eingang. Aber was steht nun noch dem Vergessen im Wege, nachdem die gerichtlichen Ermittlungen ebenfalls glatt und reibungslos abgeschlossen wurden? Z.B. eine Aktionseinheit, die das faschistische Attentat nicht so einfach zu den Akten zu legen bereit ist.

Vorbeugehaft gegen 100 Anti-Haig-Demonstranten

anh.Göttingen. In Göttingen hatten sich etwa 80 Leute überlegt, an der Demonstration gegen Haig in Westberlin teilzunehmen. Sie machten ein Flugblatt, in dem sie zu einer vorbereitenden Versammlung in einer Göttinger Kneipe aufriefen. Dort vereinbarten sie einen gemeinsamen Treffpunkt in Westberlin, von dem aus sie gemeinsam zur Demonstration gehen wollten. Auch diesen Treffpunkt gaben sie öffentlich bekannt. Nach dem Abmarsch von dem gemeinsamen Treffpunkt in Westberlin geschah folgendes: Der Zug bewegte sich in lockerer Formation in Richtung Demonstrationsbeginn. Man mußte den Nollendorfplatz überschreiten. Auf diesem Platz wurden die Göttinger Demonstranten von der Polizei überfallen und die Polizei griff so ziemlich jeden darüberhinaus ab, der irgendwie so aussah, als ginge er zur Demonstration. Gegen diese Festnahme waren die Demonstranten machtlos und völlig überrascht, wollten sie doch lediglich zu einer (genehmigten) Demonstration.

Der Grund der „Ingewahrsamnahme“ durch die Polizei: es stände eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar bevor, sprich, die Göttinger würden unmittelbar vor dem Begehen von Straftaten aus „Sicherheitsgründen“ festgenom-

sich etwa 80 Leute überlegt, an der Demonstration gegen Haig in Westberlin teilzunehmen. Sie machten ein Flugblatt, in dem sie zu einer vorbereitenden Versammlung in einer Göttinger Kneipe aufriefen. Dort vereinbarten sie einen gemeinsamen Treffpunkt in Westberlin, von dem aus sie gemeinsam zur Demonstration gehen wollten. Auch diesen Treffpunkt gaben sie öffentlich bekannt. Nach dem Abmarsch von dem gemeinsamen Treffpunkt in Westberlin geschah folgendes: Der Zug bewegte sich in lockerer Formation in Richtung Demonstrationsbeginn. Man mußte den Nollendorfplatz überschreiten. Auf diesem Platz wurden die Göttinger Demonstranten von der Polizei überfallen und die Polizei griff so ziemlich jeden darüberhinaus ab, der irgendwie so aussah, als ginge er zur Demonstration. Gegen diese Festnahme waren die Demonstranten machtlos und völlig überrascht, wollten sie doch lediglich zu einer (genehmigten) Demonstration.
Der Grund der „Ingewahrsamnahme“ durch die Polizei: es stände eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar bevor, sprich, die Göttinger würden unmittelbar vor dem Begehen von Straftaten aus „Sicherheitsgründen“ festgenom-

men. Freilich gab es dafür nicht den geringsten Anschein. „79 Radikalinskis weniger“ war der Kommentar von Polizeipräsident Hübner dazu. Die Maßnahme der „Ingewahrsamnahme“ war eine völlige Willküraktion. Die Demonstranten wurden in ein offenbar für die Demonstration hergerichtetes ehemaliges Asylantenlager gebracht, dort in mehrere nebeneinanderliegende Zellen gesteckt. Immer noch kein genauer formulierter Grund für die Festnahme. Weil zwischen den einzelnen Zellen die Türen lediglich aus Rigipswänden „zugemacht“ waren, öffneten die Gefangenen diese Türen, um zusammen zu sein. Da es keine Frischluft gab und einigen schlecht wurde, öffneten sie auch einige Fenster, um Frischluft zu erhalten, ohne daß sie sich dabei an den Gittern zu schaffen gemacht hätten, also einen Ausbruchsversuch unternommen hätten. Dennoch: das Öffnen der Türen und der Fenster wird den meisten jetzt zum Vorwurf gemacht. Sachbeschädigung, Gefangenenmeuterei. Die Mehrzahl wurde erkennungsdienstlich behandelt, ab 17.00 Uhr wurden die Gefangenen in Gruppen zu dritt von der Polizei irgendwo in Westberlin (z.T. in Wäldern) ausgesetzt, die letzten nach 11 Stunden.

Die Demonstranten wollen die Rechtswidrigkeit der „Ingewahrsamnahme“ vor dem Verwaltungsgericht feststellen lassen und Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung und Nötigung stellen. In Göttingen finden Aktionen (Protestdemonstrationen, Kundgebungen) statt. Die Strafverfolgung gegen die Demonstranten mußte eingestellt werden, die Einschränkung des Demonstrationsrechts muß bekämpft werden.

hätten, also einen Ausbruchsversuch unternommen hätten. Dennoch: das Öffnen der Türen und der Fenster wird den meisten jetzt zum Vorwurf gemacht. Sachbeschädigung, Gefangenenmeuterei. Die Mehrzahl wurde erkennungsdienstlich behandelt, ab 17.00 Uhr wurden die Gefangenen in Gruppen zu dritt von der Polizei irgendwo in Westberlin (z.T. in Wäldern) ausgesetzt, die letzten nach 11 Stunden.
Die Demonstranten wollen die Rechtswidrigkeit der „Ingewahrsamnahme“ vor dem Verwaltungsgericht feststellen lassen und Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung und Nötigung stellen. In Göttingen finden Aktionen (Protestdemonstrationen, Kundgebungen) statt. Die Strafverfolgung gegen die Demonstranten mußte eingestellt werden, die Einschränkung des Demonstrationsrechts muß bekämpft werden.

Veranstaltungen

Heidelberg
Podiumsdiskussion „Wie politisch ist die Strafjustiz? – Fall Dr. Härdle“ Veranstal-

Veranstaltungen

Heidelberg
Podiumsdiskussion „Wie politisch ist die Strafjustiz? – Fall Dr. Härdle“ Veranstaltung der Redaktion „Strafverteidiger“, mit Martin Hirsch, Verfassungsrichter a.D.; RA Stefan Baier; RA Heldmann; Hörtdörfer, Kreisvorsitzender GEW-HD.
Diskussionsleitung: Dr. Sebastian Cobler.
Ort HD-Ziegelhausen, Steinbachhalle
Montag, 28. September, 20.00 Uhr

Kassel
Öffentliche Mitgliederversammlung zum Thema: Thesen zur Ökologie und Umweltschutz (KVZ 35/81), Kassel-Harleshausen, Kennedy-Haus
Freitag, 25. September, 19.00 Uhr

Öffentliche Mitgliederversammlung zum Thema: Stellung zu Programm und programmatischer Resolution, Planung und Vorbereitung der Delegiertenkonferenz durch den Bezirk, Bürgerhaus Helleböhn
Freitag, 2. Oktober, 19.00 Uhr

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Bildungspolitik in den 80er Jahren

Zu einem Leitantrag des Vorsitzenden Frister an den außerordentlichen Bundeskongreß der GEW am 3./4. Oktober 1981. Auf der Landesvertreterversammlung in Westberlin wurde der Antrag diskutiert.



ads/gem. Dem außerordentlichen Gewerkschaftstag der GEW, einberufen zur Neuwahl des 1. Vorsitzenden, liegt ein Antrag des Hauptvorstandes vor, mit dem die Delegierten zur „Bildungspolitik in den 80er Jahren" Stellung nehmen sollen, um damit dem Mandat des 1. Vorsitzenden gewerkschaftspolitische Substanz zu geben. Selbst wenn, wie gemunkelt wird, die dem Gewerkschaftstag vorgelegte Erklärung – hier auszugsweise veröffentlich – nur zu dem Zweck ausgearbeitet worden ist, um dem bisherigen 1. Vorsitzenden, Erich Frister, einen bemerkenswerten Abgang in seine neue Heimat zu verschaffen, tun die Delegierten gut daran, auch im Hinblick auf die drohend schneidenden Sparmaßnahmen staatlicher Haushaltskonsolidierung, Zweck und Inhalt sorgfältig zu scheiden und letzteres zu prüfen.

Wer kennt das nicht: Erstklässler, denen ihre Einschulung ein aufregendes, ja fast erwartungsfroh gestimmtes Erlebnis ist, im großen und ganzen lediglich behaftet mit dem Problem des neuen, zum Teil verkehrsreichen und weiten Schulwegs. Und dieselben, keine zwei Jahre auf der Schule, wie sie ihre Ranzen in die Ecke der Wohnung schleudern, und Schularbeiten gegen Spiel und Nachmittagsspaß stehen. Alte Pädagogen klären uns auf, daß dies ein natürliches Problem der Disziplin sei, nach dem Motto: Wer will schon etwas lernen, wenn es in Arbeit ausartet. Sie wollen darauf verweisen, daß Lernen mit Mühen, mit Energie- und Kräfteverschleiß verbunden sei. Doch das war es in den Zeiten vor Einschulung ebenfalls, das ist nichts Neues. Der Widerspruch zwischen Arbeit und Spaß drückt doch nicht aus, daß beim letzteren, Lernen als Spaß, kein Schweiß vergossen wird. Und wer Kindern zusieht, wie sie sich mit einer Sache ebenso stundenlang beschäftigen können, wie sie ein anderes Mal Abwechslung bevorzugen, wird ihnen weder beim einen noch beim anderen Mal abstreiten, daß sie „arbeiten". Wie ist es zu erklären, daß die Schüler nach 9–13 Jahren „Penne" froh sind, aus dem Bau zu sein, der Schule heißt? Daß sie sich während der Schulzeit vorkommen, wie „unterm Rad" (Hermann Hesse)?

Jede menschliche Tätigkeit ist Arbeit, ist Verausgabung von „Nerven, Muskeln, Hirn" (Marx). Wenn Generation auf Generation den Ort, der die Ausbildung in geistiger Arbeit gesellschaftlich vollzieht, nurmehr über ihre Streiche und andere Arten erträglichen Auskommens mit dem Betrieb Schule in Erinnerung behält, dann liegt das nicht daran, daß Schweiß vergossen wird, sondern wofür.

Aristoteles beginnt seine Metaphysik mit dem Satz: „Alle Menschen streben von Natur aus nach Wissen." Eltern haben damit ihre Erfahrungen; sie haben in den Jahren, da das Wissen in eigenem Tun vor der Schulzeit gebildet wird, Kinder, die ihnen lauter „Löcher

Kräfteverschleiß verbunden sei. Doch das war es in den Zeiten vor Einschulung ebenfalls, das ist nichts Neues. Der Widerspruch zwischen Arbeit und Spaß drückt doch nicht aus, daß beim letzteren, Lernen als Spaß, kein Schweiß vergossen wird. Und wer Kindern zusieht, wie sie sich mit einer Sache ebenso stundenlang beschäftigen können, wie sie ein anderes Mal Abwechslung bevorzugen, wird ihnen weder beim einen noch beim anderen Mal abstreiten, daß sie „arbeiten". Wie ist es zu erklären, daß die Schüler nach 9–13 Jahren „Penne" froh sind, aus dem Bau zu sein, der Schule heißt? Daß sie sich während der Schulzeit vorkommen, wie „unterm Rad" (Hermann Hesse)?

Jede menschliche Tätigkeit ist Arbeit, ist Verausgabung von „Nerven, Muskeln, Hirn" (Marx). Wenn Generation auf Generation den Ort, der die Ausbildung in geistiger Arbeit gesellschaftlich vollzieht, nurmehr über ihre Streiche und andere Arten erträglichen Auskommens mit dem Betrieb Schule in Erinnerung behält, dann liegt das nicht daran, daß Schweiß vergossen wird, sondern wofür.

Aristoteles beginnt seine Metaphysik mit dem Satz: „Alle Menschen streben von Natur aus nach Wissen." Eltern haben damit ihre Erfahrungen; sie haben in den Jahren, da das Wissen in eigenem Tun vor der Schulzeit gebildet wird, Kinder, die ihnen lauter „Löcher

in den Bauch fragen" und in der Regel vor Wißbegierde und Neugier kaum zu bremsen sind. Wir haben also folgende Fragen zu klären:

1. Wieso läßt in dem Moment, da die Vermittlung von Wissen organisiert wird, wie sie organisiert wird, die Neugier und Wissenbegierde nach, statt sich zu entfalten?
2. Wieso läßt in dem Moment, da die Kinder mit anderen Kindern zusammenkommen und mit ihnen gemeinsam lernen, die Lernfreude und Lernmotivation nach, obgleich sonst Kinder in Gruppen ihre Leistungen zu vervielfachen pflegen?
3. Wieso verwandelt sich die Phase, die den ersten Schritt der Befreiung über den engen Rahmen der Familie hinaus darstellt, in eine Phase der Unlust und des Rückzugs, statt in die Phase beginnender Selbständigkeit zu treten?
4. Allgemein gesagt: Wieso wird das Aufblühen der Jugend zu einem Verwelken?

Gelegentlich werden Gesellschaften an ihren technischen (Spitzen-)Produkten gemessen. Richtig, aber ein viel umfassenderer und tiefgehenderer Maßstab des Erfolgs und Nutzens gesellschaftlicher Formation ist die Lage und Perspektive des gesellschaftlichen Nachwuchses.

Die den Delegierten vorgelegte „bildungspolitische Erklärung" ist unseres Erachtens so zu messen. Sicher würden wir manches anders ausdrücken. Statt des Satzes zu Ende der Erklärung: „Erziehung entscheidet unser Schicksal" hätten wir formuliert, daß der Bildung der produzierenden Klassen und Volksmassen strategische Bedeutung zukommt. Statt solche Worten wie „Gefühl und Verstand" zu benutzen, sind wir Lehrer es gewohnt, von „emotionalen und kognitiven Aspekten" zu reden. Doch ändert sich dadurch etwas am Gehalt?

Den Delegierten wird vorgeschlagen festzustellen, daß „Erziehung und Wissenschaft noch immer nicht den Rang ein(nehmen)", der notwendig ist, „um eine friedliche, freiheitliche und sozial gerechte Gesellschaftsordnung zu verwirklichen und zu sichern". Lassen wir das ‚Sichern' beiseite, ein Zugeständnis sozialdemokratischer Farbe an die bestehende Ordnung. Doch alles andere an diesem Satz ist *in der Sache* richtig. „Gefühl und Verstand der heranwachsenden und der erwachsenen Bürger müssen durch Information, Übung und Erfahrung so entwickelt werden, daß die Demokratie zur Lebensform in Politik, Wirtschaft und Kultur wird."

Daran ist mehreres richtig: Erstens wird der Bildung ein Maß gegeben, die Demokratie (ein nicht gerade niedriges Maß). Zweitens wird die Demokratie völlig richtig als Lebens*form* gefaßt, die für alle Bereiche Geltung haben soll, auch im Betrieb. Wer für Solidarność ist, weiß, was das bedeutet. Drittens soll die Bildung theoretisch und praktisch erfolgen; nichts anderes heißt „Information, Übung und Erfahrung".

„Eine Vielzahl von zusammenhanglosen, sich teilweise widersprechenden, bürokratisch verordneten und unzureichend vorbereiteten Änderungen auf Teilgebieten von Erziehung und Wissenschaft haben bei Kindern, Eltern, Lehrern und Erziehern Überdruß hervorgerufen. Eine ziellose Reformwerkelei hat zur Allergie auch gegen Forderungen nach notwendigen Erneuerungen geführt." Deckt sich das nicht mit unseren Erfahrungen? Vielleicht ist „ziellose" ein bißchen untertrieben, doch ist nicht damit auch das Chaos der organisatorisch gegliedertsten Vielheit mit getroffen, das die der Arbeiterklasse und den Beschäftigten aufgezwungene Mobilität, die keine Landesgrenzen kennt, behindert? Und die Neigung der Sozialdemokraten in der Regierung, immer nur auf Bewegungen zu reagieren, deren Anliegen und Interessen aber nur halbherzig und von Jahr zu Jahr verstümmelnder aufzunehmen?

Hat nicht die CDU versucht, aus dieser Verstümmelung für sich politisches Kapital zu schlagen? Man kann das alles anders formulieren, doch in der Beschreibung trifft der Leitantrag die Erfahrungen der Arbeiterklasse, der Eltern und der engagierten Lehrer. Völlig zu Recht spricht er vom „falschen Eindruck einer Reformphase", der vermittelt worden sei.

Die Schwäche des Antrages liegt in zwei, allerdings typischen Punkten. Da ist einmal die Aufforderung an den Staat enthalten, jetzt in der Zeit wirtschaftlicher Rezession ausgleichend als Arbeitgeber tätig zu werden und ein Beschäftigungsprogramm auch im Bereich von Erziehung und Wissenschaft zu finanzieren. Richtig wäre es, diese linkskeynesianische Position zu korrigieren, indem man statt der unbestimmten „Möglichkeiten der öffentlichen Hand" diese auffordert, ihre *gesetzlichen* Möglichkeiten wahrzunehmen, nicht als Arbeitgeber, sondern *um* die Arbeitgeber auf das Allgemeinwohl zu verpflichten. Z.B. in der Freistellung für die Berufsschule zwingend an zwei Tagen der Woche. Oder in der altersunbegrenzten bezahlten Freistellung der Arbeitnehmer für jährlichen, 14tägigen Bildungsurlaub. Darüberhinaus halten wir es für richtig, unabhängig gegenüber den zyklischen Schwankungen in der Wirtschaft einen Mindeststand an Ausbildung vom Gesetzgeber zu verlangen. Ein Antrag, der in diese Richtung geht, ist von den Delegierten der Berliner Landesvertreterversammlung am 9.9.1981 verabschiedet worden.

Eine zweite Schwäche liegt darin, daß im Antrag auf die Forderungen der GEW im bildungspolitischen Programm von 1977 zurückgegriffen wird, ohne neue Erfahrungen, Bestrebungen und Entwicklungen einzubeziehen. So hat z.B. der Gewerkschaftstag 1980 die Forderung erhoben „für eine Schule ohne Aussonderung". Diese Forderung ist als dringend gegen die zunehmende Zahl von Analphabeten, gegen die mangelhafte Beschulung von ausländischen Kindern und Jugendlichen und gegen die Auslese von behinderten Kindern und Jugendlichen erhoben worden.

Nicht daß diese Forderungen erledigt wären, aber eine bessere Ordnung, Durchordnung und inhaltliche Systematik sowie Konzentration auf entscheidende Zentralpunkte wäre hilfreich und durchschlagender. Die Einzelforderungen, wie sie vor Ort und in Bewegungen entstehen, sind sowieso viel zahlreicher und vielfältiger, und das ist der Entwicklung zur politischen Bewußtheit der Berufstätigen, Eltern und Lehrer und Erzieher entsprechend.

Vielleicht ist es noch verfrüht, eine inhaltliche Schwerpunktsetzung durch den Gewerkschaftstag fixieren zu lassen. Hinter den Worten fangen ja bekanntlich die Schwierigkeiten erst an. Doch sind die orientierenden Punkte gegeben.

Auszüge aus dem Antrag Fristers für den Bundeskongreß

Volksmassen strategische Bedeutung zukommt. Statt solche Worten wie „Gefühl und Verstand" zu benutzen, sind wir Lehrer es gewohnt, von „emotionalen und kognitiven Aspekten" zu reden. Doch ändert sich dadurch etwas am Gehalt?

Den Delegierten wird vorgeschlagen festzustellen, daß „Erziehung und Wissenschaft noch immer nicht den Rang ein(nehmen)", der notwendig ist, „um eine friedliche, freiheitliche und sozial gerechte Gesellschaftsordnung zu verwirklichen und zu sichern". Lassen wir das ‚Sichern' beiseite, ein Zugeständnis sozialdemokratischer Farbe an die bestehende Ordnung. Doch alles andere an diesem Satz ist *in der Sache* richtig. „Gefühl und Verstand der heranwachsenden und der erwachsenen Bürger müssen durch Information, Übung und Erfahrung so entwickelt werden, daß die Demokratie zur Lebensform in Politik, Wirtschaft und Kultur wird."

Daran ist mehreres richtig: Erstens wird der Bildung ein Maß gegeben, die Demokratie (ein nicht gerade niedriges Maß). Zweitens wird die Demokratie völlig richtig als Lebens*form* gefaßt, die für alle Bereiche Geltung haben soll, auch im Betrieb. Wer für Solidarność ist, weiß, was das bedeutet. Drit-

praktisch erfolgen; nichts anderes heißt „Information, Übung und Erfahrung".

„Eine Vielzahl von zusammenhanglosen, sich teilweise widersprechenden, bürokratisch verordneten und unzureichend vorbereiteten Änderungen auf Teilgebieten von Erziehung und Wissenschaft haben bei Kindern, Eltern, Lehrern und Erziehern Überdruß hervorgerufen. Eine ziellose Reformwerkelei hat zur Allergie auch gegen Forderungen nach notwendigen Erneuerungen geführt." Deckt sich das nicht mit unseren Erfahrungen? Vielleicht ist „ziellose" ein bißchen untertrieben, doch ist nicht damit auch das Chaos der organisatorisch gegliedertsten Vielheit mit getroffen, das die der Arbeiterklasse und den Beschäftigten aufgezwungene Mobilität, die keine Landesgrenzen kennt, behindert? Und die Neigung der Sozialdemokraten in der Regierung, immer nur auf Bewegungen zu reagieren, deren Anliegen und Interessen aber nur halbherzig und von Jahr zu Jahr verstümmelnder aufzunehmen?

Hat nicht die CDU versucht, aus dieser Verstümmelung für sich politisches Kapital zu schlagen? Man kann das alles anders formulieren, doch in der Beschreibung trifft der Leitantrag die Erfahrungen der Arbeiterklasse,

Völlig zu Recht spricht er vom „falschen Eindruck einer Reformphase", der vermittelt worden sei.

Die Schwäche des Antrages liegt in zwei, allerdings typischen Punkten. Da ist einmal die Aufforderung an den Staat enthalten, jetzt in der Zeit wirtschaftlicher Rezession ausgleichend als Arbeitgeber tätig zu werden und ein Beschäftigungsprogramm auch im Bereich von Erziehung und Wissenschaft zu finanzieren. Richtig wäre es, diese linkskeynesianische Position zu korrigieren, indem man statt der unbestimmten „Möglichkeiten der öffentlichen Hand" diese auffordert, ihre *gesetzlichen* Möglichkeiten wahrzunehmen, nicht als Arbeitgeber, sondern *um* die Arbeitgeber auf das Allgemeinwohl zu verpflichten. Z.B. in der Freistellung für die Berufsschule zwingend an zwei Tagen der Woche. Oder in der altersunbegrenzten bezahlten Freistellung der Arbeitnehmer für jährlichen, 14tägigen Bildungsurlaub. Darüberhinaus halten wir es für richtig, unabhängig gegenüber den zyklischen Schwankungen in der Wirtschaft einen Mindeststand an Ausbildung vom Gesetzgeber zu verlangen. Ein Antrag, der in diese Richtung geht, ist von den Delegierten der Berliner Landesvertreterversammlung am 9.9.1981 verabschiedet worden.

Eine zweite Schwäche liegt darin, daß im Antrag auf die Forderungen der GEW im bildungspolitischen Programm von 1977 zurückgegriffen wird, ohne neue Erfahrungen, Bestrebungen und Entwicklungen einzubeziehen. So hat z.B. der Gewerkschaftstag 1980 die Forderung erhoben „für eine Schule ohne Aussonderung". Diese Forderung ist als dringend gegen die zunehmende Zahl von Analphabeten, gegen die mangelhafte Beschulung von ausländischen Kindern und Jugendlichen und gegen die Auslese von behinderten Kindern und Jugendlichen erhoben worden.

Nicht daß diese Forderungen erledigt wären, aber eine bessere Ordnung, Durchordnung und inhaltliche Systematik sowie Konzentration auf entscheidende Zentralpunkte wäre hilfreich und durchschlagender. Die Einzelforderungen, wie sie vor Ort und in Bewegungen entstehen, sind sowieso viel zahlreicher und vielfältiger, und das ist der Entwicklung zur politischen Bewußtheit der Berufstätigen, Eltern und Lehrer und Erzieher entsprechend.

Vielleicht ist es noch verfrüht, eine inhaltliche Schwerpunktsetzung durch den Gewerkschaftstag fixieren zu lassen. Hinter den Worten fangen ja bekanntlich die Schwierigkeiten erst an. Doch sind die orientierenden Punkte gegeben.

1. Die GEW tut gut daran, die Erfahrungen anderer europäischer Länder, vor allem in Hinblick auf pädagogische Alternativen zu nutzen. Dies betrifft z.B. die Frage der Notenregelung, wie sie in Dänemark praktiziert wird.
2. Die GEW muß stärker als bisher nicht allein von der Gesamtschule reden, sondern in die praktische und theoretische Erörterung gehen. Wie sie aussehen soll, welche Mindestbedingungen gegenüber der Reaktion zu vertreten sind.
3. Die GEW sollte dazu übergehen, das Feld der Unterrichtsinhalte, Schulbücher und Materialien nicht nur pädagogischen Buchverlagen zu überlassen, sondern es in ihre eigenen Publikationsorgane hineinnehmen.
4. Die GEW ist gut beraten, wenn sie in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, vor allem den Industriegewerkschaften, den Vertretungen, d.h. Eltern- und Schülervertretungen und unter Einladung, Einbeziehung der konkurrierenden Lehrerverbände auf Kongressen oder in anderer Form, regional und örtlich, die materiellen Bedingungen des Betriebes Schule klärt – Frequenzen, Arbeitszeit, Klassenräume, Schulessen und Verpflegung etc. – und Anstrengungen unternimmt, die Hauptschule, solange das dreigliedrige Schulsystem besteht, an das personelle, materielle und inhaltliche Niveau der Realschulen heranzuführen.

Wir würden begrüßen, wenn in diese Richtung ein Antrag zur Bildungspolitik verabschiedet würde. Einen Rahmen für diese Auseinandersetzung bietet der Frister-Antrag allemal.

Auszüge aus dem Antrag Fristers für den Bundeskongreß

„... alle tiefgreifenden Versuche der Erneuerung sind in Ansätzen steckengeblieben, von den Gegnern jeder Veränderung abgebremst oder nicht einmal über die Diskussionsphase hinausgekommen. Die in den 60er und 70er Jahren stark gestiegene Zahl der Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen von Erziehung und Wissenschaft, die damit verbundene Steigerung der finanziellen Aufwendungen und eine zusammenhangslose Fülle von Änderungen auf Teilgebieten haben den falschen Eindruck einer Reformphase vermittelt. Tatsächlich haben wachsende Zahlen über die Vernachlässigung der qualitativen Forderungen hinweggetäuscht.

Die Forderung nach einer tiefgreifenden Bildungsreform hat an Aktualität nicht eingebüßt. Alle Bereiche von Erziehung und Wissenschaft bedürfen einer mit Vernunft und Augenmaß betriebenen Erneuerung. Alle Möglichkeiten, die Bereiche von Erziehung und Wissenschaft personell und sachlich besser auszustatten, müssen genutzt werden. Die Kinder und Jugendlichen müssen in den öffentlichen Einrichtungen des Erziehens und Lehrens in dem Maße persönliche Zuwendung erfahren und Entfaltungsfreiheit genießen, wie dies dem Niveau der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Gesellschaft entspricht.

Gefühl und Verstand der heranwachsenden und der erwachsenen Bürger müssen durch Information, Übung und Erfahrung so entwickelt werden, daß die Demokratie zur Lebensform in Politik, Wirtschaft und Kultur wird. Solidarisches Einstehen für den Nächsten und den Nachbarn, Verständnis und Hilfe für die Armen und Benachteiligten in anderen Ländern müssen erreicht werden. Erfindungsreichtum und schöpferische Leistungsfähigkeit benötigen wir in der BRD für die internationale politische Zusammenarbeit und für den internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb.

... Diese Forderungen stoßen zu Beginn der 80er Jahre auf verstärkten Widerstand. Weil immer mehr Jugendliche eine erweiterte Allgemeinbildung erwerben, dementsprechende Berufserwartungen und soziale Handlungsfähigkeiten besitzen, empfinden die Angehörigen der einflußreichen Gesellschaftsschichten diese Veränderung als Bedrohung. Die Wettbewerbssituation beim Zugang zu den Berufen mit überdurchschnittlicher sozialer Geltung, überdurchschnittlichem Einkommen und entsprechendem gesellschaftlichen Einfluß hat sich verschärft und die herkömmliche Einkommensverteilung sowie die überkommenen Einflußstrukturen werden damit infrage gestellt.

... Eine Vielzahl von zusammenhanglosen, sich teilweise widersprechenden bürokratisch verordneten und unzureichend vorbereiteten Änderungen auf Teilgebieten von Erziehung und Wissenschaft haben bei Kindern, Eltern, Lehrern und Erziehern Überdruß hervorgerufen. Eine ziellose Reformwerkelei hat zur Allergie auch gegen Forderungen nach notwendigen Erneuerungen geführt ..."

Der vollständige Text des Antrags ist dokumentiert im „Materialheft Öffentliche Dienste und Gewerkschaft" 9/81, erscheint am 2.10.81.



Sowjetunion bestätigt militärisches Engagement in Angola

lup. Die von dem südafrikanischen Kolonialregime nach seiner Aggression gegen die VR Angola verbreitete Behauptung, bei dem Überfall seien 2 sowjetische Offiziere getötet und ein Soldat gefangengenommen worden, ist inzwischen von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS bestätigt worden. In dem Bericht der Agentur wird die unverzügliche Freilassung des Gefangenen, der als „Fachmann und Mechaniker" bezeichnet wird, gefordert, sowie die Herausgabe der Leichen der getöteten sowjetischen Militärexperten und der zwei „Frauen von sowjetischen Spezialisten". Es ist dies das erste Mal, daß die Sowjetunion die Anwesenheit von Militärberatern in Angola offen zugibt, wobei sie sich auf den sowjetisch-angolanischen Freundschaftsvertrag vom Oktober 1976 beruft. Noch Anfang des Jahres hatte die Sowjetunion auf Behauptungen des südafrikanischen Regimes, es hätte einen Major des sowjetischen KGB gefangengenommen, nicht reagiert.

Geheimgespräche zwischen USA und Südafrika

kvz. Der stellvertretende US-Außenminister, Chester Crocker, ist Anfang der Woche zu Gesprächen mit der südafrikanischen Regierung über Namibias Zukunft eingetroffen. Die USA sollen eine Lösung der Namibiafrage auf Grundlage der UN-Resolution 435 anstreben. Sie sieht die Durchführung von allgemeinen Wahlen in Namibia unter UN-Aufsicht und eine Beteiligung der SWAPO an diesen Wahlen vor. An zwei Punkten wollen die USA die Resolution modifizieren. Zum einen soll noch vor den Wahlen ein Verfassungsrahmen ausgearbeitet werden, der Garantien für die „Rechte der Minderheiten" festschreibt. Zum anderen sollen nicht mehr UN-Soldaten die Durchführung der Wahlen überwachen, sondern Truppen verschiedener westlicher Länder in ihren jeweiligen Landesuniformen dies tun. Bisher hatten sowohl die SWAPO als auch die Anrainerstaaten die erste Modifikation immer abgelehnt. Crockers Gespräche sollen eine Vorbereitung für die am 24.9. stattfindende Sitzung der Kontaktgruppe sein, der die USA, Großbritannien, Kanada, Frankreich und die BRD angehören.

Prozeßwelle in der Türkei

lup. Während der Chef des türkischen Militärregimes, General Evren, die „Herstellung demokratischer Zustände" ankündigt – eine Präsidialverfassung mit stark diktatorischen Befugnissen, die dem herrschenden Militärregime einen konstitutionellen Anstrich geben soll, wird gegenwärtig durch einen von dem Sicherheitsrat berufenen Verfassungsrat erarbeitet –

Grundlage der UN-Resolution 435 anstreben. Sie sieht die Durchführung von allgemeinen Wahlen in Namibia unter UN-Aufsicht und eine Beteiligung der SWAPO an diesen Wahlen vor. An zwei Punkten wollen die USA die Resolution modifizieren. Zum einen soll noch vor den Wahlen ein Verfassungsrahmen ausgearbeitet werden, der Garantien für die „Rechte der Minderheiten" festschreibt. Zum anderen sollen nicht mehr UN-Soldaten die Durchführung der Wahlen überwachen, sondern Truppen verschiedener westlicher Länder in ihren jeweiligen Landesuniformen dies tun. Bisher hatten sowohl die SWAPO als auch die Anrainerstaaten die erste Modifikation immer abgelehnt. Crockers Gespräche sollen eine Vorbereitung für die am 24.9. stattfindende Sitzung der Kontaktgruppe sein, der die USA, Großbritannien, Kanada, Frankreich und die BRD angehören.

Prozeßwelle in der Türkei

lup. Während der Chef des türkischen Militärregimes, General Evren, die „Herstellung demokratischer Zustände" ankündigt – eine Präsidialverfassung mit stark diktatorischen Befugnissen, die dem herrschenden Militärregime einen konstitutionellen Anstrich geben soll, wird gegenwärtig durch einen von dem Sicherheitsrat berufenen Verfassungsrat erarbeitet –
setzen die Militärs die Prozeßwelle gegen Gewerkschaften und politische Parteien in der Türkei fort. (Wir hatten in der letzten Ausgabe Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden der Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei, TIKP, Dogu Perinczek, in dem Prozeß gegen die TIKP dokumentiert.) In Istanbul findet gegenwärtig ein weiterer Prozeß gen den Dev-Sol (Revolutionäre Linke) statt, der bereits vor dem Militärputsch im Untergrund tätig war. Angeklagt sind 425 Mitglieder, denen Morde, Bombenanschläge, Raubüberfälle und die „Aufrichtung einer marxistisch-leninistischen Gesellschaftsordnung" vorgeworfen werden. Vorgeworfen werden ferner Kontakte zu der von Habbasch geführten palästinensischen Widerstandsorganisation PFLP. Gegen 141 Angeklagte hat der Staatsanwalt die Todesstrafe beantragt. Ein großer Teil der Angeklagten war bereits während der Militärherrschaft von 1971 bis 1973 in Haft, war jedoch unter Ecevit 1974 amnestiert worden.

Hinrichtung von Kindern im Iran gefordert

kvz. Der Teheraner Generalstaatsanwalt Ladschawardi verkündete am Montag, daß auch Kinder in Zukunft hingerichtet werden würden, wenn sie bei konterrevolutionären Tätigkeiten ertappt würden. Es sei bekannt, daß Kinder und Jugendliche anfällig seien für Propaganda, deshalb sei es Aufgabe der Eltern, auf ihre Kinder aufzupassen und sie zu warnen. Die Zahl der Hingerichteten betrug am Wochenende 150, davon 106 allein in Teheran. Nach Berichten der Zeitung Etelaat sollen in Zukunft bewaffnete Teilnehmer an Demonstrationen an Ort und Stelle erschossen werden.

Schwere Kämpfe in Kandahar

kvz. An zwei für die sowjetischen Besatzer entscheidenden Punkten toben z.Zt. schwere Kämpfe in Afghanistan. Die islamischen Widerstandskämpfer haben die Provinzstadt Kandahar unter Beschuß genommen und belagern sie seit über einer Woche. Kandahar ist mit 230000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt Afghanistans. Sollten die Befreiungskämpfer sie einnehmen, wäre das eine schwere Niederlage für das Karmalregime und für die SU. Schwere Kämpfe werden ebenfalls vom Pandschihr-Tal, nordöstlich der Hauptstadt Kabul, gemeldet. Das Pandschihr-Tal ist für die Versorgungslinien der sowjetischen Truppen sehr wichtig. In mehreren Anläufen haben sie deshalb versucht, es zu erobern. Bisher ohne Erfolg. Nach Angaben verschiedener Widerstandsorganisationen sind Hunderte von Einwohnern Kabuls bei Hausdurchsuchungen verhaftet worden im Anschluß an einen Raketenangriff auf die sowjetische Botschaft. Zahlreiche Häuser sind zerstört worden. Der pakistanische Präsident Zia ul-Haq bekräftigte am Montag nochmals seine Forderung nach so-

so 150, davon 106 allein in Teheran. Nach Berichten der Zeitung Etelaat sollen in Zukunft bewaffnete Teilnehmer an Demonstrationen an Ort und Stelle erschossen werden.

Schwere Kämpfe in Kandahar

kvz. An zwei für die sowjetischen Besatzer entscheidenden Punkten toben z.Zt. schwere Kämpfe in Afghanistan. Die islamischen Widerstandskämpfer haben die Provinzstadt Kandahar unter Beschuß genommen und belagern sie seit über einer Woche. Kandahar ist mit 230000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt Afghanistans. Sollten die Befreiungskämpfer sie einnehmen, wäre das eine schwere Niederlage für das Karmalregime und für die SU. Schwere Kämpfe werden ebenfalls vom Pandschihr-Tal, nordöstlich der Hauptstadt Kabul, gemeldet. Das Pandschihr-Tal ist für die Versorgungslinien der sowjetischen Truppen sehr wichtig. In mehreren Anläufen haben sie deshalb versucht, es zu erobern. Bisher ohne Erfolg. Nach Angaben verschiedener Widerstandsorganisationen sind Hunderte von Einwohnern Kabuls bei Hausdurchsuchungen verhaftet worden im Anschluß an einen Raketenangriff auf die sowjetische Botschaft. Zahlreiche Häuser sind zerstört worden. Der pakistanische Präsident Zia ul-Haq bekräftigte am Montag nochmals seine Forderung nach so-
fortigem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan.

Spaniens Linke einig gegen NATO-Beitritt

Forderung nach Volksabstimmung / Freche Drohungen der Sowjetunion

chm. Am 15.9. ist die Debatte im spanischen Parlament über den Beitritt Spaniens in die NATO angelaufen. Der Zeitplan der Regierung sieht vor, daß Spanien den Antrag auf Aufnahme in den Nordatlantikpakt Ende des Jahres an Washington stellt. Washington reicht dann den Antrag weiter an die Mitgliedstaaten, die dann bis zum Frühjahr ihr Ja-Votum zum spanischen Beitritt abgeben sollen. Voraussetzung für den Erfolg dieser Zeitplanung ist, daß der Antrag mit einfacher Mehrheit im Parlament verabschiedet werden kann.

Dabei beruft sich die Regierung auf einen Artikel der spanischen Verfassung, daß bei Abschluß internationaler Verträge nur die einfache Mehrheit im Parlament nötig sei. Das hat sich die Regierung auch noch durch ein Verfassungsgutachten des Staatsrates bestätigen lassen. In diesem Vorhaben weiß sich die UCD-Regierung (Demokratische Zentrumsunion) einig mit der rechtsaußen stehenden Partei Fragga Iribarnes, Innenminister unter Franco, der Demokratischen Allianz, die neun Sitze im Parlament hat. Die einfache Mehrheit würden beide zusammen, mit der einen oder anderen Stimme aus den kleineren und regionalen Parteien, erreichen können – gegen die geschlossene Opposition der Sozialistischen Partei von Felipe Gonzalez, PSOE und der Kommunistischen Partei, PCE. Die katalanische und die baskische Partei werden sich entweder der Stimme enthalten oder aber dagegen stimmen.

Die PSOE, unterstützt von der PCE, plädiert für eine langangelegte Parlamentsdebatte mit einer Abstimmung am Ende, für die die absolute Mehrheit erforderlich ist. Eigentlich ist die PSOE der Auffassung, daß Spanien im Moment andere Sorgen habe als über den NATO-Beitritt zu diskutieren, so z.B. die Arbeitslosigkeit, die bei ca. 13% liegt, oder die Katastrophe des gepanschten Rapsöls, an dem bis jetzt mehr als 15000 Spanier erkrankt und 120 gestorben sind. Da sie aber die Debatte im Parlament mit diesem Standpunkt nicht verhindern kann, fordert sie eine Abstimmung mit absoluter Mehrheit und beruft sich dabei mit einigem Recht auf die spanische Verfassung: Bei der Entscheidung über den Beitritt Spaniens in die NATO muß man den Weg der „Grundgesetzgebung" beschreiten. Die Unterzeichnung des NATO-Vertrages beinhaltet nationale Zugeständnisse seitens Spaniens, so z.B. daß seine Häfen von fremden Truppen benutzt werden, die es erforderlich machen, daß darüber nur mit absoluter Mehrheit entschieden werden kann.

Die Regierung argumentiert dagegen, daß der Stützpunktvertrag mit den USA im Prinzip nichts anderes beinhalte, er sei nur viel ungünstiger für Spanien, da ER das Land abhängig mache von einer ihm nicht gleichgestellten Supermacht. In der NATO wäre Spanien dagegen gleichberechtigter Partner der USA in Gemeinschaft mit anderen NATO-Mitgliedern.

Seit Anfang September läuft eine Informationskampagne der PSOE und der PCE, an manchen Teilen sogar gemeinsam geführt, gegen den NATO-Beitritt, beide streben eine Volksabstimmung an und haben bisher 200000 Unterschriften dafür gesammelt. Umfrageergebnisse haben ergeben, daß die Mehrheit der spanischen Bevölkerung den NATO-Beitritt ablehnt. Die Gründe sind vielfältig, einmal, daß sie finden, die dringlichsten wirtschaftlichen und politischen Probleme sollten zunächst gelöst werden, zum anderen, daß sie nicht einsehen, warum Spanien, das sich bisher aus den beiden Weltkriegen heraushalten konnte, mitten in die Rivalität der beiden imperialistischen Supermächte hineingezogen werden sollte. Die flagranten Drohungen, die die SU ausgestoßen hat, haben ihnen auch recht gegeben. Die Sowjetunion hat der spanischen Regierung ein offizielles Memorandum übergeben, in dem sie vor dem NATO-Beitritt warnt, andernfalls sähe sie sich gezwungen, mit den Verbündeten „gebührende Maßnahmen zu ergreifen" – mit einem deutlichen Wink auf die eigenen Interessen im Mittelmeer. Das spanische Außenministerium hat das Memorandum postwendend an die sowjetische Botschaft zurückgeschickt, die es der TASS zur Veröffentlichung freigab.

Sowohl die PSOE als auch die PCE protestierten gegen diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens. Santiago Carillo, Sekretär der PCE, erklärte, er habe der SU schon seit Jahren empfohlen, den Warschauer Pakt aufzulösen.



Mit 79 Ja-Stimmen hat die UNO-Generalversammlung in der vergangenen Woche erneut das Mandat der Delegation des Demokratischen Kampuchea bestätigt. Dies sind 8 Ja-Stimmen mehr als im vergangenen Jahr. Hinzugekommen sind unter anderem Spanien, die Elfenbeinküste, die Vereinigten arabischen Emirate, die Solomon-Inseln und Swaziland. Dieser Zuwachs an Unterstützung für das Demokratische Kampuchea in der UNO war nicht unbedingt zu erwarten, nicht zuletzt wegen der auch in vielen westlichen Medien verstärkten Hetze gegen das Demokratische Kampuchea, die auf eine Aberkennung der UNO-Mitgliedschaft des Demokratischen Kampuchea abzielte. Auch Sihanouk hatte noch vor kurzem eine mögliche Abnahme der Unterstützung für das Demokratische Kampuchea in der UNO prophezeit. In diesem neuerlichen Sieg

kleineren und regionalen Parteien, erreichen können – gegen die geschlossene Opposition der Sozialistischen Partei von Felipe Gonzalez, PSOE und der Kommunistischen Partei, PCE. Die katalanische und die baskische Partei werden sich entweder der Stimme enthalten oder aber dagegen stimmen.

beinhalte, er sei nur viel ungünstiger für Spanien, da ER das Land abhängig mache von einer ihm nicht gleichgestellten Supermacht. In der NATO wäre Spanien dagegen gleichberechtigter Partner der USA in Gemeinschaft mit anderen NATO-Mitgliedern.

Seit Anfang September läuft eine Informationskampagne der PSOE und

gab.

Sowohl die PSOE als auch die PCE protestierten gegen diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens. Santiago Carillo, Sekretär der PCE, erklärte, er habe der SU schon seit Jahren empfohlen, den Warschauer Pakt aufzulösen.



Mit 79 Ja-Stimmen hat die UNO-Generalversammlung in der vergangenen Woche erneut das Mandat der Delegation des Demokratischen Kampuchea bestätigt. Dies sind 8 Ja-Stimmen mehr als im vergangenen Jahr. Hinzugekommen sind unter anderem Spanien, die Elfenbeinküste, die Vereinigten arabischen Emirate, die Solomon-Inseln und Swaziland. Dieser Zuwachs an Unterstützung für das Demokratische Kampuchea in der UNO war nicht unbedingt zu erwarten, nicht zuletzt wegen der auch in vielen westlichen Medien verstärkten Hetze gegen das Demokratische Kampuchea, die auf eine Aberkennung der UNO-Mitgliedschaft des Demokratischen Kampuchea abzielte. Auch Sihanouk hatte noch vor kurzem eine mögliche Abnahme der Unterstützung für das Demokratische Kampuchea in der UNO prophezeit. In diesem neuerlichen Sieg
in der UNO drücken sich nicht zuletzt auch die Erfolge der Einheitsfrontpolitik der Regierung des Demokratischen Kampuchea aus. *Bild:* Khieu Samphan, Sihanouk, Son Sann

Sadat: „In Ägypten ist die Lage stabil"

chm. Sadat, „der Vater der ägyptischen Familie", züchtigt die undankbaren unter seinen Kinder – die Rechten und die Linken, die Moslems, die Christen, die Liberalen, die Kommunisten. 4000 sollen inzwischen in den ägyptischen Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen, Tausende sind auf der Flucht. Sicher ist, daß die Rechtsanwälte der Linken nicht wissen, wo ihre Mandanten sitzen, sicher ist, daß sie tagtäglich zu diesen Zuchthäusern marschieren, um mit Beleidigungen und manchmal auch mit Fußtritten die Antwort auf die einfache Frage nach dem Aufenthaltsort der Gefangenen quittiert zu bekommen.

Die Anklage, unter der *alle* Gefangenen stehen, ist „die Gefährdung der inneren Front und Störung der nationalen Einheit". Die Anklage erhebt der „Sozialistische Staatsanwalt", in dessen Macht es auch steht, die Untersuchungshaft ohne richterliche Vorführung auf fünf Jahre auszudehnen. Juristische Grundlage für die Prozesse bildet das 1977, nach den Hungeraufständen vom Januar, erlassene „Gesetz der Schande", das diesen „Sozialistischen Generalstaatsanwalt" ermächtigt, Anklage gegen jede abweichende Meinung zu erheben. Ein Sondergerichtshof kann Urteile aussprechen von 25 Jahren bis lebenslänglich, z.B. für das Delikt „oppositionellen Tätigkeiten beiwohnen", also wenn sich jemand auf einer Straße befindet, durch die ein Demonstrationszug geht.

Waren von der ersten Verhaftungswelle hauptsächlich Mitglieder und Sympathisanten der Moslembruderschaft und Angehörige der christlich-koptischen Minderheit betroffen (siehe KVZ 37/81), so werden jetzt *alle* Opfer der wildgewordenen Schergen Sadats, so z.B. der ehemalige Außenminister Ismail Fahmi, der 1977 aus Protest gegen Sadats Kniefall vor den Zionisten zurückgetreten ist, ebenso Khaled Mohieddin, ein Mitglied des Rates der Freien Offiziere, der 1952 das korrupte Kompradorenregime König Faruks stürzte, heute Vorsitzender der „Fortschrittlichen, nationalen und demokratischen Sammlungsbewegung".

Die Familien der zu Hunderten im Exil lebenden oppositionellen Schriftsteller, Intellektuellen und Künstler werden terrorisiert, indem die Namen in den Gefangenenlisten veröffentlicht werden, sie, wenn sie keine Möglichkeit zur Kontaktaufnahme haben, nicht wissen, ob sie nun in den Gefängnissen sitzen oder nicht. Während die „fetten Katzen", die Clique um Sadat und dessen Schwager, Osman Ahmad Osman, dem größten Baukapitalisten des Nahen Ostens, grinsend die Hatz gegen ihre Opfer feiern, werden jenen Familien die schmalen Renten gestrichen, die Wohnungen gekündigt, das Auto wird beschlagnahmt unter dem Vorwand, die ins Exil getriebenen Väter konspirierten „mit einer fremden Macht".

„König Mohamed Anwar I.", wie die Ägypter Sadat verspotten, und seine fetten Katzen haben Grund zur Sorge – noch nicht viel, aber für sie reichte es: Seit Februar 1981, dem Tag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Israel, müssen sie eine Kette von Ereignissen registrieren, mit denen sie als Herrschende nicht gerechnet hatten. An diesem Tag, dem 21. Februar, versammelten sich die Rechtsanwälte vor dem Sitz ihres Berufsverbandes im Geschäftszentrum Kairos und verbrannten die israelische Fahne. Der Demonstrationszug, der sich von dort aus in Bewegung setzte, schwoll unterwegs so an, daß die sogenannten „zentralen Sicherheitskräfte", eine von der DDR ausgebildete und bewaffnete Konterguerilla, von den Ketten gelassen werden mußten. Auf die Rechtsanwälte folgte die von Sadat aus kosmetischen Gründen ins Parlament geschickte „Oppositions"-Partei, die Sozialistische Arbeitspartei, die offen in ihrer Zeitung die Aktion der Rechtsanwälte unterstützte und im Parlament mit dem Klatschen aufhörte. (Ihre Zeitung ist inzwischen auch verboten, und ihr Vorsitzender Ghali Schukri im Loch).

Nicht nur das: Örtlich kam es zu gemeinsamen Aktionen zwischen islamischen Geistlichen und Mitgliedern und Anhängern der Sammlungsbewegung von Mohieddin auf der Grundlage der Ablehnung der Camp-David-Verträge und der Verwandlung Ägyptens in ein Investitionsparadies des US-Kapitals. Einen gewissen Höhepunkt bildete der Freispruch im Prozeß gegen 553 Angeklagte aus der Zeit der Januaraufstände 1977. Das Gericht sprach, trotz Einspruchs des Staatspräsidenten, 516 von der Anklage frei. Begründung: die Demonstration war der Demonstranten Methode, sich auszudrücken; selbst wenn das illegal gewesen sei, so seien sie doch durch die vorangegangenen Ereignisse zu ihrem Verhalten gezwungen gewesen.

Waren es im Februar nur die Rechtsanwälte, so gesellten sich zu ihnen jetzt mehrheitlich die Richter. Nicht viel später setzten die Journalisten den ihnen von Sadat aufgezwungenen Vorstand ab, wählten einen anderen und reihten sich, sofern sie überhaupt noch schreiben durften, in die Opposition ein. Ähnliche Vorgänge zeichnen sich bei den Berufsverbänden der Ärzte und der Ingenieure ab. Unter den Exilägyptern gibt es Bestrebungen, sich zu organisieren, vor allem unter denen in Westdeutschland und in Frankreich, über die politischen Spaltungen hinweg eine demokratische Sammlungsbewegung für den Aufbau einer nationalen Front im Exil aufzubauen.

Eine Achillesferse hat die linke Opposition im In- und Ausland: In ihr dominieren sowjetfreundliche Strömungen ausgehend von Mohieddins Sammlungsbewegung und der im Exil residierenden KP. Die Ausweisung des sowjetischen Botschaftspersonals soll die Oppositionsbewegung insgesamt vor den Massen diskreditieren.

Norwegen erhält eine Rechtsregierung

Sozialdemokraten verlieren an Unterstützung in der Arbeiterbewegung

ref.Norwegen. Bei der norwegischen Sozialdemokratie herrscht Katerstimmung. Nachdem Det Norske Arbeiderpartiet (DNA) nach dem Kriege mit nur sehr kurzen Unterbrechungen ständig in der Regierung saß, mußte sie diese jetzt an den bürgerlichen Block im Storting abgeben. Die DNA verlor 4,9% und 11 Mandate, ist aber mit 65 Mandaten weiterhin stärkste Einzelpartei im Storting. Eindeutiger Gewinner der Wahl ist Höyre (H), die mit 6,9% bzw. 13 Mandaten Zuwachs auf 54 Mandate kommt und somit zweitstärkste Partei ist. Höyre hatte ein besseres Wahlergebnis zuletzt 1924 und wird jetzt die Regierung stellen. Höyre wird im Storting von der Zentrumspartei (SP) und der Christlichen Volkspartei (KRF) unterstützt. Alle drei Parteien hatten sich vor der Wahl darauf geeinigt, zusammen die Regierung zu bilden, und eine gemeinsame Programmerklärung herausgebracht. Die beiden anderen Parteien haben bei der Wahl Verluste erlitten. Beide Parteien zusammen erhalten 26 Mandate.

Rechts von Höyre stehend und neu mit 4 Mandaten im Storting ist Fremskrittspartiet, eine Partei, die in der Tradition von Mogens Glistrups dänischer Antisteuerpartei steht. Ebenfalls mit 4 Mandaten ist Sosialistisk Venstreparti vertreten. Sie hat zwei neue Mandate erhalten und repräsentiert einen Teil der linken Bewegung, und zwar hauptsächlich die pazifistische Strömung. Röd Valgallianse, das Wahlbündnis der Kommunisten, erhielt 17500 Stimmen (0,7%) und hat sein Ergebnis damit nicht verändert.

Die Wahlniederlage der Sozialdemokratie und die Gewinne für Höyre hatten sich schon seit langem abgezeichnet. Bei den Landtagswahlen 1979 lag DNA sogar noch schlechter, und man kann wohl sagen, daß die DNA einige Punkte wieder aufgeholt hat. Es nützte ihr allerdings nichts, kurz vor der Wahl noch die Pferde auszuwechseln, indem sie den verschlissenen Nordli abtreten ließ und mit Gro Harlem Brundtland die erste Frau zum norwegischen Staatsminister machte. Allzu offensichtlich hat die DNA in den letzten Jahren die Politik der Kapitalistenklasse geführt und trägt die Verantwortung für mehrere schwere Niederlagen der Arbeiterklasse, vor allem in den Lohnkämpfen.

Die norwegische Arbeiterklasse hat einiges aufzuholen. Seit 1977 hat die Arbeiterklasse Reallohneinbußen hinnehmen müssen. Die durch die Sozialdemokraten geführten LO-Gewerkschaften gingen 1980 ein Tarifabkommen ein, in dem festgelegt wurde, daß bei einer Lohndrift von über 3% 1981 über ein sogenanntes „Lohndach“ verhandelt werden sollte. Im selben Jahr führten besonders die Erdölarbeiter auf den Bohrinseln, aber auch andere Gewerkschaften teilweise harte Streiks für Lohnerhöhungen durch. Fast alle Streiks wurden durch die DNA-Regierung mit Zwangsschlichtung beendet – die Ergebnisse in den Schlichtungsausschüssen sahen entsprechend schlecht aus. Im gleichen Jahr führte die DNA-Regierung eine Steueränderung durch, die nur die hohen Einkommen begünstigte, und legte mit dem Staatsbudget ein hartes Programm der Einsparungen besonders im Gesundheitsbereich vor.

Die Niederlage bei den Tarifverhandlungen 1981 war schon im Vorjahr gelegt worden. Ganz unverdeckt führte die sozialdemokratische LO-Führung eine Taktik, die wieder zur Zwangsschlichtung führen mußte.

Die Schiedskommission entschied für ein Lohndach bei 1,50 NKr Zuschlag pro Stunde. Damit hat die DNA praktisch das Recht der Arbeiter, die Reallohnsenkungen durch lokale Verhandlungen abzumildern – ein wesentliches Kampfmittel der norwegischen Arbeiter in den letzten Jahren – abgeschafft. Als Bonbon wurde von der Schiedskommission zugestanden, daß im Herbst neue Lohnverhandlungen durchgeführt werden sollten, wenn die Preissteigerung in diesem Jahr über den Index von 126 steigen sollte.

Die Arbeiterklasse war zu Kämpfen gegen das Lohndach weiterhin bereit. Am 1. Juli streikten 60000 mehrere Stunden. Bereits jetzt war klar, daß der Preisindex weit über 126 steigen würde, und die Arbeiter hätten also möglicherweise im Herbst doch noch ihre Kraft entfalten können. Der DNA-Regierung gelang es, auch dies erfolgreich abzuwürgen. Kurz bevor das Arbeitsgericht eine totale Schlappe für die LO vekündete, erließ die Regierung einen Preisstopp, zusammen mit Steuererleichterungen. Damit bleibt der Index offiziell unter 126 und alle weiteren Lohnverhandlungen fallen flach. Wenn man diese Entwicklung überblickt, bleiben wenige Gründe für norwegische Arbeiter, DNA zu wählen.

Den Wahlkampf haben die Sozialdemokraten mit der Parole, „Arbeit für alle“ geführt. Ein blasses Argument in einer Zeit, in der die kapitalistische Krise einen Betrieb nach dem anderen frißt. Auch die sogenannte „Jugendgarantie“ der DNA („Arbeit oder Ausbildung werden garantiert für alle unter 20“) muß für die meisten wie ein Witz wirken. Bereits 1977 hatte die DNA diese Garantie gegeben. „Aftenposten“ zitierte am 10.8. eine Untersuchung aus Bergen: „Jeder 4. Arbeitslose unter 20 Jahren!“ Und im Wahlkampf bekam die DNA kalten Gegenwind von den Arbeitern zu spüren. Gewerkschaftliche Vertrauensleute in Örsta weigerten sich, einfach den ehemaligen Staatsminister Nordli zu einer Wahlveranstaltung zu empfangen. In der Gewerkschaft „Eisen und Metall“ kam es fast zum Sturm. Einzelne Ortsgruppen, darunter so starke wie Bergen mit 4000 Mitglieder, forderten eine LO-Delegiertenkonferenz mit der Absicht, zwei Leitungsmitglieder, die die Tarifniederlagen im wesentlichen zu verantworten haben, abzusetzen und eine Lösung der LO von der DNA zu erreichen.

Rote Wahlallianz – Die wesentlichen Forderungen zur Stortingwahl

1. Für eine starke, unabhängige Verteidigung – gegen die Kriegsvorbereitungen der Supermächte.
   – Für aktive Friedenspolitik – nein zu Atomwaffen – Die Supermächte Sowjet und USA müssen abrüsten.
2. Für internationale Solidarität. (Besonders erwähnt: El Salvador, Eritrea, Kampuchea, Polen, Tschechoslowakei, Urbevölkerungen und Minoritäten, PLO; gegen Unterstützung für Süd-Afrika und Vietnam)
3. Arbeitszeit für das Großkapital – Teuerung für die Arbeiterbevölkerung – Gegen die ökonomische Politik des Staates.
   – Geld dorther nehmen wo es sitzt – von den Kapitalisten!
   – Gegen Teuerung jetzt – Preisstopp!
   – Wohnen ist einMenschenrecht – gegen Wohnungsnot und Wucher!
   – Stopp der sozialen Abrüstung!
4. Nein zur schnelleren Erdölförderung – die Erdölgewinne sollen die Lebensbedingungen des Volkes verbessern.
   – Die Ölförderung muß auf dem heutigen Niveau gehalten werden.
   – Volle nationale Kontrolle über die Erdölproduktion.
   – Ölgewinne für bessere Lebensbedingungen des Volkes – nicht für Kapitalexport.
5. Arbeit für alle – Arbeit dort, wo die Menschen wohnen.
   – Kampf gegen Arbeitslosigkeit.
   – 6-Stunden-Arbeitstag.
6. Stärkt das Arbeitsmilieugesetz – gegen Unterhöhlung!
7. Kampf gegen jegliche Frauenunterdrückung!
8. Für das Recht der Samen (Lappen) auf nationale Selbstbestimmung!
9. Gegen jeglichen Rassismus – Aufhebung des Einwandererstopps!
10. Verbot der Nationalen Volkspartei und anderer neonazistischer Organisationen!
11. Gegen Raubbau an Natur und Ressourcen – Verpflichtung der Industrie zum Energiesparen.
12. Stärkt die norwegische Landwirtschaft – für höhere Eigenversorgung.
13. Bewahrt die Fischereiressourcen – keine Einschränkung der Fischereibranche.
14. Für besseren Kollektivverkehr – Weiterführung der Nordnorwegenbahn.
15. Recht auf Arbeit und sinnvolle Freizeit für die Jugend.
16. Gleiches Recht auf Ausbildung – bessere Arbeitsbedingungen für Schüler und Lehrer.
17. Kampf gegen Rauschgift.
18. Nein zur „Kulturpause“ – höhere Bewilligungen für die Kulturarbeit.
19. Für NYNORSK und die Dialekte.
20. Homophile Liebe – ein Menschenrecht.
21. Gerechtigkeit für die Behinderten.

Es ist schwierig abzuschätzen, wie große Teile der Arbeiterklasse Höyre gewählt haben werden. Höyres Versprechungen um Steuersenkungen, billigere Darlehen für Hausbau und Verbesserung der Sparmöglichkeiten mögen einige an sich gezogen haben. Aus der Aussage eines Arbeiters mir gegenüber, „wenn es eine Höyre-Regierung wird, gibt es im nächsten Jahr Streik“, geht aber auch hervor, daß es zwischen einer bürgerlichen Regierung und den Gewerkschaften eher zur Konfrontation kommen wird. Meines Erachtens ist der Stimmenzuwachs für Höyre nicht allein durch die DNA-Verluste zu erklären. Ein gut Teil geht eindeutig auf Kosten der kleineren Zentrumsparteien. Höyre scheint für große Teile der norwegischen Bourgeoisie zum Sammelpunkt zu werden. Dafür spricht die starke Unterstützung durch die Kapitalistenverbände, die im Juni mit einer Erklärung herauskamen, die im wesentlichen Punkte unterstützt, die sich im Höyre-Programm wiederfinden.

Man muß in diesem Zusammenhang auch sehen, daß Norwegen sich in den letzten Jahren durch die enorm wachsenden Gewinne aus der Erdölproduktion zu einem kleinen, aber sehr finanzstarken Imperialisten entwickelt, der sich plötzlich in der Lage sieht, in immer größerem Ausmaß Kapitalexport betreiben zu können. Höyre hat sich außerdem zum Ziel gesetzt, dem staatlichen Erdölkonzernen Statoil kräftig die Flügel zu stutzen und einen wesentlich größeren Profitanteil Norsk Hydro und SAGA zuzuschieben, die im wesentlichen in Besitz von größeren norwegischen Kapitalen sind. Wenn das keine Triebkraft ist! Auch die Linie des Kapitalexports wird im wesentlichen von Höyre vertreten. Es muß noch gesagt werden, daß inzwischen die Regierungsverhandlungen zwischen Höyre, SP und KRF gescheitert sind. Ursache ist, daß KRF an einer Veränderung der Abtreibungs-Gesetzgebung festhält (Abschaffung des freien Abortes). Man muß aber davon ausgehen, daß diese drei Parteien ansonsten im wesentlichen zusammenarbeiten werden. Klar ist, daß die Klassenkämpfe in Norwegen an Schärfe zunehmen werden. Zur Zeit führen die Arbeiter punktuelle, aber effektive Aktionen gegen das „Lohndach“ durch. „Aftenposten“, die größte konservative Zeitung Norwegens, konnte so durch eingeschränktes Arbeitstempo den Sieg des bürgerlichen Blocks nur unter großen technischen Schwierigkeiten und verspätet verkünden. Der Herbst in Norwegen kann durchaus noch spannend werden.

ugt. Wie kann der Kampf des irischen Volkes um seine Befreiung von der britischen Kolonialherrschaft wirkungs-

Irischer Befreiungskampf –

hielt 17500 Stimmen (0,7%) und hat sein Ergebnis damit nicht verändert.

Die Wahlniederlage der Sozialdemokratie und die Gewinne für Höyre hatten sich schon seit langem abgezeichnet. Bei den Landtagswahlen 1979 lag DNA sogar noch schlechter, und man kann wohl sagen, daß die DNA einige Punkte wieder aufgeholt hat. Es nützte ihr allerdings nichts, kurz vor der Wahl noch die Pferde auszuwechseln, indem sie den verschlissenen Nordli abtreten ließ und mit Gro Harlem Brundtland die erste Frau zum norwegischen Staatsminister machte. Allzu offensichtlich hat die DNA in den letzten Jahren die Politik der Kapitalistenklasse geführt und trägt die Verantwortung für mehrere schwere Niederlagen der Arbeiterklasse, vor allem in den Lohnkämpfen.

Die norwegische Arbeiterklasse hat einiges aufzuholen. Seit 1977 hat die Arbeiterklasse Reallohneinbußen hinnehmen müssen. Die durch die Sozialdemokraten geführten LO-Gewerkschaften gingen 1980 ein Tarifabkommen ein, in dem festgelegt wurde, daß

abgeschafft. Als Bonbon wurde von der Schiedskommission zugestanden, daß im Herbst neue Lohnverhandlungen durchgeführt werden sollten, wenn die Preissteigerung in diesem Jahr über den Index von 126 steigen sollte.

Die Arbeiterklasse war zu Kämpfen gegen das Lohndach weiterhin bereit. Am 1. Juli streikten 60000 mehrere Stunden. Bereits jetzt war klar, daß der Preisindex weit über 126 steigen würde, und die Arbeiter hätten also möglicherweise im Herbst doch noch ihre Kraft entfalten können. Der DNA-Regierung gelang es, auch dies erfolgreich abzuwürgen. Kurz bevor das Arbeitsgericht eine totale Schlappe für die LO vekündete, erließ die Regierung einen Preisstopp, zusammen mit Steuererleichterungen. Damit bleibt der Index offiziell unter 126 und alle weiteren Lohnverhandlungen fallen flach. Wenn man diese Entwicklung überblickt, bleiben wenige Gründe für norwegische Arbeiter, DNA zu wählen.

Den Wahlkampf haben die Sozialdemokraten mit der Parole, „Arbeit für

zung für Süd-Afrika und Vietnam)
3. Arbeitszeit für das Großkapital – Teuerung für die Arbeiterbevölkerung – Gegen die ökonomische Politik des Staates.
– Geld dorther nehmen wo es sitzt – von den Kapitalisten!
– Gegen Teuerung jetzt – Preisstopp!
– Wohnen ist einMenschenrecht – gegen Wohnungsnot und Wucher!
– Stopp der sozialen Abrüstung!
4. Nein zur schnelleren Erdölförderung – die Erdölgewinne sollen die Lebensbedingungen des Volkes verbessern.
– Die Ölförderung muß auf dem heutigen Niveau gehalten werden.
– Volle nationale Kontrolle über die Erdölproduktion.
– Ölgewinne für bessere Lebensbedingungen des Volkes – nicht für Kapitalexport.
5. Arbeit für alle – Arbeit dort, wo die Menschen wohnen.
– Kampf gegen Arbeitslosigkeit.
– 6-Stunden-Arbeitstag.

sen des Volkes hat, zu hören gewesen. Der z.B. vom Westdeutschen Irland-Komitee gezogene Vergleich von IRA

11. Gegen Raubbau an Natur und Ressourcen – Verpflichtung der Industrie zum Energiesparen.
12. Stärkt die norwegische Landwirtschaft – für höhere Eigenversorgung.
13. Bewahrt die Fischereiressourcen – keine Einschränkung der Fischereibranche.
14. Für besseren Kollektivverkehr – Weiterführung der Nordnorwegenbahn.
15. Recht auf Arbeit und sinnvolle Freizeit für die Jugend.
16. Gleiches Recht auf Ausbildung – bessere Arbeitsbedingungen für Schüler und Lehrer.
17. Kampf gegen Rauschgift.
18. Nein zur „Kulturpause“ – höhere Bewilligungen für die Kulturarbeit.
19. Für NYNORSK und die Dialekte.
20. Homophile Liebe – ein Menschenrecht.
21. Gerechtigkeit für die Behinderten.

Kampf sicher nur dann, wenn das ganze irische Volk – einschließlich der Republik Irland – ihn führt. Da aber

Hydro und SAGA zuzuschieben, die im wesentlichen in Besitz von größeren norwegischen Kapitalen sind. Wenn das keine Triebkraft ist! Auch die Linie des Kapitalexports wird im wesentlichen von Höyre vertreten. Es muß noch gesagt werden, daß inzwischen die Regierungsverhandlungen zwischen Höyre, SP und KRF gescheitert sind. Ursache ist, daß KRF an einer Veränderung der Abtreibungs-Gesetzgebung festhält (Abschaffung des freien Abortes). Man muß aber davon ausgehen, daß diese drei Parteien ansonsten im wesentlichen zusammenarbeiten werden. Klar ist, daß die Klassenkämpfe in Norwegen an Schärfe zunehmen werden. Zur Zeit führen die Arbeiter punktuelle, aber effektive Aktionen gegen das „Lohndach“ durch. „Aftenposten“, die größte konservative Zeitung Norwegens, konnte so durch eingeschränktes Arbeitstempo den Sieg des bürgerlichen Blocks nur unter großen technischen Schwierigkeiten und verspätet verkünden. Der Herbst in Norwegen kann durchaus noch spannend werden.

Irischer Befreiungskampf – Stagnation oder Fortschritt?

Ein Diskussionsbeitrag

ugt. Wie kann der Kampf des irischen Volkes um seine Befreiung von der britischen Kolonialherrschaft wirkungsvoll unterstützt werden? Durch den Hungerstreik der irischen Gefangenen für die Anerkennung des politischen Status und die weltweite Aufmerksamkeit, die er gefunden hat, ist diese Frage wieder brennender geworden.

Die Tatsache, daß es dieses spektakulären Anlasses bedurft hat, und der politische Inhalt des Anlasses zeigen allerdings deutlich genug: mit der Unterstützung dieses Befreiungskampfes gibt es außerhalb Irlands erhebliche Probleme. Das ergibt sich schon aus der bloßen Anschauung. In den letzten Jahren ist an zahlenmäßiger Ausdehnung der Unterstützung, an politischer Klarheit und Zusammenfassung in der BRD wenig erfolgt. Im Vergleich zur Unterstützung anderer Befreiungskämpfe, wie in Südostasien, Lateinamerika oder auch Zimbabwe ist die für den Kampf des irischen Volkes eher schleppend.

Dabei ist die wesentliche Frage, wieweit nicht diese Erscheinung außerhalb Irlands ein Reflex auf die Politik der republikanischen Bewegung dort ist, wieweit nicht Schwierigkeiten im Verlauf des Kampfes, Undurchschaubarkeiten und Unklarheiten im Innern des Landes bestehen, die im Ausland verwirrend und lähmend wirken müssen.

Wir wollen die Demonstration, zu der die Nord-Irland- und Anti-H-Block-Komitees für den 19. Oktober in Münster aufrufen, zum Anlaß nehmen, solchen Fragen nachzugehen.

Fest steht: der Hungerstreik der Gefangenen hat weltweit Aufmerksamkeit erzeugt, er hat zu einer breiten Mobilisierung der irisch-republikanischen Kräfte geführt, neue Kräfte in die aktive Politik einbezogen und durch die Unterstützung aus dem Ausland auch die britische Regierung unter einigen moralischen Druck gebracht. Andererseits, als ein Ergebnis gibt es bis jetzt neben dieser Entwicklung eine Zahl von 10 Toten, deren politische Fähigkeiten notwendig gebraucht würden. Die britische Regierung hat faktisch kein Jota nachgeben müssen. Um nicht falsch verstanden zu werden: Es kann nicht darum gehen, die moralische Berechtigung des Hungerstreiks anzuzweifeln, den Fortschritt, den es darstellt, wenn national die Empörung über den Terror der britischen Herrschaft zusammengefaßt wird und neue Kräfte gewonnen, aber man muß untersuchen, ob nicht in der politischen Gewichtung dieses Teilbereichs des Kampfes ebenso große Gefahren stecken.

Der Hungerstreik ist von seinen Zielen her ein beschränkter Kampf und er ist *strategisch* ausgesprochen defensiv, geht es doch darum, bestimmte minimale Rechte *wieder* herzustellen. Gerade die lange Tradition des Hungerstreiks im irischen Befreiungskampf muß befürchten lassen, daß die Konzentration auf diesen Kampf zu einer Kreisbewegung führt, die politisch letztendlich nicht viel verändert, zumal nur ein Fortschritt im tatsächlichen Befreiungskampf die Briten zum Nachgeben in dieser Frage veranlassen würde. Insofern hat Ruari OBradaigh, Präsident der Sinn Fein nur zu Recht, wenn er sagt (Interview, KVZ 34): „Andererseits hat der totale Einsatz der Bewegung für die Gefangenensache sie von ihrem normalen Tageskampf abgehalten und sie fast vollständig auf eine Front eingeschränkt ... So haben wir neben Gewinnen für die Bewegung in gewisser Hinsicht auch Verluste gehabt.“

Das wurde wenige Wochen *vor* Beginn der jetzt noch andauernden Hungerstreikkampagnen gesagt. Das gilt für Irland. Im Ausland stellt sich u.E. dieses Problem noch etwas anders, einerseits besteht die Gefahr, daß der politische (oder eher moralisch-humanitäre) Minimalkonsens für die Forderungen der Gefangenen leicht zu erreichen ist, aber die Klärung der Ziele, Bedingungen und Mittel des irischen Befreiungskampfes – und damit die Grundlage für eine dauerhafte und wirksame Solidarität – hinten runter fällt. Klar, jeder ist gegen Folter und Entwürdigung von Gefangenen, aber muß darum die IRA ständig Bomben legen? So wird insgeheim, so denken wir, die Frage oft gestellt. Das führt natürlich nicht weit, kommt aber nicht von ungefähr.

Zwei Erscheinungen der politischen Auseinandersetzung werden wahrgenommen: der Kampf für die Gefangenen und die militärischen Aktionen der IRA, der eine wird unterstützt, der andere erscheint suspekt, weil er häufig isoliert geführt und sein sozialer und politischer Zweck nicht immer offenkundig wurde. So ist in letzter Zeit wenig über soziale Auseinandersetzungen, über die Bedeutung, die die politische Befreiung für die sozialen Interessen des Volkes hat, zu hören gewesen. Der z.B. vom Westdeutschen Irland-Komitee gezogene Vergleich von IRA und RAF ist ebenso unzutreffend, wie der Versuch überzogen ist, die als Verschwörung von Reagan und Thatcher dargestellte, angeblich dringend betriebene Einbeziehung Irlands in die NATO als Hauptgrund für die Solidarität mit der IRA in Westdeutschland zu propagieren.

Die Probleme, die sich in Irland für den Kampf um soziale Veränderungen stellen, sind in letzter Zeit kaum öffentlich aufgeworfen, obschon nur so das Verständnis für die Notwendigkeit der Vertreibung der Briten, für eine Veränderung der sozialen und politischen Bedingungen und für die Fehler der IRA geweckt werden könnte.

Tatsächlich ist die Situation ausgesprochen schwierig, sowohl, was die objektiven Bedingungen als auch den subjektiven Faktor, die politischen Kräfte betrifft. Trotz aller Unterschiede drängen sich Analogien zum palästinensischen Kampf um nationale Souveränität auf: So wie die PLO nicht nur mit einer kolonialen Besatzerarmee und einer nationalen Kompradorenbourgeoisie zu tun hat, sondern ihre politischen Ziele gegen einen großen Teil des israelischen Volkes durchsetzen muß, so muß der irische Befreiungskampf die britischen Besatzer vertreiben *und* sich gegen die protestantischen Loyalisten, die in Nordirland die *Mehrheit* sind, durchsetzen. Alle Versuche, die protestantischen Arbeiter aus dem Block der Orange Order herauszuspalten, sind bisher mißlungen. 1973 gelang es der nordirischen Reaktion sogar, diese Arbeiter in den wahrscheinlich einzigen *reaktionären* Generalstreik der europäischen Geschichte zu führen.

Politisch gewonnen werden kann der Kampf sicher nur dann, wenn das ganze irische Volk – einschließlich der Republik Irland – ihn führt. Da aber gab und gibt es das Problem, daß zwar der überwiegende Teil des irischen Volkes die Wiedervereinigung will, aber sicher auch – hemmend für die Entfaltung großer Kämpfe – im Süden die Befürchtung vorhanden ist, daß nach einem Abzug der Briten und nach einer Wiedervereinigung der Krieg aus Ulster auf die ganze Republik übergreift, wenn die Protestanten nicht zumindest politisch neutralisiert werden.

Das politische Programm „Eire Nua“ der Sinn Fein ist sicher geeignet, politische Grundlage für eine Wiedervereinigung Irlands und für eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes abzugeben. Die Schwäche des irischen Befreiungskampfes besteht eher darin, daß er sich bisher nur in Ansätzen auf der Grundlage dieses Programms bewegt hat. Immer wieder kam und kommt es zu solchen Einseitigkeiten wie oben beschrieben, der politische Kampf im Süden wurde bislang wenig entfaltet. Ein nicht unbedeutender Faktor für diese Schwankungen der Sinn Fein/IRA ist die Zielstrebigkeit der britischen Terroreinheiten, mit der diese die führenden Kader des irischen Befreiungskampfes liquidierten. Die ständige militärische Konfrontation fordert große Menschenopfer, die es schwer machen, die Kräfte richtig zu konzentrieren und gleichzeitig die Rekrutierung von neuen Kräften notwendig macht auf minimalen politischen Grundlagen. Diese zumeist jugendlichen Kämpfer nahmen oft spontan oder nach wenigen Doppelstunden Lektion in irischer Geschichte an den Auseinandersetzungen teil. Inzwischen scheint es aber Ansätze zu einer gründlicheren Ausbildung zu geben.

Fortsetzung Seite 9

Frankreich:

100 Tage Mitterrand-Regierung

Seit drei Monaten steht eine Regierung aus Sozialisten und vier Ministern der revisionistischen KP an der Spitze Frankreichs. Die Zeit der Freudenfeste, die den Wahlsieg Mitterrands umgaben, ist vorbei. Der Stop des Ausbaus des lange umkämpften Truppenübungsplatzes von Larzac – die Erweiterung wäre mit der Enteignung von 103 Bauern verbunden gewesen –, die Freilassung von 6233 Strafgefangenen – darunter Wehrdienstverweigerer, Gewerkschafter, korsische und bretonische Autonomisten –, der Baustop für fünf Kernkraftwerke (von denen drei allerdings erst auf dem Papier existieren) – das waren die ersten spektakulären Maßnahmen der neuen Regierung, von der sich nicht nur viele Franzosen, sondern auch zahlreiche Linke in Westeuropa eine „historische Wende", einen neuen Aufbruch versprochen hatten. Inzwischen macht sich eher Ernüchterung breit – insbesondere, was die Taten der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet – die Auswirkungen der Nationalisierung von Banken und Industrie und des „Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit" – betrifft.

cof. „Um aus der Krise herauszukommen, muß man den ‚Kapitalismus in der Krise' überwinden. Da die Krise die Strategie des Kapitalismus ist, um seine Profite zu stabilisieren und seine Macht wiederherzustellen, müssen wir eine andere Logik der Entwicklung mit anderen Zielen und anderen Anreizen schaffen. Es ist nicht möglich, aus der wirtschaftlichen Krise, die Frankreich zu einer Filiale der Vereinigten Staaten von Amerika macht, herauszukommen, ohne daß die aktuelle Entwicklung radikal umgekehrt wird. Das Profitstreben darf nicht mehr souverän über Investitionen und die Verwendung des Reichtums entscheiden. Man muß den Weg der Rationalität der Bürger, die auf demokratische Weise ihre Bedürfnisse feststellen, beschreiten, mit den Mitteln der Planung und des Marktes …", so leiten die französischen Sozialisten das Kapitel „Handeln" in ihrem Parteiprogramm ein.

Sicher hat kaum jemand in Frankreich nach dem Wahlsieg Mitterrands an eine rasche Verwirklichung sozialistischer Ziele geglaubt, aber kleinere Schritte, entsprechend dem Wahlprogramm, in Richtung Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Abbau der sozialen Ungleichheiten, Erhöhung der schmalen Einkommen und der Mindestrente, gerechteres Steuersystem und Neuorientierung der öffentlichen Ausgaben wurden doch erwartet. Anders ließe sich gar nicht erklären, daß die neue Regierung gleich in den ersten Monaten so unpopuläre Maßnahmen wie die Erhöhung des Bezinpreises, der Strom-, Gas- und Wasserpreise, die Verteuerung des Nahverkehrs und der Zigaretten und die Steigerung des Brotpreises ohne sichtbaren Widerstand der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften durchziehen konnte. Da überwog die Hoffnung auf mehr Spielraum und Einfluß der Arbeiterinteressen in den Betrieben, nicht nur in den demnächst verstaatlichten, sondern vor allem auch in den Klein- und Mittelbetrieben, wo es so gut wie keine Vertretungsrechte der Belegschaft und der Gewerkschaften gibt. Doch schon bei der Erhöhung des Mindestlohnes gab es ernste Enttäuschungen. Statt der versprochenen 20% wurden nur 10% zugestanden, und selbst das wirkt sich oft gar nicht aus, weil die Kapitalisten bislang häufig von der Möglichkeit Gebrauch machen, alle möglichen Zulagen anzurechnen. – Demonstrationen gegen die Politik der sozialistischen Regierung entzündeten sich vor allem an deren Energieprogramm: streikten die Arbeiter der Baustelle des Kernkraftwerks in Cattenom unter Führung der KPF-nahen Gewerkschaft CGT *gegen* den Baustop – die KPF ist voll *für* den Ausbau der Kernenergie und befürchtet die Verödung ganzer Regionen, falls die Regierung an ihren einschränkenden Beschlüssen festhält –, so wurden andere Linke, vor allem Grüne und Umweltschützer, von der berüchtigten Bereitschaftspolizei CRS von den Bahngleisen geschleppt, die sie blockiert hatten, um die Lieferung japanischer Kernbrennstäbe an die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague zu verhindern.

Letzte Woche nun hat Premierminister Mauroy das Programm gegen die Arbeitslosigkeit verkündet – Motto: die Arbeit besser verteilen. Die folgenden Maßnahmen sollen neue Arbeitsplätze schaffen bzw. die Unternehmer anregen, Neueinstellungen vorzunehmen, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Arbeiter früher in Rente zu schicken:

– Die Reduktion der effektiven wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bis 1985 wird von neuem als „wesentliches" Ziel hervorgehoben. Die Regierung wird im Herbst ein Gesetz vorlegen, das das Rahmenabkommen über die Verkürzung von 40 auf 39 Wochenstunden absichern soll. Eine solche Aktion soll auch in den folgenden Jahren stattfinden.

– Finanzielle Hilfen werden solchen Unternehmen gewährt, die jetzt schon eine stärkere Verkürzung der Arbeitszeit zugestehen und das mit Neueinstellungen verbinden. Mittels eines „Solidaritätsvertrags" sollen ihnen entweder die Sozialabgaben erlassen oder Prämien gewährt werden.

– Ein Ruhejahr für leitende Angestellte soll 1982 ausprobiert werden – bei teilweiser Fortzahlung des Gehalts, finanziert aus „freiwilligen Beiträgen" (Verzicht auf das 13. Gehalt und Abfeiern von Überstunden oder angesammelten Urlaubsansprüchen).

– Ausweitung der Teilzeitarbeit. Beamte sollen zwischen zwei Möglichkeiten wählen können: Halbzeitarbeit bei halbem Lohn oder 4-Tage-Woche mit 20% Lohneinbuße.

– Senkung und Neuberechnung des Rentenalters: Anfang 1982 will die Regierung ein Gesetz einbringen, wonach das reguläre Rentenalter von 65 auf 60 Jahre gesenkt werden soll. In Rente gehen könnten dann aber auch jüngere Arbeiter nach 40 Arbeitsjahren.

– Beschränkung des Erwerbs verschiedener Rentenansprüche (Kumulation) und der zusätzlichen Arbeit von Rentnern über 60, ausgenommen Fälle, in denen die Rente besonders niedrig ist.

– Vorgezogene Verrentung mit 55 Jahren: Solidaritätsverträge mit Unternehmen, die sich verpflichten, einen somit frei werdenden Arbeitsplatz neu zu besetzen. Ihnen sollen Prämien aus dem neu zu schaffenden „Nationalen Beschäftigungsfonds" gezahlt werden, ein Teil der 2 Mrd. Francs, die im Haushalt 1982 für diesen Fonds vorgesehen sind.

Beschäftigung Jugendlicher: Sie können sich freiwillig verpflichten, 6 Monate oder ein Jahr Arbeiten von öffentlichem Interesse in der Forstwirtschaft, im Umweltschutz oder bei den Kommunen zu verrichten. Diese Möglichkeiten sollen insbesondere junge Leute, die nach Ableistung des (einjährigen) Wehrdienstes keine Arbeit finden, wahrnehmen. 20000 solcher Plätze werden zunächst von den Ministerien für Verteidigung, Kultur und nationale Solidarität finanziert. (Das Wahlversprechen, die Wehrpflicht auf 6 Monate zu verkürzen, wurde bereits widerrufen mit der Begründung, sowohl die hohe Jugendarbeitslosigkeit als auch die Bedürfnisse der Verteidigung ließen das nicht zu.)

– Reform öffentlicher Einrichtungen: die nationale Arbeitsvermittlung und der Bund für Erwachsenenbildung werden auf dezenteralisierter Grundlage koordiniert.

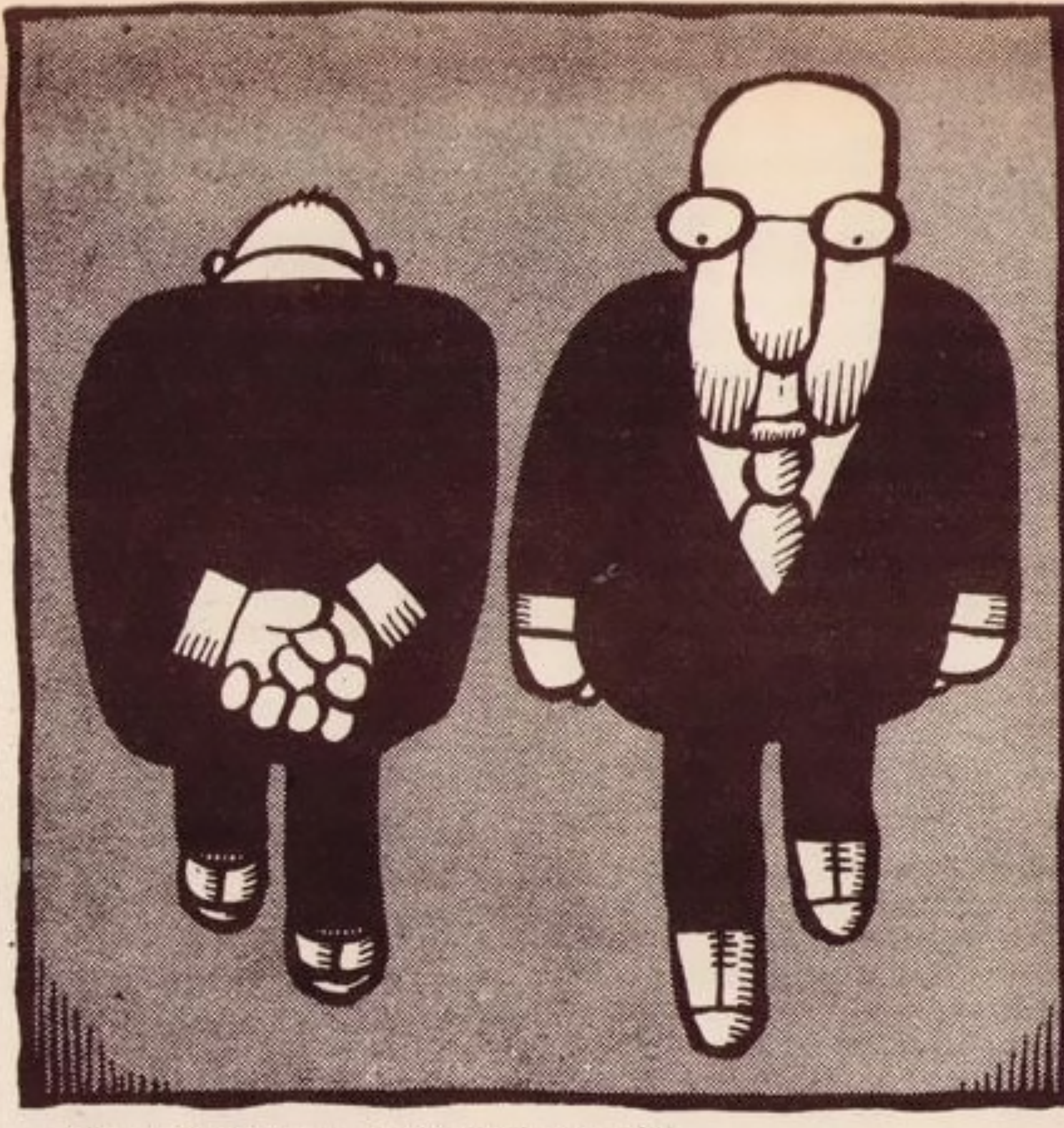
Zur Arbeitsbeschaffung sollen darüberhinaus der Bau von 250000 Sozialwohnungen sowie eine Reihe von Großprojekten: Schnellstraßen, sechs Super-Sport-Stadien im Fall einer Fußballweltmeisterschaft 1986 in Frankreich und evtl. der wieder ins Gespräch gebrachte Tunnel unter dem Ärmelkanal beitragen.

Wer soll das bezahlen? Die Frage drängt sich auf. Die geplante Vermögenssteuer von 0,5 bis 1,5% auf Vermögen über 3 Mio. Francs wird allein das Loch in der Staatskasse nicht stopfen. Auf noch mehr Widerspruch bei den Kapitalisten stößt außerdem der Plan, das bewegliche Kapital voll in die Besteuerung einzubeziehen. Neuerdings hört man von einer „Solidaritätssteuer" zur Finanzierung des Defizits der Arbeitslosenversicherung. Dabei scheint jetzt schon festzustehen, daß diese keineswegs nur die Reichen treffen wird – allerdings auch nicht die Ärmsten: 3 Mio. Haushalte ab einem Gesamteinkommen von umgerechnet 3–4000 DM sollen dazu herangezogen werden. Bleibt immer noch – mal von den Entschädigungen, die bei der Verstaatlichung der großen Unternehmen fällig werden, ganz abgesehen – ein schöner Batzen, der unter den gegebenen Prämissen nur durch weitere Staatsverschuldung bzw. öffentliche Anleihen gedeckt werden kann. Noch nicht veröffentlicht sind schließlich die genauen Pläne zur stärkeren Besteuerung der Banken und der Erdölgesellschaften. Wie aber will die Regierung sich kreditwürdig erweisen und wie will sie zurückzahlen? Die Kapitalisten will sie nicht noch mehr erschrecken, was man z.B. daran sieht, daß Mitterrand sich für die Förderung eines positiven Unternehmerbildes einsetzt. Damit sind aber Steuer- und Gebührenerhöhungen für die Massen schon vorprogrammiert.

Mit der „Wiederversöhnung der Franzosen mit ihrer Industrie", die Premier Mauroy sich wünscht, wird sich die Regierung schwer tun – man muß sich sein Programm ja nur mal genauer ansehen. Wer kann es sich bei einer Inflationsrate von über 13% schon leisten, bei verkürzter Arbeitszeit weniger zu verdienen? Wer findet einen Arbeitsplatz, wenn ein leitender Angestellter ein Jahr Urlaub macht? Was machen Jugendliche nach einem Jahr Arbeitsdienst in frischer Luft, wenn sie nichts gelernt, geschweige denn einen Arbeitslplatz haben. Verlieren nicht Teilzeitbeschäftigte außer dem halben Lohn auch wichtige Ansprüche, was die Versicherungsleistungen betrifft? Dementsprechend sind auch die Schätzungen über mögliche neue Arbeitsplätze gemessen an 1,84 Mio. Arbeitslosen mit steigender Tendenz äußerst bescheiden, und die Gewerkschaften zeigen sich keineswegs begeistert. Am freundlichsten äußert sich die sozialistische CFDT, die die Priorität des Kampfs für die Beschäftigung begrüßt. Die CGT hält das Programm dagegen für ungenügend und kritisiert darüberhinaus, daß die Regierung bestenfalls die Kaufkraft der Löhne erhalten will, wohingegen Lohnerhöhungen vor allem bei den Mindestlöhnern dringend erforderlich seien. Sie ist es auch, die sich am heftigste für mehr Mitsprache- und Einspruchsrechte der Betriebskomitees einsetzt, vor allem bei Entlassungen. Gerade ein solches Vetorecht hat Mauroy aber definitiv verweigert. Auf der anderen Seite begrüßen die Unternehmerverbände die Regierungsmaßnahmen: Sie entsprächen glücklicherweise dem, was sie vorgeschlagen



Gas- und Wasserpreise, die Verteuerung des Nahverkehrs und der Zigaretten und die Steigerung des Brotpreises ohne sichtbaren Widerstand der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften durchziehen konnte. Da überwog die Hoffnung auf mehr Spielraum und Einfluß der Arbeiterinteressen in den Betrieben, nicht nur in den demnächst verstaatlichten, sondern vor allem auch in den Klein- und Mittelbetrieben, wo es so gut wie keine Vertretungsrechte der Belegschaft und der Gewerkschaften gibt. Doch schon bei der Erhöhung des Mindestlohnes gab es ernste Enttäuschungen. Statt der versprochenen 20% wurden nur 10% zugestanden, und selbst das wirkt sich oft gar nicht aus, weil die Kapitalisten bislang häufig von der Möglichkeit Gebrauch machen, alle möglichen Zulagen anzurechnen. – Demonstrationen gegen die Politik der sozialistischen Regierung entzündeten sich vor allem an deren Energieprogramm: streikten die Arbeiter der Baustelle des Kernkraftwerks in Cattenom unter Führung der KPF-nahen Gewerkschaft CGT gegen den Baustop – die KPF ist voll für den Ausbau der Kernenergie und befürchtet die Verödung ganzer Regionen, falls die Regierung an ihren einschränkenden Beschlüssen festhält –, so wurden andere Linke, vor allem
gen, das das Rahmenabkommen über die Verkürzung von 40 auf 39 Wochenstunden absichern soll. Eine solche Aktion soll auch in den folgenden Jahren stattfinden.
– Finanzielle Hilfen werden solchen Unternehmen gewährt, die jetzt schon eine stärkere Verkürzung der Arbeitszeit zugestehen und das mit Neueinstellungen verbinden. Mittels eines „Solidaritätsvertrags" sollen ihnen entweder die Sozialabgaben erlassen oder Prämien gewährt werden.
– Ein Ruhejahr für leitende Angestellte soll 1982 ausprobiert werden – bei teilweiser Fortzahlung des Gehalts, finanziert aus „freiwilligen Beiträgen" (Verzicht auf das 13. Gehalt und Abfeiern von Überstunden oder angesammelten Urlaubsansprüchen).
– Ausweitung der Teilzeitarbeit. Beamte sollen zwischen zwei Möglichkeiten wählen können: Halbzeitarbeit bei halbem Lohn oder 4-Tage-Woche mit 20% Lohneinbuße.
– Senkung und Neuberechnung des Rentenalters: Anfang 1982 will die Regierung ein Gesetz einbringen, wonach das reguläre Rentenalter von 65 auf 60 Jahre gesenkt werden soll. In Rente gehen könnten dann aber auch jüngere Arbeiter nach 40 Arbeitsjahren.
– Beschränkung des Erwerbs verschiedener Rentenansprüche (Kumula-
rigen) Wehrdienstes keine Arbeit finden, wahrnehmen. 20000 solcher Plätze werden zunächst von den Ministerien für Verteidigung, Kultur und nationale Solidarität finanziert. (Das Wahlversprechen, die Wehrpflicht auf 6 Monate zu verkürzen, wurde bereits widerrufen mit der Begründung, sowohl die hohe Jugendarbeitslosigkeit als auch die Bedürfnisse der Verteidigung ließen das nicht zu.)
– Reform öffentlicher Einrichtungen: die nationale Arbeitsvermittlung und der Bund für Erwachsenenbildung werden auf dezenteralisierter Grundlage koordiniert.
Zur Arbeitsbeschaffung sollen darüberhinaus der Bau von 250000 Sozialwohnungen sowie eine Reihe von Großprojekten: Schnellstraßen, sechs Super-Sport-Stadien im Fall einer Fußballweltmeisterschaft 1986 in Frankreich und evtl. der wieder ins Gespräch gebrachte Tunnel unter dem Ärmelkanal beitragen.
Wer soll das bezahlen? Die Frage drängt sich auf. Die geplante Vermögenssteuer von 0,5 bis 1,5% auf Vermögen über 3 Mio. Francs wird allein das Loch in der Staatskasse nicht stopfen. Auf noch mehr Widerspruch bei den Kapitalisten stößt außerdem der Plan, das bewegliche Kapital voll in die Besteuerung einzubeziehen. Neuer-
hinaus, daß die Regierung bestenfalls die Kaufkraft der Löhne erhalten will, wohingegen Lohnerhöhungen vor allem bei den Mindestlöhnern dringend erforderlich seien. Sie ist es auch, die sich am heftigste für mehr Mitsprache- und Einspruchsrechte der Betriebskomitees einsetzt, vor allem bei Entlassungen. Gerade ein solches Vetorecht hat Mauroy aber definitiv verweigert. Auf der anderen Seite begrüßen die Unternehmerverbände die Regierungsmaßnahmen: Sie entsprächen glücklicherweise dem, was sie vorgeschlagen
Fertigkeiten und ökonomisches Wissen vermitteln. – Was hier in Westdeutschland beinahe als lächerliche Reform erscheint, hat im streng zentralisierten und disziplinierten französischen Schulwesen, wo (zumindest theoretisch) zur gleichen Stunde in Marseille genau der gleiche Stoff behandelt wird wie in Le Havre, schon fast revolutionäre Bedeutung. Andererseits ist auch hier ein Wahlversprechen der Sozialisten verstummt: die früher vorgeschlagene drittelparitätische Selbstverwaltung der Schulen



– Mehr als 3 Millionen, das ist die Katastrophe.
– 3 Millionen Arbeitslose?
– Nein. 3 Millionen Francs.
(Vermögen ab 3 Mio. Francs sollen in Zukunft besteuert werden.)

hätten. Zur Steigerung ihrer Investitionslust verlangen sie allerdings Senkung der Gewinnsteuer und weitere Senkung ihrer Sozialabgaben sowie die volle Freiheit der Preisgestaltung – woran die Regierung aber sowieso festhalten will, nachdem 1978 nach 30 Jahren strikter Preisreglementierung die Preise von der alten Regierung freigegeben worden sind. Sie behält sich lediglich Eingriffe bei „Mißbräuchen" vor.

Kurz gesagt: Von der Überwindung des ‚Kapitalismus in der Krise', von wie immer erwarteten sozialistischen Umgestaltungen ist die neue französische Regierung weit entfernt. Inwieweit ihre Politik dem Klassenkampf und den vielfältigen sozialen Kämpfen mehr Raum gibt, wird sich in den nächsten Monaten zeigen.

Mehr Beachtung als die Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet verdienen wahrscheinlich andere Reformen:

– Das Gesetz über die Dezentralisierung wird die bisherige Abhängigkeit jeder Regung auch des letzen Dorfes von der Zentralgewalt in Paris via Präfekt des Departements aufheben. Gemeinden, Departements und Regionen sollen künftig über direkt gewählte Vertreter sich selbst verwalten. Anstelle des von Paris ernannten Präfekten wird der Präsident der gewählten Departementversammlung treten. Das Wahlverfahren und – was wichtiger ist – die Zuweisung der den Gebietskörperschaften zustehenden Finanzmittel sowie ihre wirtschaftlichen Kompetenzen sollen aber frühestens in einem Jahr geregelt werden.

– Einige Umwälzungen wurden auch in der Kultur- und Medienpolitik eingeleitet: Kulturelle Selbstverwaltung der Provinzen, wobei „Arbeiter, Bauern, Volkskünstler und Jugendliche" mitreden sollen und den Gewerkschaften ein starkes Mitspracherecht eingeräumt werden soll. Das Fernsehen soll regionalisiert werden. Mehr europäische Filme und Filme aus der Dritten Welt müßten die Vielzahl amerikanischer Spielfilme ersetzen. Auch die „historische Tendenz" der Museen, insbesondere des Museums über das neuzehnte Jahrhundert, wird sich zugunsten eines sozialhistorischen Konzepts ändern.

– In der Schule sollen den Eltern bessere Informationsmöglichkeiten eingeräumt werden. Die Lehrer sollen den Kontakt mit den Eltern suchen. Der Unterricht soll auch Stunden des „Gesprächs" enthalten sowie technische Fertigkeiten und ökonomisches Wissen vermitteln. – Was hier in Westdeutschland beinahe als lächerliche Reform erscheint, hat im streng zentralisierten und disziplinierten französischen Schulwesen, wo (zumindest theoretisch) zur gleichen Stunde in Marseille genau der gleiche Stoff behandelt wird wie in Le Havre, schon fast revolutionäre Bedeutung. Andererseits ist auch hier ein Wahlversprechen der Sozialisten verstummt: die früher vorgeschlagene drittelparitätische Selbstverwaltung der Schulen durch Staat, Lehrpersonal und „Benutzer", also Schüler und Eltern.

– Die Reform der Justiz steht im große und ganzen noch aus. Erste Schritte waren hier die Amnestie für die zu relativ geringen Gefängnisstrafen Verurteilten, für viele Unabhängigkeitskämpfer der nach Autonomie strebenden Regionen und für gefangene Mütter, die Abschaffung der Todesstrafe und die Auflösung des politischen Sondergerichts, des Gerichtshofs für Staatssicherheit.

Die ersten 100 Tage der Regierung Mitterrand – eine trotz allem nüchterne Bilanz. Wenn es nicht gelingt, in allen wichtigen Bereichen stärkere Positionen der Vertretungsorgane des Volkes zu errichten, die die Regierung nicht übergehen kann, sondern auf die sie sich stützen muß, ist die Gefahr groß, daß auch kleine Fortschritte spätestens bei den nächsten Wahlen wieder rückgängig gemacht werden.

Fortsetzung von Seite 8

Die ökonomische und politische Entwicklung schafft günstige Bedingungen für die Befreiung Irlands

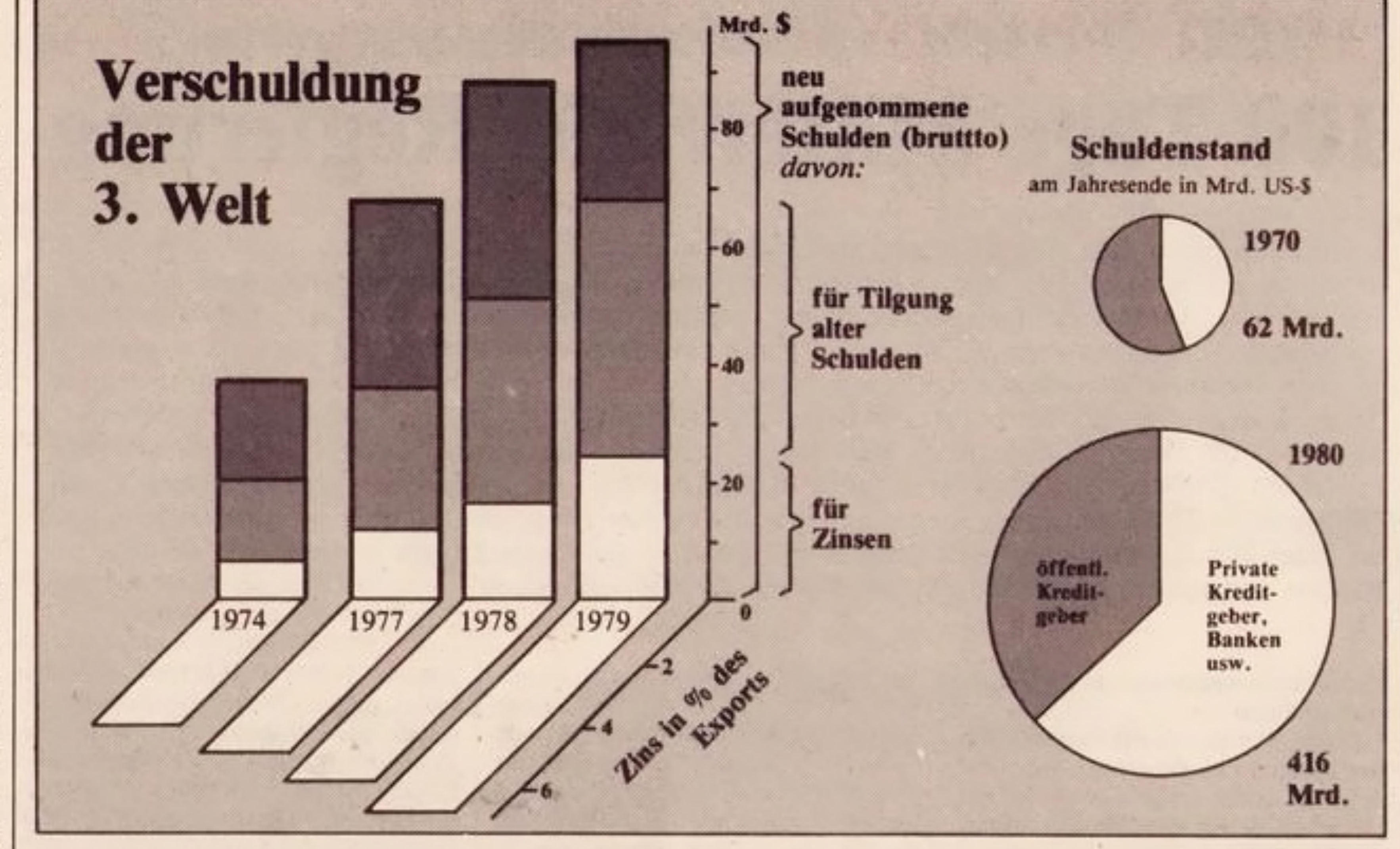
Die langandauernde Krise des britischen Kapitalismus führte zu einer drastischen Senkung des Lohnniveaus infolge von steigender Arbeitslosigkeit in Nordirland. Die materiellen Privilegien der protestantischen Arbeiter gegenüber den katholischen schrumpfen zusammen (von Arbeiteraristokratie kann, wenn der Begriff hier je berechtigt war, überhaupt nicht gesprochen werden). Auf der anderen Seite ist das Lohnniveau in der Republik – trotz 10% Arbeitslosigkeit und verschärften Bauernlegens – allmählich an das Nordirlands herangekommen und hat es teilweise schon übertroffen. Das alles könnte die von der Rechten geschürte Furcht der protestantischen Arbeiter vor einer Wiedervereinigung dämpfen. Trotzdem bleibt die ökonomisch schlechte Lage im „Armenhaus Westeuropas" ein riesiges Problem, oder – positiv formuliert – wird die Entfaltung des Kampfes etwa für die Nationalisierung der reichhaltigen Bodenschätze Irlands wichtige Triebfeder für den Wiedervereingungskampf sein.

Der Niedergang des britischen Imperialismus ging einher mit dem Verlust des ökonomischen Monopols: schon seit einiger Zeit besitzen die Briten nicht einmal mehr die Hälfte der ausländischen Kapitalanlagen auf der Insel, müssen aber nach wie vor allein die ständig steigenden, riesigen Kosten für ihre Besatzerarmee zahlen, was auch in den herrschenden Kreisen allmählich größeres Unbehagen schafft.

Die Labour Party hat in diesem Jahr schon mehrfach Pläne für den Abzug der britischen Truppen und die Wiedervereinigung geäußert. Natürlich führen diese günstigen Faktoren überhaupt nicht „automatisch" zur Wiedervereinigung, erst recht nicht zur Befreiung des irischen Volkes, aber sie können von der Sinn Fein/IRA gut genützt werden, indem der politische Kampf vielfältig entwickelt wird. In Westdeutschland können und sollten wir den Kampf unterstützen, z.B. mit der Beteiligung an der Demonstration in Münster. Ob die Weiterführung des Hungerstreiks richtig ist oder nicht, ist von hier aus schwer zu entscheiden, wenn auch die Einseitigkeiten in diesem Kampf offensichtlich Probleme aufwerfen. Ohnehin ist es nicht unser Recht, uns zum Richter über die Taktik von Befreiungsorganisationen aufzuschwingen. Mit Sicherheit ist es notwendig, die Ziele des Hungerstreiks und den irischen Befreiungskampf zu unterstützen.

Furcht vor Arbeitslosigkeit in Ungarn

kvz. Spektakulär ging es los mit der ,,Freiheit" der Arbeitskraft in Ungarn. Vor etwa 2 Jahren entließen die Rába Waggon- und Maschinenwerke 800 Arbeiter und Angestellte, deren Arbeitsplatz entweder ,,überflüssig" war (so der Direktor, der vermutlich recht hatte), oder mit deren Arbeitsleistung die Geschäftsleitung nicht zufrieden war. Was damals noch einen Wirbel bis ins ZK hinein hervorrief, ist heute unter dem Namen ,,Umgruppierung der Arbeitskraft" zumindest allgemein bekannt, wenn es allgemein auch noch nicht praktiziert wird. – Der osteuropäische ,,Sozialismus" hatte den Irrglauben über seinen sozialistischen Charakter in großem Maße darüber schüren können, daß dort die Arbeitslosigkeit ein nicht oder kaum bekanntes Phänomen ist. Es handelt sich dabei um einen wichtigen, innenpolitisch stabilisierenden Faktor. Aber wie alle Garantien der Arbeiterexistenz in diesen Gesellschaften ist auch die Garantie der Beschäftigung eine Fessel zugleich. Sie ist gekoppelt an den Entzug gewerkschaftlicher Rechte. Die ungarische Wirtschaftsreform hat mit den staatlichen Garantien für die Produktion im einzelnen Betrieb auch die Garantien für die Vollbeschäftigung gelockert. Die Produktion der Industrie ging zwischen Januar und Juli 1981 um 2,8%, die Zahl der Beschäftigten um 2,1% zurück. Statistiker befürchten bei einem stetigen Rückgang der Produktion und gleichzeitiger schnellerer Steigerung der Arbeitsproduktivität das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den Industriezentren. Mithin wäre die frühere Stabilität in Gefahr, über kurz oder lang müßte sich ein Drang nach gewerkschaftlichen Rechten, Arbeitslosenversicherung usw. entwickeln, wenngleich davon gegenwärtig noch wenig zu spüren ist. Die Herausbildung eines herkömmlichen Arbeitsmarktes wird aber erheblich beschleunigt durch die Freigabe des privaten Kleinhandels und der privaten Dienstleistungsbetriebe, die zu Beginn des Jahres verfügt wurde.



Einen immer größeren Anteil ihrer Kredite mußten die Länder der Dritten Welt in den 70er Jahren auf den Kapitalmärkten, bei Banken und Lieferanten aufnehmen. Die Zinsen für diese Kredite sind höher als die Kredite öffentlicher Kreditgeber im Rahmen der Entwicklungshilfe. So wachsen die Zinszahlungen und Tilgungen rascher als die Länder neue Kredite bekommen. In der Folge geht ein steigender Teil sofort für Zins und Tilgung ab. Die Angaben schließen die OPEC-Länder ein, die noch relativ günstig dastehen. (Nach Daten der Weltbank; sie umfassen auch nicht öffentlich garantierte Kredite)

Die Woche im Rückblick

Ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Höhe von mindestens 20 Mrd. DM haben erneut die Alternativ-Professoren um Rudolf Hickel, Jörg Huffschmidt und Herbert Schui gefordert. Ihr jüngstes Memorandum, eine Antwort auf das Sondergutachten des Sachverständigenrates, nennen sie ,,Beschäftigungspolitik statt Sozialabbau". Der DGB hatte sich vom letzten ,,Memorandum" erstmals deutlich abgesetzt. – **Hunderttausende, die in Armut leben,** hat eine an der Universität Frankfurt erstellte Studie entdeckt. So erhalte nur jede zweite Person, die Anspruch auf Sozialhilfe hat, diese wirklich. Ein ,,beachtlicher Teil" der Arbeitslosen lebe in verdeckter Armut. – **Höhere Spesensätze** gesteht die Oberfinanzdirektion Düsseldorf zu. Eigentlich sind allenfalls 39 DM Verpflegungskosten pro Tag von der Steuer abzusetzen, in Einzelfällen aber werden jetzt 55 DM pauschal gewährt, wenn die höheren Aufwendungen über drei Monate belegt werden. Das dürfte den Betroffenen kaum schwer fallen. Die Finanzverwaltung will die Superpauschalen nur anerkennen, wenn es sich um Eigentümer oder Vorstände von großen Gesellschaften handelt. – **Illegale Geschäfte aufgeschnüffelt** hat die Kripo in Hessen. LKW-Fahrer quittierten einen vollen Tank, ließen den Tank aber bloß zu ⅔ füllen. Den Differenzbetrag teilten sich Tankwart und Fahrer. Die Kripo rät Transportunternehmern nun, die Besatzungen häufiger auszuwechseln und die Fahrer mit Hilfe der Kreditkartengesellschaft zu überprüfen. – **Eine neue Anleihe über 100 Mio. DM an Südafrika** haben 34 westdeutsche Banken vermittelt. Federführend sind die Dresdner und die Commerzbank. Nach den USA bleibt die BRD damit einer der größten Finanziers des Kolonialregimes. –
Die Inflation in Großbritannien hat sich wieder beschleunigt. Der Augustindex weist eine Jahresinflationsrate von 11,5% gegenüber 10,9% im Juli aus. Auch die Investitionen sind nach jüngsten Angaben erneut deutlich gefallen. – **Die Ausgaben für Sozialhilfe** sind in Hessen 1980 um 12,4% gestiegen. Ergebnisse für die BRD liegen erst sehr viel später vor.

IFC: Gute Beziehung zur US-Regierung

gkr. ,,Die Beziehung zur amerikanischen Regierung und zur Weltbank nach den Führungswechseln sind ausgezeichnet", rühmte der Chef der International Finance Corp. (IFC) bei der Vorlage des Jahresberichts 1981. Kein Wunder. Die IFC, ein Tochterinstitut der Weltbank, dem 119 Staaten angehören, gibt Kredite und übernimmt Kapitalbeteiligungen ausschließlich für private Projekte in Entwicklungsländern. Sie belaufen sich mittlerweile auf 1,65 Mrd. $. Insgesamt wurden 811 Mio. $ für 56 Projekte in 34 Ländern bewilligt, wobei sich deren Gesamtkosten auf etwa das Vierfache belaufen. Das Konzept kann allerdings wegen des vorausgesetzten Eigenkapitals bei den ärmsten Ländern der Dritten Welt kaum angewandt werden. Getrübte Aussichten aber auch für dieses Finanzierungsinstitut: Die höheren Zahlungsbilanzdefizite der Entwicklungsländer und folgende jüngste Umschuldungsfälle lassen die Vertreter der westlichen kapitalistischen Staaten, die die Stimmenmehrheit haben, für die Zukunft schlechtere Zinsen und Rückzahlungen befürchten.

Abwertung der Schwedischen Krone

coi.Stockholm. Die Abwertung der Krone um 10% ist der Kernpunkt des von der schwedischen Regierung vorgelegten Krisenpakets, an das sie die Hoffnung auf eine 10%ige Steigerung des arg geschrumpften Exports knüpft. Die Senkung der Mehrwertsteuer von 23,46% auf 20% sowie ein Preisstop für inländische Waren sollen der Steigerung der Inflationsrate Einhalt gebieten, die die tarifliche Inflationsschutzklausel und damit erhöhte Lohnzahlungen auszulösen droht. Die Senkung der Mehrwertsteuer sowie gewisser Kapitalsteuern wird durch ein öffentliches Sparpaket von ca. 2 Mrd. DM finanziert, von denen mehr als die Hälfte die Rentner aufbringen sollen; hauptsächlich dadurch, daß ihre Renten nur einmal jährlich statt wie bisher in 3%-Schritten an die Preisentwicklung angepaßt werden.

Judith (IGM): ,,Auch Verstaatlichung und Nationalisierung keine Tabus"
SPD-MdB, IGM-Vorstandsmitglied und marxistische Wirtschaftswissenschaftler diskutieren Stahlkrise / Von Bernd Schwingboth
Am Dienstag, den 16.9.1981, fand im Rahmen des ,,Aktuellen Forums" der VHS-Dortmund mit dem Thema ,,Situation
ging zwischen Januar und Juli 1981 um 2,8%, die Zahl der Beschäftigten um 2,1% zurück. Statistiker befürchten bei einem stetigen Rückgang der Produktion und gleichzeitiger schnellerer Steigerung der Arbeitsproduktivität das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den Industriezentren. Mithin wäre die frühere Stabilität in Gefahr, über kurz oder lang müßte sich ein Drang nach gewerkschaftlichen Rechten, Arbeitslosenversicherung usw. entwickeln, wenngleich davon gegenwärtig noch wenig zu spüren ist. Die Herausbildung eines herkömmlichen Arbeitsmarktes wird aber erheblich beschleunigt durch die Freigabe des privaten Kleinhandels und der privaten Dienstleistungsbetriebe, die zu Beginn des Jahres verfügt wurde.
einzelnen Punkt als untaugliches Mittel zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zurück, prognostizierte steigende Massenarbeitslosigkeit und
Ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Höhe von mindestens 20 Mrd. DM haben erneut die Alternativ-Professoren um Rudolf Hickel, Jörg Huffschmidt und Herbert Schui gefordert. Ihr jüngstes Memorandum, eine Antwort auf das Sondergutachten des Sachverständigenrates, nennen sie ,,Beschäftigungspolitik statt Sozialabbau". Der DGB hatte sich vom letzten ,,Memorandum" erstmals deutlich abgesetzt. – Hunderttausende, die in Armut leben, hat eine an der Universität Frankfurt erstellte Studie entdeckt. So erhalte nur jede zweite Person, die Anspruch auf Sozialhilfe hat, diese wirklich. Ein ,,beachtlicher Teil" der Arbeitslosen lebe in verdeckter Armut. – Höhere Spesensätze gesteht die Oberfinanzdirektion Düsseldorf zu. Eigentlich sind al-
dith Urbaniak zu und stellte aber gleichzeitig fest, daß damit das Hauptproblem, nämlich die Schaffung neuer Arbeitsplätze für die ja weiter zuneh-
lenfalls 39 DM Verpflegungskosten pro Tag von der Steuer abzusetzen, in Einzelfällen aber werden jetzt 55 DM pauschal gewährt, wenn die höheren Aufwendungen über drei Monate belegt werden. Das dürfte den Betroffenen kaum schwer fallen. Die Finanzverwaltung will die Superpauschalen
Die Woche im Rückblick
nur anerkennen, wenn es sich um Eigentümer oder Vorstände von großen Gesellschaften handelt. – Illegale Geschäfte aufgeschnüffelt hat die Kripo in Hessen. LKW-Fahrer quittierten einen vollen Tank, ließen den Tank aber bloß zu ⅔ füllen. Den Differenzbetrag teilten sich Tankwart und Fahrer. Die
schiedete sich (geistig) aus der Diskussion mit Feststellungen wie: ,,Die Deutsche Bank können wir nicht enteignen!" (Worauf viele laut fragten: warum nicht?) Und: ,,Mich interessieren Arbeitsplätze und nicht Banken" etc.
Judith griff die Kritik am Stahlförderungsprogramm der Bundesregierung und der gesamten bisherigen Wirtschaftspolitik schließlich so auf: ,,Bei der Bewältigung der Stahlkrise gibt es keine Tabus, auch nicht, was die Verstaatlichung bzw. Nationalisie-
Kripo rät Transportunternehmern nun, die Besatzungen häufiger auszuwechseln und die Fahrer mit Hilfe der Kreditkartengesellschaft zu überprüfen. – Eine neue Anleihe über 100 Mio. DM an Südafrika haben 34 westdeutsche Banken vermittelt. Federführend sind die Dresdner und die Commerzbank. Nach den USA bleibt die BRD damit einer der größten Finanziers des Kolonialregimes. –
Die Inflation in Großbritannien hat sich wieder beschleunigt. Der Augustindex weist eine Jahresinflationsrate von 11,5% gegenüber 10,9% im Juli aus. Auch die Investitionen sind nach jüngsten Angaben erneut deutlich gefallen. – Die Ausgaben für Sozialhilfe sind in Hessen 1980 um 12,4% gestiegen. Ergebnisse für die BRD liegen erst sehr viel später vor.
derungspaket des Sozialbeirats der EGKS (frühere Verrentung, 35-Stunden-Woche u.a.) und die jüngsten Maßnahmen in Frankreich stützen könne.
Gegenüber dieser Kritik verwies Judith auf bekannte Widersprüche zwischen den Betriebsräten und daß es mit der internationalen Solidarität entsprechend nochmal schwieriger sei, beschwor dann aber die Notwendigkeit internationaler Solidarität und machte unklare Andeutungen, daß ,,die Unternehmer in kurzer Zeit gezwungen
Krone um 10% ist der Kernpunkt des von der schwedischen Regierung vorgelegten Krisenpakets, an das sie die Hoffnung auf eine 10%ige Steigerung des arg geschrumpften Exports knüpft. Die Senkung der Mehrwertsteuer von 23,46% auf 20% sowie ein Preisstop für inländische Waren sollen der Steigerung der Inflationsrate Einhalt gebieten, die die tarifliche Inflationsschutzklausel und damit erhöhte Lohnzahlungen auszulösen droht. Die Senkung der Mehrwertsteuer sowie gewisser Kapitalsteuern wird durch ein öffentliches Sparpaket von ca. 2 Mrd. DM finanziert, von denen mehr als die Hälfte die Rentner aufbringen sollen; hauptsächlich dadurch, daß ihre Renten nur einmal jährlich statt wie bisher in 3%-Schritten an die Preisentwicklung angepaßt werden.

Judith (IGM): ,,Auch Verstaatlichung und Nationalisierung keine Tabus"

SPD-MdB, IGM-Vorstandsmitglied und marxistische Wirtschaftswissenschaftler diskutieren Stahlkrise / Von Bernd Schwingboth

Am Dienstag, den 16.9.1981, fand im Rahmen des ,,Aktuellen Forums" der VHS-Dortmund eine Diskussionsveranstaltung mit dem Thema ,,Situation der westdeutschen Stahlindustrie" statt. Auf dem Podium saßen neben dem Diskussionsleiter Frank Bünte von der ,,Westfälischen Rundschau":
– Hans Urbaniak, SPD-MdB, Mitglied der IGBE, Spezialist für Fragen der Montan-Industrie, führender AFA-Mann.
– Rudi Judith, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IGM, Leiter der Außenstelle Düsseldorf (Stahlindustrie), stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Krupp-Stahl AG.
– Dr. Bömer, Dozent an der Universität Dortmund, Mitglied der Gruppe ,,Alternative Wirtschaftspolitik", Mitverfasser des ,,Stahlmemorandums", DKP-nahe.
– Prof. Altvater, Dozent an der FU-Berlin, u.a. Mit-Herausgeber der Zeitschrift ,,Probleme des Klassenkampfs", Koautor des Buches ,,Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise, Ökonomie und Politik in der BRD".

Aufgefordert von Frank Bünte, zum Nutzen des Stahlförderungsprogramms der Bundesregierungs Stellung zu nehmen, gaben die vier zunächst folgende Statements ab:
Urbaniak referierte noch mal die einzelnen Maßnahmen (siehe u.a. KVZ 35, Seite 10), bewertete sie als im Wesentlichen richtige Maßnahmen und bemängelte allerdings, daß sie vom Volumen nicht ganz ausreichen werden.

Judith kritisierte erstens, daß die Investitionszulagen angesichts fehlender Liquidität (Barmittel) der Unternehmen unzureichend seien und zweitens auch Hilfen anderer Art, insbesondere regionale Strukturförderung zur Schaffung von Arbeitsplätzen, nötig seien.

Bömer wies das Stahlpaket in jedem einzelnen Punkt als untaugliches Mittel zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zurück, prognostizierte steigende Massenarbeitslosigkeit und warf die Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie auf.

Altvater unterstützte die Skepsis von Judith und die Kritik von Bömer und ergänzte dahingehend, daß erstens auch das Problem der hohen Zinsen gesehen werden müßte und zweitens regionale Lösungen unwahrscheinlich seien, weshalb gewerkschaftliche Solidarität über die nationalen Grenzen gefordert sei.

Damit waren zwei zentrale Punkte der weiteren Debatte aufgeworfen:
– welche Wirtschaftspolitik sichert und schafft Arbeitsplätze?
– wie ist dem Problem mangelnder Liquidität und hoher Zinsen beizukommen? Unterstützt von zahlreichen Diskussionsbeiträgen der rund 250 Zuhörer wurden dazu von Altvater und Bömer u.a. folgende Argumente genannt:
– die Investitionszulagen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze würden von den Kapitalisten für lange geplante Investitionen ,,mitgenommen", und so würden keine neuen, zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen, sondern im Gegenteil durch diese Rationalisierungsinvestitionen oft noch Arbeitskräfte freigesetzt.
– eine wissenschaftliche Auswertung der langfristigen Wirkung von Investitionsbeihilfen habe ergeben, daß schließlich nur 10% der versprochenen und bezuschußten Arbeitsplätze realisiert worden seien.

Diese Kritik wies *Urbaniak* ziemlich pauschal zurück und erklärte, daß, wenn alle Stricke reißen, Bund und Land als Anteilseigner im Rahmen eines Hoesch-Krupp-Konzeptes einsteigen müßten (siehe nebenstehenden Kasten). Bezüglich des Bund/Land-Einstiegs bei Hoesch-Krupp stimmte *Judith* Urbaniak zu und stellte aber gleichzeitig fest, daß damit das Hauptproblem, nämlich die Schaffung *neuer* Arbeitsplätze für die ja weiter zunehmende Zahl von Arbeitslosen, überhaupt nicht gelöst sei. *Altvater* faßte schließlich verschiedene Diskussionsbeiträge so zusammen: einmal würden die Stahlkonzerne ihr Kapital (er nannte Beispiele aus der US-Stahlindustrie) verlagern, wo schnell Profite gemacht werden können, und zweitens würden die Banken die gezogenen Zinsen nicht wieder in produktiven Bereichen anlegen, sondern damit vor allem auf den internationalen Finanzmärkten operieren. Seine Schlußfolgerung: auch angesichts des (ungünstigen) politischen Kräfteverhältnisses in der BRD muß man über Fragen wie Verstaatlichung der Stahlindustrie und der Banken sprechen, denn ohne die Stellung der Banken anzupacken, wird man bezüglich der Bewältigung z.B. der Stahlkrise auch nicht viel zustande bringen.

Von da an trennten sich endgültig die Wege der beiden Sozialdemokraten Urbaniak und Judith. *Urbaniak* verabschiedete sich (geistig) aus der Diskussion mit Feststellungen wie: ,,Die Deutsche Bank können wir nicht enteignen!" (Worauf viele laut fragten: warum nicht?) Und: ,,Mich interessieren Arbeitsplätze und nicht Banken" etc.

Judith griff die Kritik am Stahlförderungsprogramm der Bundesregierung und der gesamten bisherigen Wirtschaftspolitik schließlich so auf: ,,Bei der Bewältigung der Stahlkrise gibt es keine Tabus, auch nicht, was die Verstaatlichung bzw. Nationalisierung betrifft. Was wir aber ablehnen, ist, daß im Stile der Ruhrkohle AG nur die Verlustträger herausgelöst werden."

Parallel zu diesem Diskussionsstrang hatte sich durch Redebeiträge von den Zuhörern ein weiterer Themenkomplex entwickelt. Betriebsräte (sowohl von der SPD wie DKP und RGO) und andere kritisierten übereinstimmend, daß von seiten des IGM-Vorstandes ,,bisher der offene Konflikt mit dem Kapital gescheut worden sei" und daß weiterhin in vertraglicher oder gesetzlicher Form die Stellung der Gewerkschaft und der Betriebsräte gegenüber den Kapitalisten gestärkt werden müßte. In diesem Zusammenhang wurde auch kritisiert, daß von seiten des IGM-Vorstandes nicht die Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) forciert werde, wo man sich u.a. auf das Forderungspaket des Sozialbeirats der EGKS (frühere Verrentung, 35-Stunden-Woche u.a.) und die jüngsten Maßnahmen in Frankreich stützen könne.

Gegenüber dieser Kritik verwies *Judith* auf bekannte Widersprüche zwischen den Betriebsräten und daß es mit der internationalen Solidarität entsprechend nochmal schwieriger sei, beschwor dann aber die Notwendigkeit internationaler Solidarität und machte unklare Andeutungen, daß ,,die Unternehmer in kurzer Zeit gezwungen sein werden, eine weitergehende Mitsprache der IGM zu akzeptieren".

Was Judith hier nicht wahrhaben will: die Widersprüche zwischen den Betriebsräten in Dortmund, Duisburg und Bremen oder auch im Rahmen der europäischen Gewerkschaftsbewegung werden doch durch eine kapitalistische Krisenbewältigung, wie sie von seiten des IGM-Vorstandes noch unterstützt wird, befördert, denn dann stehen natürlich Arbeitsplätze in Dortmund, Duisburg, Bremen und in Belgien alternativ. Die Konkurrenz ist nur überwindbar mittels Forderungen wie 35-Stunden-Woche, Vergesellschaftung der Stahlkonzerne und Nationalisierung der Banken, die einmal dem Verbrauch der Arbeitskraft einheitliche Schranken ziehen bzw. Voraussetzungen schaffen, die Produktion nach Gesichtspunkten des gesellschaftlichen Bedarfs bewußt zu fördern. Es ist nach meiner Meinung auch illusionär, wenn Judith glaubt, im Stile der ,,Realpolitik" der 60er und 70er Jahre die Kapitalisten bezüglich Mitbestimmung dadurch unter Druck setzen zu können, daß die SPD-Regierung am Subventionshahn sitzt. Wahrscheinlicher ist, daß sich im Zusammenhang der Entwicklung solcher Widersprüche rausstellen wird, daß die Regierung am Kredithahn des Finanzkapitals hängt und von denen die Frage des Regierungssturzes aufgeworfen wird. – Und was dann? Auch diese taktische Frage, nämlich wieweit man sich noch zum Erhalt der sozialliberalen Regierung dem Diktat des Kapitals unterwerfen will, wird Gegenstand der Erörterung auf der großen Stahl-Funktionärskonferenz sein, die wie Judith sagte, jetzt bald stattfinden soll. Als Termin fiel der 15. Oktober.

Am Samstag, dem 19.9.1981, meldete die ,,Westfälische Rundschau" in Dortmund: ,,Die Fusion der Stahlunternehmen Hoesch und Krupp soll spätestens zum 31. Dezember dieses Jahres beschlossen sein. Angestrebt wird eine Dachgesellschaft, an der Hoesch und Krupp zu je 37,5% beteiligt sind, Bund und Land eine Sperrminorität von etwas mehr als 25% erhalten. Gestern wurde bei der Westdeutschen Landesbank in Düsseldorf über eine Bund/Land-Beteiligung verhandelt. Die WestLB soll dabei als Treuhänder auftreten, staatliche Zuschüsse für Krupp und Hoesch verwalten und dafür Kredite an die neu zu gründende Ruhrstahl AG geben. Auch mit der Deutschen Bank wurde verhandelt.

An eine Hereinnahme des Bundesunternehmens Salzgitter/Peine wird weder bei Hoesch noch bei Krupp ernsthaft gedacht. Zwar ist darüber auch mit dem Salzgitter-Vorstand gesprochen worden. Dem wird allerdings keine große Bedeutung beigemessen."

Die vorliegenden, üblichen Dementis aus den Ministerien und den Vorständen von Hoesch und Krupp bestätigen die zitierte Meldung im wesentlichen, insofern sie jeweils feststellen, daß noch ,,keine konkrete Entscheidung" gefallen sei und daß eine sofortige Hereinnahme von Peine-Salzgitter die Probleme im Ruhrgebiet ,,letztlich unlösbar machen".

Weiter im alten Sumpf

In seiner Haushaltsrede hat Hans Matthöfer ganz mit der Seele des Kapitals gesprochen. Die Armen müssen zurückstehen, damit die Reichen investieren können. Damit kommt die Wirtschaft in Gang, sagt Matthöfer. Läßt man die Regierung machen, so wird man das noch länger hören müssen.

Von Friedemann Bleicher



Otto Graf Lambsdorff gehört zu den Exponenten der neuen Regierungslinie. Nach den Haushaltsbeschlüssen hat er erneut die Lohnfortzahlung angegriffen.

Die außergewöhnlich guten Noten, die Finanzminister und IG Metall-Mitglied Hans Matthöfer in der für die Bourgeoisie sprechenden Presse erhalten hat, lassen aufmerken. „Eine beherzte Rede" nannte einer der Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen" seine Ausführungen bei der Einbringung des Bundeshaushalts 1982. „Bemerkenswerte Passagen" werden ihm bescheinigt.

Tatsächlich kennzeichnet die Rede Matthöfers eine Entwicklung, die die Regierung – und nicht nur ihr FDP-Teil – mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zunehmend nach rechts getrieben hat und alte Reformversprechen über Bord werfen ließ. Daß sich im Gegenzug die Gewerkschaften aus ihrer lähmenden Verfilzung mit Regierung und staatlicher Bürokratie lösen, kann man begrüßen. Ihre Kritik aber ist unzureichend, die Forderung nach einem staatlichen Beschäftigungsprogramm ist kleinlich gegenüber dem, was notwendig wäre. Sie ist illusionär bezüglich ihrer Wirkungen, wie die Vergangenheit und die Erfahrung anderer Länder zeigt. Die Logik Matthöfers kann so an Einfluß gewinnen und mindestens Passivität bewirken, selbst dort, wo ihre Folgerungen abglehnt werden mögen. Eine Kritik ist notwendig.

Kein Beschäftigungsprogramm

Matthöfers Ausgangspunkt ist, daß zuallererst die wirtschaftliche Aktivität zu beleben sei; nur so sei auch die Beschäftigung zu verbessern und auch die Haushaltskrise zu lösen. Voraussetzung und Haupthebel hierzu sei die Anregung von Investitionen, wozu die Finanz- und Haushaltspolitik ihren Beitrag leisten müsse. So sei die dauerhafte Verbesserung der degressiven Abschreibung „ein Kernstück des Gesamtpakets". Wesentlich sei nicht bloß die steuerliche Entlastung der Unternehmensgewinne, sondern daß ein Besteuerungsgefälle vom entnommenen zum investierten Gewinn entsteht, wie dies mit der „degressiven Abschreibung" geschieht.

Ein Beschäftigungsprogramm, wie vom DGB gefordert, wird rundweg abgelehnt. Zwar gebe es Situationen, „in denen es unverantwortlich wäre, Ar-

genüber dem, was notwendig wäre. Sie ist illusionär bezüglich ihrer Wirkungen, wie die Vergangenheit und die Erfahrung anderer Länder zeigt. Die Logik Matthöfers kann so an Einfluß gewinnen und mindestens Passivität bewirken, selbst dort, wo ihre Folgerungen abglehnt werden mögen. Eine Kritik ist notwendig.

Kein Beschäftigungsprogramm

Matthöfers Ausgangspunkt ist, daß zuallererst die wirtschaftliche Aktivität zu beleben sei; nur so sei auch die Beschäftigung zu verbessern und auch die Haushaltskrise zu lösen. Voraussetzung und Haupthebel hierzu sei die Anregung von Investitionen, wozu die Finanz- und Haushaltspolitik ihren Beitrag leisten müsse. So sei die dauerhafte Verbesserung der degressiven Abschreibung „ein Kernstück des Gesamtpakets". Wesentlich sei nicht bloß die steuerliche Entlastung der Unternehmensgewinne, sondern daß ein Besteuerungsgefälle vom entnommenen zum investierten Gewinn entsteht, wie dies mit der „degressiven Abschreibung" geschieht.

Ein Beschäftigungsprogramm, wie vom DGB gefordert, wird rundweg abgelehnt. Zwar gebe es Situationen, „in denen es unverantwortlich wäre, Ar-

beitslosigkeit nicht mit Hilfe öffentlicher Kreditaufnahmen zu bekämpfen". Gegenwärtig aber verbiete die Lage, insbesondere die vom Weltmarkt diktierten Bedingungen, ein solches Vorgehen.

Erstens nämlich würde eine Ausweitung der öffentlichen Kreditaufnahme mit der Kreditnachfrage der Unternehmen zusammentreffen. Die Zinsen würden noch mehr steigen, die Unternehmen tendenziell verdrängt, könnten nur schwerer an Kredite kommen. Eben dies aber nehme ihnen die Mittel, die sie zur Finanzierung ihrer Investitionen brauchen.

Zweitens ist Matthöfer der Meinung, daß eine Ausweitung der öffentlichen Defizite auch gar keine zusätzliche Nachfrage schafft. Liest man genau, so findet man, daß die Nachfrage vor allem nicht zunehmen *darf*! Denn die ganze Politik der Bundesbank ist gegenwärtig darauf gerichtet, die Nachfrage zu dämpfen.

Dämpfend auf die Nachfrage wirken die Zinsen, deren Höhe die Bundesbank weitgehend beeinflussen kann – jedenfalls nach oben. Der Zusammenhang wird klar, wenn man ihn sich an den Konsumentenkrediten vorstellt. Kauf auf Kredit wird um so schwieriger und um so seltener, je höher die Zinsen steigen, die für das geliehene Geld zu zahlen sind. Dies auf die gesamte Wirtschaft übertragen gibt den Zusammenhang zwischen Zinshöhe und Nachfrage. Bei hohem Zins wird weniger gekauft, weil der Kauf auf Kredit generell eingeschränkt ist.

Überwindung der Krise durch zusätzliche Nachfrage – vormals als Heilmittel gepriesen – ist gegenwärtig ganz und gar unerwünscht. Einerseits würden dadurch zusätzliche Importe angeregt, also die Leistungsbilanz weiter belastet; andererseits käme die berühmte „Umstrukturierung" der Wirtschaft nicht in Gang. Dazu nämlich gilt es nicht, vorhandene Kapazitäten auszulasten, sondern sie zu modernisieren. „Stärkung der Wettbewerbs-, Leistungs- und Innovationskraft der deutschen Wirtschaft" ist die ständig wiederkehrende Formel. Vernichtung vorhandener Kapazitäten einschließlich einer Welle von Pleiten ist dazu gerade Voraussetzung. Knappe Kredite befördern dies, zusätzliche Nachfrage würde die Kapitalvernichtung aufhalten.

Offensichtlich geht Matthöfer davon aus, daß zusätzliche Nachfrage seines Haushalts durch eine weitere Zinssteigerung der Bundesbank neutralisiert würde. Nicht einfach aus freien Stücken, sondern weil ihr die gesetzten Bedingungen keine andere Wahl lassen.

Worüber nicht geredet wird

Wohl wahr, daß die Finanzkrise bloß Ergebnis der Wirtschaftskrise ist, daß also die Grundlage zur Überwindung der Finanzkrise die Überwindung der Wirtschaftskrise bildet. Von CDU/CSU bis SPD und DGB wird dies mittlerweile so dargestellt, wenngleich aus Zweckmäßigkeitsgründen auch die angebliche Strukturkrise des Haushalts selbst, die vor allem in der Ausweitung der Sozialleistungen gesehen wird, stark betont wird.

Zweierlei ist daher notwendig. Erstens muß gezeigt werden, in welch tausendfacher Weise aus dem Haushalt jene gefüttert werden, die schon übervoll sind. Darüber ist einiges bekannt. Zweitens aber muß zu den Ursachen der Krise selbst vorgedrungen werden.

In der westdeutschen Wirtschaft bestimmen über die „wirtschaftliche Aktivität" die Kapitalisten, jene, die über die Produktionsmittel verfügen, ohne die die Arbeiter keine neuen Produkte schaffen können. Zweck der Produktion ist nicht die Vermehrung von Gebrauchswerten, erst recht nicht die Befriedigung der vielfältigen Bedürfnisse, sondern die Verwertung des Kapitals. Bringt die Einstellung weiterer Arbei-

sen.

Worüber nicht geredet wird

Wohl wahr, daß die Finanzkrise bloß Ergebnis der Wirtschaftskrise ist, daß also die Grundlage zur Überwindung der Finanzkrise die Überwindung der Wirtschaftskrise bildet. Von CDU/CSU bis SPD und DGB wird dies mittlerweile so dargestellt, wenngleich aus Zweckmäßigkeitsgründen auch die angebliche Strukturkrise des Haushalts selbst, die vor allem in der Ausweitung der Sozialleistungen gesehen wird, stark betont wird.

Zweierlei ist daher notwendig. Erstens muß gezeigt werden, in welch tausendfacher Weise aus dem Haushalt jene gefüttert werden, die schon übervoll sind. Darüber ist einiges bekannt. Zweitens aber muß zu den Ursachen der Krise selbst vorgedrungen werden.

In der westdeutschen Wirtschaft bestimmen über die „wirtschaftliche Aktivität" die Kapitalisten, jene, die über die Produktionsmittel verfügen, ohne die die Arbeiter keine neuen Produkte schaffen können. Zweck der Produktion ist nicht die Vermehrung von Gebrauchswerten, erst recht nicht die Befriedigung der vielfältigen Bedürfnisse, sondern die Verwertung des Kapitals. Bringt die Einstellung weiterer Arbei-

ter keinen zusätzlichen Profit, so wird kein Arbeiter eingestellt. Ist der gegenwärtige Profit auch aus weniger Arbeitern zu holen, so wird „freigesetzt".

Will man nun innerhalb dieser Ökonomie die Wirtschaft aktivieren, so ist es freilich bloß logisch, alles zu unternehmen, die Profitabilität verlockender zu machen. Allerdings eben nur, wenn man die Produktionsmittel nur als Kapital denken kann, das sich verwerten muß, und nicht als Mittel, die der Vermehrung des stofflichen Reichtums auch dann dienen, wenn kein Geldsack dabei anschwillt.

Das große Tabu jener Sorte Wunderheiler, für die die Lösung des Beschäftigungsproblems in der Enthaltsamkeit der Massen und Mästung der Kapitalbesitzer liegt, ist dies, wie es überhaupt zu dem beklagten jetzigen Zustand gekommen ist. Würde nämlich dieses Geheimnis gelüftet, so würde erstens die Hinterhältigkeit ihrer Pläne, zweitens das eigentliche Problem, der Kapitalismus selbst, offenbar.

Die wesentlichsten Tatsachen zu nennen, die notwendig und regelmäßig eine wirtschaftliche Krise hervortreiben, ist sogar einfacher, als Matthöfers Gedankengänge nachzuvollziehen.

Kapitalistische Krise

Zentraler Punkt der kapitalistischen Produktion ist die Teilung des Arbeitstages in notwendige Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit. Ersteres ist der Teil des Gesamtarbeitstages, in dem die Arbeit verrichtet wird, die notwendig ist, um den Wert der Lebensmittel des Ar-



rungslinie. Nach den Haushaltsbeschlüssen hat er erneut die Lohnfortzahlung angegriffen.

derheiler, für die die Lösung des Beschäftigungsproblems in der Enthaltsamkeit der Massen und Mästung der Kapitalbesitzer liegt, ist dies, wie es überhaupt zu dem beklagten jetzigen Zustand gekommen ist. Würde nämlich dieses Geheimnis gelüftet, so würde erstens die Hinterhältigkeit ihrer Pläne, zweitens das eigentliche Problem, der Kapitalismus selbst, offenbar.

Die wesentlichsten Tatsachen zu nennen, die notwendig und regelmäßig eine wirtschaftliche Krise hervortreiben, ist sogar einfacher, als Matthöfers Gedankengänge nachzuvollziehen.

Kapitalistische Krise

Zentraler Punkt der kapitalistischen Produktion ist die Teilung des Arbeitstages in notwendige Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit. Ersteres ist der Teil des Gesamtarbeitstages, in dem die Arbeit verrichtet wird, die notwendig ist, um den Wert der Lebensmittel des Ar-

beiters zu reproduzieren. Der ganze übrige Teil des Arbeitstages, alle Arbeit, die der Arbeiter über die im Wert seines Arbeitslohnes realisierte Arbeit hinaus verrichtet, ist Mehrarbeit.

Im Produkt ist diese Teilung verschwunden, aber in den Wertbestandteilen, die in der Rechnungsführung sichtbar werden, taucht sie auf. Lohn und Gewinn stehen sich hier gegenüber, während ein weiterer Posten jenen Wertteil ausdrückt, der den verbrauchten Rohstoffen, abgenutzten Produktionsmitteln usw. entspricht und schon vor Produktionsbeginn vorhanden war.

Marx nennt das Verhältnis der beiden Teile des Arbeitstages die Mehrwert- oder Ausbeutungsrate. Es ist das Bestreben des Kapitalisten, diese Rate ständig zu erhöhen. Bei gegebener Länge des Arbeitstages – und sie ist jedenfalls relativ fest – kann dies nur geschehen durch Ausdehnung der Mehrarbeitszeit infolge Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit. Abgesehen von bloßer Lohndrückerei muß dazu der Wert der Arbeitskraft sinken, d.h. die zu ihrer Reproduktion notwendigen Lebensmittel müssen in kürzerer Zeit produziert werden können. Dies ist jedoch unmöglich ohne die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit.

Als erste Schlußfolgerung also gilt, daß der kapitalistischen Produktionsweise ein Zwang zur Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit innewohnt. Wie alle ökonomischen Gesetze dieser Gesellschaft, setzt sich dieser Zwang hinter dem Rücken der Produzenten

Marx nennt das Verhältnis der beiden Teile des Arbeitstages die Mehrwert- oder Ausbeutungsrate. Es ist das Bestreben des Kapitalisten, diese Rate ständig zu erhöhen. Bei gegebener Länge des Arbeitstages – und sie ist jedenfalls relativ fest – kann dies nur geschehen durch Ausdehnung der Mehrarbeitszeit infolge Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit. Abgesehen von bloßer Lohndrückerei muß dazu der Wert der Arbeitskraft sinken, d.h. die zu ihrer Reproduktion notwendigen Lebensmittel müssen in kürzerer Zeit produziert werden können. Dies ist jedoch unmöglich ohne die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit.

Als erste Schlußfolgerung also gilt, daß der kapitalistischen Produktionsweise ein Zwang zur Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit innewohnt. Wie alle ökonomischen Gesetze dieser Gesellschaft, setzt sich dieser Zwang hinter dem Rücken der Produzenten

durch.

Die Kapitalisten konkurrieren auf dem Warenmarkt. Je billiger einer produziert, um so rascher kann er sein Kapital ausweiten. So wird um die niedrigsten Durchschnittskosten gerungen. Und das hauptsächliche Mittel hierzu ist eben die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit. Sobald die verbilligten, d.h. mit geringerer Verausgabung von Arbeit produzierten Waren in den Konsum der Arbeiter eingehen, sinkt der Wert der Arbeitskraft.

Vermittelt durch die Konkurrenz der einzelnen Kapitalisten auf dem Warenmarkt läuft so eine Kette von Prozessen ab, an deren Ende eine höhere Ausbeutungsrate steht.

Dies aber ist widersprüchlich, denn es ist eben auch die Steigerung der Produktivkraft, die sich schließlich in einer sinkenden Profitrate der Kapitalisten manifestiert. Ursächlich hierfür sind die ökonomischen Begleitumstände der Produktivkraftentwicklung.

Hauptsächliches Mittel der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit ist die Mechanisierung, die Anwendung von Maschinerie immer größeren Umfangs, womit sich der Wirkungsgrad der menschlichen Arbeit erhöht. Es zeigt sich dies doppelt. Erstens in der wachsenden Größe der schon produzierten Produktivkräfte und in der absoluten Größe des schon akkumulierten produktiven Kapitals. Zweitens in der verhältnismäßigen Abnahme des im Arbeitslohn ausgelegten Kapitalteils gegenüber dem Gesamtkapital.

Es sei daran erinnert, daß zwar die Masse des Mehrwerts bestimmt ist durch seine Rate, aber auch durch die Masse der zu dieser Rate gleichzeitig angewandten Arbeit. Nimmt der in Arbeitslohn angelegte Kapitalteil ab, so sinkt auch die Mehrwertmasse gegenüber dem in dieser Produktion angewandten Gesamtkapital. Dieses Verhältnis aber ist die *Profitrate*. Nur an dieser orientiert sich der Kapitalist. Sie gibt ihm die Profitabilität seines Kapitals an.

Anders ausgedrückt: Steigende Produktivkraft hat Ausdehnung von Maschinerie, damit sinkenden Anteil des in Arbeitslohn angelegten Teils des Gesamtkapitals zur Folge. Damit aber sinkt die Masse des Profits = Mehrwerts gegenüber dem Gesamtkapital. Das heißt, *die Profitrate sinkt*.

All dies folgt aus inneren Zwängen der kapitalistischen Produktionsweise. Zwar gibt es entgegenwirkende Kräfte, aber sie können sich nicht durchsetzen. Daher spricht Marx vom Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Sie bestimmt wesentlich die Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation und führt notwendig zu periodischen Krisen.

Die Akkumulation des Kapitals wird durch den Fall der Profitrate verlangsamt. Bei sinkenden Profiten wird weniger investiert. Der Umschlag zur Krise tritt dann ein, wenn neu produzierter Mehrwert dem alten Kapital hinzugefügt wird, die Mehrwertmasse aber nicht steigt. Es hat dann Überproduktion von Kapital stattgefunden. Das gewachsene Kapital wirft nur ebensoviel oder nur weniger Mehrwertmasse ab als vor seinem Wachstum.

Das Zusatzkapital sucht sich zu verwerten durch Verdrängung bereits fungierenden Kapitalwerts. Pleiten sind nur die offensichtlichste Folge hiervon. Die Krise ist da.

Umverteilung nach oben

Schon diese grobgeschneiderten Überlegungen zeigen, daß – so Marx –, „die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion das Kapital selbst" ist. Nie ist fehlende Nachfrage der eigentliche Krisengrund, wenngleich dies in konkreten Fällen eine Rolle spielen mag. Sondern letzter Grund ist die *gesetzmäßige* Tendenz der Profitrate zu fallen. Folgerichtig setzen auch die Maßnahmen der Bundesregierung an der Profitrate an. Staatliche Eingriffe sollen sie anheben. Selbst wenn dies zur „Belebung der Wirtschaft" führt, so beginnt doch allenfalls das Spiel von vorne.

Wie reaktionär diese „Lösung" ist, zeigt der Haushalt 1982. In der Pose des unschuldigen Vollstreckers höherer Gewalt kam Hans Matthöfer nicht um das Bekenntnis, es sei schwer nachvollziehbar, „daß Einkommensschwachen Einschränkungen zugemutet, gleichzeitig aber Steuervergünstigungen beschlossen werden, die nach aller Erfahrung in erster Linie den besser Verdienenden und denen, die über größere

werten durch Verdrängung bereits fungierenden Kapitalwerts. Pleiten sind nur die offensichtlichste Folge hiervon. Die Krise ist da.

Umverteilung nach oben

Schon diese grobgeschneiderten Überlegungen zeigen, daß – so Marx –, „die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion das Kapital selbst" ist. Nie ist fehlende Nachfrage der eigentliche Krisengrund, wenngleich dies in konkreten Fällen eine Rolle spielen mag. Sondern letzter Grund ist die *gesetzmäßige* Tendenz der Profitrate zu fallen. Folgerichtig setzen auch die Maßnahmen der Bundesregierung an der Profitrate an. Staatliche Eingriffe sollen sie anheben. Selbst wenn dies zur „Belebung der Wirtschaft" führt, so beginnt doch allenfalls das Spiel von vorne.

Wie reaktionär diese „Lösung" ist, zeigt der Haushalt 1982. In der Pose des unschuldigen Vollstreckers höherer Gewalt kam Hans Matthöfer nicht um das Bekenntnis, es sei schwer nachvollziehbar, „daß Einkommensschwachen Einschränkungen zugemutet, gleichzeitig aber Steuervergünstigungen beschlossen werden, die nach aller Erfahrung in erster Linie den besser Verdienenden und denen, die über größere

Kapitalvermögen verfügen, zugute kommen". Doch im Interesse der Beschäftigungssicherung könne soziale Gerechtigkeit nicht gewahrt werden. „Die sozial vorrangigste Frage ist zur Zeit die zunehmende Arbeitslosigkeit und der Verlust weiterer Arbeitsplätze. Wir können aber bei der Beschäftigungspolitik nur erfolgreich sein, wenn wir die Investitionsquote in der Wirtschaft wieder erhöhen und jedenfalls das Wachstum der konsumtiven Transferleistungen (soll heißen: Sozialleistungen) begrenzen." Daraus folge, so Matthöfer weiter, „daß der Wirtschaft – und dazu gehören nun einmal Selbständige und Freiberufliche ebenso wie kleine und mittlere Unternehmer und große Konzerne – eben nicht investierbares Kapital entzogen werden sollte. Im Gegenteil, das für Investitionen verfügbare Kapital müßte eigentlich vermehrt werden".

Der Kern der Sache ist also dies: Nur wer mehr Geld hat, als er zum Leben braucht, bildet Kapital. Er muß daher bezuschußt werden. Wer aber gerade hat, was er zum Leben braucht, oder auch weniger, der muß den Zuschuß zahlen. Denn er investiert sowieso nicht, sondern verfrißt bloß, was man ihm läßt.

Und dieser offen ausgesprochene Zusammenhang gilt für die kapitalistische Gesellschaft überhaupt. Was ihr jetzt hilft, ist überhaupt ihr Grundprinzip: Die Enthaltsamkeit des Arbeitenden mehrt den Reichtum des Besitzenden. Daher führt auch die richtige Kritik der Haushaltsbeschlüsse fort zur Kritik an den Produktionsverhältnissen.



Sparobjekt: Er investiert nicht und schafft keinen Arbeitsplatz.



Rund 150 Familienangehörige von VDM-Werkern demonstrierten am Montag gegen den Arbeitsplatzschwund und seine Folgen. Wenn es um Betriebsschließungen geht, ist die Zahl der davon betroffenen Menschen nicht mit der Zahl der verlorenen Arbeitsplätze gleichzusetzen. In einer vor dem Werksgelände verlesenen Resolution wurde der VDM-Vorstand aufgefordert, das von Betriebsrat und IG Metall vorgelegte Konzept zum Erhalt aller Arbeitsplätze in die Tat umzusetzen. Statt des Vorsitzenden des VDM-Vorstandes erschien dann der Arbeitsdirektor. Auf Fragen, was denn die werksfremden Personen mit den Zollstöcken zu bedeuten hätten und wohin die Auszubildenden „hinverlagert" würden, erzählte er daß die Stillegungspläne auch weiterhin bestünden. Sollte das Aus für VDM verkündet werden, „muß ganz Heddernheim vor Ort sein", so der Pfarrer des Stadtviertels.

Wer Betrügereien aufdeckt, gehört entlassen

has.Stuttgart. Im Frühjahr wurde der stellvertretende Betriebsobmann in der Südwestdeutschen Rollenoffset GmbH (Druckzentrum Stuttgart) fristlos entlassen. Er hatte als amtierender Betriebsobmann eine Belegschaftsinformation am Schwarzen Brett ausgehängt, in der aufgedeckt wurde, wie die Geschäftsführung eine ganze Abteilung aufs Kreuz gelegt hat. Die Kollegen in der Montage/Plattenkopie hatten sich darauf geeinigt, keinen Bereitschaftsdienst in der Nachtschicht mehr zu machen für lächerliche 60 Mark die Woche. Als nichts mehr zu spalten war, kam von der Geschäftsführung Anfang Februar schriftlich das Angebot, künftig 130 Mark zu bezahlen und außerdem den geforderten Freizeitausgleich für Arbeitsstunden in der Bereitschaft zuzugestehen. Die Abteilung war dafür, und der Betriebsobmann H. Schöpfer wollte die Vereinbarung unterschreiben. *Wollte* schon, aber *konnte* nicht, weil der Geschäftsführer bis in den März keinen Termin dafür frei hatte! Als schließlich die Februar-Abrechnung wieder stolze 60 Mark Bereitschaftszulage auswies, gab es den verdienten Krach, und der Geschäftsführer Marquardt verbreitete die Neuigkeit, der Betriebsobmann habe ja gar nicht unterschrieben.

Der Aushang am Betriebsratsbrett sprach von „Unverschämtheit" und einem „in der Tat vollendeten Betrug", was auch sonst?! Beim Stuttgarter Arbeitsgericht, wo am 2. September die darauf folgende fristlose Kündigung verhandelt wurde, sah das Gerichtstrio die Sache ganz anders. Zweierlei Unverschämtheiten habe sich der amtierende Betriebsobmann zuschulden kommen lassen: gegen die Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit verstoßen und obendrein seine Pflicht zur Treue gegenüber dem Arbeitgeber verletzt. Derart pflichtvergessen habe Schöpfer den Rausschmiß reichlich verdient, zwar nicht fristlos, aber ordentlich, mit 14tägiger Kündigungsfrist. Ordentliche Kündigung? Aber dem steht doch das Betriebsverfassungsgesetz mit seinem nachwirkenden Kündigungsschutz entgegen! Eigentlich schon, aber ersatzweise wurde bereits kurz nach der fristlosen eine ordentliche Kündigung nachgereicht zusammen mit der umwerfenden Neuigkeit, die Wahl im Frühjahr 1980 (!) sei ungültig wegen schwerer Formfehler. Nachtigall, ...

Wie auch immer die jetzt anstehende Klage gegen die ordentliche Kündigung entschieden werden sollte, die Möhringer Druckzentrumszaren haben mit geltendem Arbeitsrecht im Kreuz und Arbeitsrichter als Krücke schon wieder mal was erreicht: Trotz Widerspruch des Betriebsobmanns gegen beide Kündigungen ist sein Stellvertreter aus dem Betrieb draußen; ein Weiterbeschäftigungsanspruch ist nach diesem Urteil nicht durchsetzbar. Da festgestellt wurde, daß eigentlich genug Kündigungsgründe vorhanden seien, wird der Streit in die Instanzen gehen. Kommt er dann dort erst mal in die Jahre, werden sich doch Gründe finden lassen, eine Wiedereinstellung für „unzumutbar" erklären zu lassen.

Ein Einzelfall? Nicht einmal im Druckzentrum Möhringen! Seit Sommer 1980 streitet die DKP-Gemeinderatskandidatin U. Stahl bisher erfolglos um ihre Weiterbeschäftigung bei der „Stuttgarter Zeitung". Kündigungsgrund: Kandidatur der Verlagskontoristin für die DKP. Trotz erfolgreicher Klage in 2 Instanzen und Widerspruch des dortigen Betriebsrats gegen die Kündigung kein Beschäftigungsanspruch. Desgleichen ein Archivangestellter der „Stuttgarter Nachrichten" („Konkurrenz unter einem Dach"), der sich eingestandenermaßen schuldig gemacht hatte, Gewerkschaftszeitungen der IG Druck und Papier im Betrieb verteilt zu haben.

Da hilft kein Jammern und kein Klagen, auch nicht vor Arbeitsgerichten. Was endlich her muß, ist ein einigermaßen wirksames Kündigungsschutzrecht, das der wie geschmiert laufenden Abfindungsmaschine Arbeitsgericht den Strom abdreht. Gerade jetzt in der Wirtschaftskrise ist es einfach eine tausendfache Existenzfrage, daß die DGB-Gewerkschaften mit allen Mitteln ihre im Grundsatzprogramm erhobene Forderung nach einem Kündigungsschutz durchsetzen, der Kündigungen unmöglich macht ohne die Zustimmung der Betriebsräte. Daß nach den bisherigen Gewerkschaftsvorstellungen eine fehlende BR-Zustimmung durch Arbeitsgerichte ersetzbar sein soll, ist dabei zweifellos eine sozialdemokratische Träne, die man besser auf Reisen schickt. Aber im Betrieb drin blieben die von Kündigung bedrohten Kollegen bis zur letztinstanzlichen Entscheidung, und nicht schon jahrelang draußen. Und sowas ändert halt nicht bloß die optische Perspektive.

Du Pont in Hamm will 320 Beschäftigte entlassen

kvz. Die Betriebsleitung des Hammer Werkes des amerikanischen Chemiekonzerns Du Pont de Nemours hat letzten Freitag für Mitte nächsten Jahres die Einstellung der Produktion von Dacron-Polyester-Garn angekündigt. In dieser Abteilung arbeiten 460 der insgesamt 1900 Beschäftigten des Werkes, 140 sollen in andere Abteilungen versetzt werden, der Rest soll entlassen werden. In dieser Woche soll mit Verhandlungen über einen Sozialplan begonnen werden.

Betriebsrat lehnt Gutachter ab

kvz. Der Betriebsrat des von der Schließung bedrohten Enka-Werkes in Kassel hat die vom Enka-Vorstand als Gutachter vorgeschlagene Deutsche Treuhand-Gesellschaft als befangen abgelehnt, weil sie als Wirtschaftsprüfer für die Enka AG tätig sei. Grundsätzlich hatten sich in der letzten Woche die hessische Landesregierung, der Enka-Vorstand und die IG Chemie auf die Einsetzung eines neutralen Gutachters zur Prüfung einer möglichen Weiterführung des Betriebes geeinigt. Außerdem geht der Betriebsrat davon aus, daß auch der Inhalt des Prüfungsauftrages gemeinsam festgelegt werden sollte. Im Falle der Verwirklichung ihrer, den Gutachter betreffenden, Forderungen werden die vier Beschäftigten ihren Hungerstreik unverzüglich beenden.

42 Reinigungskräfte klagen auf Gleichbehandlung

kvz. 42 in zwei Pflegeheimen als Reinigungskräfte beschäftigte Frauen aus dem Saarland wollen vor den Arbeitsgerichten in Neunkirchen und Saarlouis durchsetzen, daß sie bei der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung die gleichen Rechte wie die Angestellten bekommen. Obwohl die Zusatzversorgungskasse den Kapitalisten satzungsrechtlich verpflichtet habe, alle bei ihm Beschäftigten zu versichern, seien die Frauen nicht zur zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung angemeldet worden. Die Firmen hätten außerdem für die Arbeiterinnen keine Beiträge gezahlt.

Kurzmeldungen:

Seit 14 Tagen streiken in Australien 1500 Schiffsmaschinisten. Sie fordern 10% mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. 50 australische Frachtschiffe und Öltanker liegen dadurch in den Häfen still. Der Streik hat in verschiedenen Teilen des Landes zu Benzinknappheit geführt. Eine Ölraffinerie mußte ihren Betrieb einstellen, und verschiedene Stahlwerke legen Hochöfen still wegen mangelnder Rohstoff-

kvz. Die Betriebsleitung des Hammer Werkes des amerikanischen Chemiekonzerns Du Pont de Nemours hat letzten Freitag für Mitte nächsten Jahres die Einstellung der Produktion von Dacron-Polyester-Garn angekündigt. In dieser Abteilung arbeiten 460 der insgesamt 1900 Beschäftigten des Werkes, 140 sollen in andere Abteilungen versetzt werden, der Rest soll entlassen werden. In dieser Woche soll mit Verhandlungen über einen Sozialplan begonnen werden.

Kassel hat die vom Enka-Vorstand als Gutachter vorgeschlagene Deutsche Treuhand-Gesellschaft als befangen abgelehnt, weil sie als Wirtschaftsprüfer für die Enka AG tätig sei. Grundsätzlich hatten sich in der letzten Woche die hessische Landesregierung, der Enka-Vorstand und die IG Chemie auf die Einsetzung eines neutralen Gutachters zur Prüfung einer möglichen Weiterführung des Betriebes geeinigt. Außerdem geht der Betriebsrat davon aus, daß auch der Inhalt des Prüfungsauftrages gemeinsam festgelegt werden sollte. Im Falle der Verwirklichung ihrer, den Gutachter betreffenden, Forderungen werden die vier Beschäftigten ihren Hungerstreik unverzüglich beenden.

42 Reinigungskräfte klagen auf Gleichbehandlung

kvz. 42 in zwei Pflegeheimen als Reinigungskräfte beschäftigte Frauen aus dem Saarland wollen vor den Arbeitsgerichten in Neunkirchen und Saarlouis durchsetzen, daß sie bei der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung die gleichen Rechte wie die Angestellten bekommen. Obwohl die Zusatzversorgungskasse den Kapitalisten satzungsrechtlich verpflichtet habe, alle bei ihm Beschäftigten zu versichern, seien die Frauen nicht zur zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung angemeldet worden. Die Firmen hätten außerdem für die Arbeiterinnen keine Beiträge gezahlt.

Kurzmeldungen:

Seit 14 Tagen streiken in Australien 1500 Schiffsmaschinisten. Sie fordern 10% mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. 50 australische Frachtschiffe und Öltanker liegen dadurch in den Häfen still. Der Streik hat in verschiedenen Teilen des Landes zu Benzinknappheit geführt. Eine Ölraffinerie mußte ihren Betrieb einstellen, und verschiedene Stahlwerke legen Hochöfen still wegen mangelnder Rohstoff-zulieferungen.

Wegen „grober Pflichtverletzung" will die Post drei freigestellte Personalräte über ein Verwaltungsgerichtsverfahren aus ihrem Mandat entfernen. Sie hatten im Mai dieses Jahres die rund 1200 Bediensteten der Post in Stadt und Kreis Offenbach zu einer spontanen Personalversammlung geladen. Die Versammlung fand statt, und die Postämter blieben stundenlang geschlossen. Grund war die Verfügung des Postministeriums und der Frankfurter Oberpostdirektion, daß die Postbediensteten ihre Überstunden nicht länger sammeln und „abfeiern" können, sondern mit Geld abgegolten werden.

Für das Anti-Streik-Gesetz hat die indische Ministerpräsidentin im Parlament eine Zweidrittelmehrheit bekommen. Das Gesetz soll es der Regierung ermöglichen, Streikende in lebensnotwendigen Bereichen zu entlassen, sie ohne Haftbefehle festnehmen zu lassen und sie in Gruppen vor Gericht zu stellen sowie Geld- und Haftstrafen zu verhängen. Nach einer längeren Debatte zerrissen Oppositionsmitglieder die Vorlage und verließen unter lautem Protest das Unterhaus.

Das britische Regierungskabinett hat beschlossen, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Bereich um nicht mehr als 4% steigen zu lassen. Der Preisfaktor, der den Kostenanstieg im Nicht-Lohnbereich befaßt, wurde auf 9% beschränkt. Damit ist der Rahmen für den Anstieg der Gesamtkosten im öffentlichen Bereich auf 7% festgelegt worden. Die Gewerkschaften haben ihren Widerstand angesagt.

Die IG Metall verteidigt das Recht auf Warnstreiks

kvz. Die IG Metall hat jetzt ihre Klageerwiderungsschrift auf eine vorbeugende Unterlassungsklage aller Metall-Arbeitgeberverbände. Mit ihrer Klage wollen die Arbeitgeberverbände der Gewerkschaft untersagen lassen, „während noch laufender Tarifverhandlungen und eines sich gegebenenfalls anschließenden Schlichtungsverfahrens" zu Arbeitsniederlegungen aufzurufen. Auch soll die Gewerkschaft nicht zur Verweigerung von Überstunden aufrufen dürfen. Für den Fall, daß ein totales Verbot von Warnstreiks nicht durchzusetzen ist, wollen die Kapitalisten hilfsweise „eine nähere rechtliche Begrenzung etwa zulässiger Warnstreiks". Sie begründen es damit, daß die Warnstreiks in ihrer Gesamtheit den Charakter von Erzwingungsstreiks gehabt hätten, ohne daß sie die Möglichkeit gehabt hätten, darauf mit Aussperrung zu antworten. Die IG Metall erklärt, sie gehe vom Recht auf Streikfreiheit aus, was auch die freie Wahl des Kampfmittels und des Zeitpunkts einschließe. Eine „Streikzensur" wäre weder durch Arbeitgeber noch durch Gerichte zulässig. Die Arbeitgeber wollten die Gewerkschaften zu einer Alternative zwingen, entweder ein unannehmbares Angebot anzunehmen oder sich in einen großen Erzwingungsstreik treiben zu lassen, in dem die Arbeitgeber die Gewerkschaft dann durch Aussperrung finanziell ausbluten und in die Knie zwingen könnten.



die darauf folgende fristlose Kündigung verhandelt wurde, sah das Gerichtstrio die Sache ganz anders. Zweierlei Unverschämtheiten habe sich der
„unzumutbar" erklären zu lassen.
Ein Einzelfall? Nicht einmal im Druckzentrum Möhringen! Seit Sommer 1980 streitet die DKP-Gemeinde-
scheidung, und nicht schon jahrelang draußen. Und sowas ändert halt nicht bloß die optische Perspektive.



„Tag der Solidarität" in den USA

Der Widerstand gegen Reagans Wirtschafts- und Sozialpolitik sammelt sich

mfl. Eine Viertelmillion Menschen beteiligten sich am letzten Wochenende an einem siebenstündigen Protestmarsch in Washington, der sich gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Reagan-Regierung richtete. Es war die größte Massendemonstration seit den Vietnam-Demonstrationen in den 60er Jahren. Organisiert hatte diese machtvolle Demonstration der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO. Mit Blick auf die polnischen Gewerkschaften war der Tag zum „Tag der Solidarität" erklärt worden und die Gewerkschaftsjugend verkaufte T-Shirts mit der Aufschrift „Solidarnošć".

Die Teilnehmer des Protestmarsches gegen die soziale Demontage beschränkte sich keineswegs auf die organisierten Gewerkschaftsmitglieder, sondern zehntausende älter Menschen, Studenten und Angehörige nationaler Minderheiten nahmen teil. Viele junge Schwarze und rund 200 Vereinigungen zum Schutz der Bürger- und Frauenrechte, der Umwelt und der Minderheiten waren anwesend, aber auch zahlreiche Angestellte, die um ihre Arbeitsplätze fürchten, und Regierungsbedienstete. Auch in anderen Großstädten der USA fanden an diesem Tag Kundgebungen und Demonstrationen statt.

Lane Kirkland, der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes, erklärte, Reagans Steuersenkungsprogramm, das in erster Linie die Reichen begünstige, erweise sich „als das verantwortungsloseste fiskalische Programm unserer Zeit" und die Regierung würde Heim, Gesundheit und Hoffnung von Millionen auf dem Altar ökonomischer Abstraktion opfern. Ziemlich zuversichtlich äußerte er sich über die Aussichten in der Auseinandersetzung mit dem Reagan-Programm. Im Frühjahr hätten sie mit ihren Einwänden gegen das Wirtschafts- und Sozialprogramm fast allein dagestanden. „Wir hatten damals recht, und wir haben heute recht. Wir stehen jetzt in vorderster Linie, und wir werden nicht mehr weichen und uns verstecken, und wir haben nicht vor, auf besseres Wetter zu warten".

Neu ist der offene Konfrontationskurs des Gewerkschaftsdachverbandes gegen die Regierung. Der Vorgänger von Lane Kirkland war bisher eher um Kompromisse mit der Regierung bemüht. Spätestens seit der Auseinandersetzung um den Fluglotsenstreik ist jedoch klar, daß bei Reagan in der Richtung offenbar kein Interesse besteht. Lane Kirkland geht eher auf ein Bündnis mit der Demokratischen Partei.

Auf der Kundgebung sprach u.a. auch Coretta King, die Witwe von Martin Luther King. „Amerikanische Arbeiter aller Rassen werden nicht duldend schweigen, wie die Architekten der Reaktion die schwer erfochtenen sozialen und ökonomischen Gewinne zu zerschlagen suchen", sagte sie. Der Führer der Automobilarbeiter nahm Reagans vielzitierte Vision von Amerika auf, der „leuchtenden Stadt auf dem Hügel". Es sei jetzt zu erkennen, was das für eine Vision sei, sagte er. Damit eine Gruppe von Reichen Glanz und Pracht entfalten könne, müsse die Masse des Volkes schuften. Die Mitglieder der Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter sangen: „Reagan, Reagan, he's no good, send him back to Hollywood". Keines der Gewerkschaftsmitglieder benutzte übrigens zur Anreise ein Flugzeug, als Reaktion auf die Entlassung der Fluglotsen.

Wie weit die Gewerkschaften jetzt tatsächlich in der Lage sind, etwas gegen die soziale Demontage durchzusetzen, bleibt abzuwarten. Bisher sah sich Reagan noch nicht gezwungen, auf ihre Forderungen einzugehen. Er blieb auf seinem Landsitz und ließ sich telefonisch informieren. Etwas dumm war die Erklärung eines seiner Sprecher, die Arbeiter würden eines Tages erkennen, daß sie im Weißen Haus einen Freund sitzen hätten, aber doch.

Die Gewerkschaften und der Kampf gegen den Krieg

Die Diskussion um den DGB-Aufruf und die Aktivitäten

anm.Frankfurt. Die Kampagne zur Unterzeichnung des DGB-Aufrufs zu Frieden und Abrüstung sollte eigentlich am 1. September beginnen. Bis Ende November soll gesammelt werden. Bisher bekanntgewordene Ziele, die sich der DGB selber steckt, liegen bei 2–3 Millionen Unterschriften – weit mehr, als unter den Krefelder Appell gesammelt wurden. Ob die Gewerkschaftsbewegung sich an die Spitze der Friedensbewegung, der Bewegung gegen den drohenden Krieg stellen wird, was im wesentlichen auch über Sieg oder Niederlage dieses Kampfes entscheiden wird, und ob innerhalb der Gewerkschaften Alternativen zum gegenwärtigen Status quo der Nato-Mitgliedschaft und der Verteidigungskonzeption der USA und der BRD erarbeitet werden, hängt von den Kräften ab, die in den Gewerkschaften aktiv sind. Was tun nun die verschiedenen politischen Kräfte angesichts der Tatsache, daß der DGB mit seinem Aufruf zumindest formell die Möglichkeit zur Diskussion über die Perspektiven der Friedensbewegung und der Gewerkschaftsbewegung eröffnet hat? Ich gehe hierbei von 3 Hauptströmungen in den Gewerkschaften aus: der sozialdemokratischen, der revisionistischen und der antirevisionistischen linken Strömung. Diese Strömungen sind so nicht in der reinsten Form, streng nach Organisationen untergliedert, vorhanden, aber mit dem, was sich richtungsmäßig links, mitten und rechts von ihnen bewegt, bis hin zur CDU, hat man wohl Kriterien, um das Spannungsfeld heutiger gewerkschaftlicher Politik zu erfassen.

Die Revisionisten

Die DKP und ihre Sympathisanten unterstützen offiziell, das heißt auf Sitzungen und in der UZ, den Aufruf des DGB. Wohlwissend, daß sich der Aufruf u.a. gegen ihre Absahnerei unter den Krefelder Aufruf richtet, fordern sie ihre Mitglieder auf, sie sollten sich nicht dem Vorwurf des Spalters aussetzen und deshalb den Aufruf unterzeichnen. Teilweise versuchen sie auch, den Aufruf direkt mit dem Krefelder Appell vorzulegen, der angeblich eine Ergänzung zum Aufruf des DGB sein soll. Die gegensätzlichen Standpunkte von Krefelder Appell und dem Aufruf des DGB, der ja davon ausgeht, daß die Kriegsgefahr von *beiden Supermächten* zu verantworten ist, versuchen sie abzustumpfen.

So wird es auch in der UZ unter der Rubrik: ,,UZ-Abrüstungstelefon" durch Georg Polikeit dargelegt:

ken Strömung. Diese Strömungen sind so nicht in der reinsten Form, streng nach Organisationen untergliedert, vorhanden, aber mit dem, was sich richtungsmäßig links, mitten und rechts von ihnen bewegt, bis hin zur CDU, hat man wohl Kriterien, um das Spannungsfeld heutiger gewerkschaftlicher Politik zu erfassen.

Die Revisionisten

Die DKP und ihre Sympathisanten unterstützen offiziell, das heißt auf Sitzungen und in der UZ, den Aufruf des DGB. Wohlwissend, daß sich der Aufruf u.a. gegen ihre Absahnerei unter den Krefelder Aufruf richtet, fordern sie ihre Mitglieder auf, sie sollten sich nicht dem Vorwurf des Spalters aussetzen und deshalb den Aufruf unterzeichnen. Teilweise versuchen sie auch, den Aufruf direkt mit dem Krefelder Appell vorzulegen, der angeblich eine Ergänzung zum Aufruf des DGB sein soll. Die gegensätzlichen Standpunkte von Krefelder Appell und dem Aufruf des DGB, der ja davon ausgeht, daß die Kriegsgefahr von beiden Supermächten zu verantworten ist, versuchen sie abzustumpfen.

So wird es auch in der UZ unter der Rubrik: ,,UZ-Abrüstungstelefon" durch Georg Polikeit dargelegt:

,,Wenn ich also von den Motiven der Unterzeichner ausgehe, gibt es keinen Gegensatz zwischen den beiden Unterschriftensammlungen. Wir sollten alles tun, um eine Spaltung zwischen Gewerkschaften und Friedensbewegung nicht zuzulassen und um die Gewerkschaften zur aktiven Beteiligung an der Friedensbewegung zu veranlassen."

Es mag wohl sein, daß sich ein Unterzeichner, der auf einer Gewerkschaftssitzung einen Text gegen die Mittelstreckenraketen unterschreibt (wie mir dies z.B. auch geschah), ohne abzuwägen, daß er damit einen Appell unterstützt, der einseitig davon ausgeht, daß die USA die Kriegsgefahr verursachen, nicht von einem unterscheidet, der den DGB-Aufruf unterschreibt. Völlig klar ist aber auch der DKP, daß Stoßrichtung und Ausgangspunkt des DGB-Aufrufs andere sind als die des Krefelder Appells. Eine Auseinandersetzung mit den beiden Aufrufen muß diesen Unterschied ans Tageslicht bringen. Der Unterschied besteht keineswegs darin, daß der Krefelder Appell konsequenter ist, weil gegen Nachrüstung. Der Krefelder Appell versucht eher einzuschränken, sowohl im Angriff auf die USA wie in der Perspektive – nämlich Kampf gegen Nachrüstung und dann erst mal nichts. Für die DKP besteht die Gefahr, daß ihr ihre bisherige Monopolrolle eindeutig streitig gemacht wird.

Die antirevisionistische Linke

Hierzu zähle ich alle Organisierten links von SPD und DKP wie auch die Linken, die unorganisiert in den Gewerkschaften tätig sind. Erst mal zum Standpunkt der verschiedenen Organisationen oder Zeitungen.

Die ML-Organisationen KPD (Roter Morgen) und KABD vertreten den Standpunkt, daß der DGB-Aufruf eine Unterstützung des Regierungskurses sei und rufen zum Nichtunterschreiben auf. Beim KABD gibt es noch die Variante, daß der Aufruf deshalb abgelehnt wird, weil er eine Konkurrenz zum Krefelder Appell darstellt. ,,Warum jetzt einen neuen Aufruf, nachdem die Friedensbewegung schon eine gewisse Größe erreicht hat! Hat der Krefelder Appell Fehler, die es einem Gewerkschaftsmitglied unmöglich machen, ihn zu unterschreiben?" fragt blauäugig der KABD in der ,,Roten Fahne" Nr. 18. Der KB meint im ,,Arbeiterkampf", die Tatsache, daß der Kanzler gesagt habe, daß er auch unterschreiben würde, würde eine Analyse des Aufrufs unnötig machen. Die ,,taz" wünscht dem DGB, daß er mit seinem Appell in den Gewerkschaften auf den Bauch fällt. Stellungnahmen aus ,,express", ,,links" oder ,,Arbeiterpolitik" sind mir bisher nicht bekannt. Vom praktischen Verhalten der Mitglieder oder Leser dieser Zeitungen aus urteilend, konnte ich noch keine Aktivität für den Aufruf feststellen. Der KBW hat beschlossen, daß die Mitglieder im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in den Gewerkschaften den Aufruf unterzeichnen und die Auseinandersetzung um die Perspektiven des Kampfes gegen den Krieg suchen. Ein Teil der nichtorganisierten Linken in den Gewerkschaften ist für die Unterzeichnung des Aufrufs. Erschreckend naiv finde ich die Haltung, die sich in den Organen der ML-Organisationen niederschlägt, auch beim ,,Arbeiterkampf" oder in der ,,taz", daß so rangegangen wird, ob der Aufruf einem nun von vorne bis hinten in den Kram paßt, ohne sich zu fragen, wie dieser Aufruf entstanden ist, was seine starken und schwachen Seiten sind und welche Politik mit diesem Aufruf möglich ist.

Eine starke Seite ist, daß von den Interessen der Arbeiterbewegung ausgegangen wird und von der Tatsache, daß die Gewerkschaften eine Kraft im Kampf um Frieden sind. Die Ausgangspositionen, daß die Supermächte verantwortlich sind, ist ebenfalls eine der starken Seiten wie auch die Verurteilung jeder Intervention. Eine schwache Seite ist, daß das weitere Geschehen, erst mal ausgehend von der Blocklogik, von den Verhandlungen der Supermächte abhängig gemacht wird, statt Kurs auf eine Neuorientierung zu nehmen. Der Forderungsteil geht im übrigen weit über den Krefelder Appell hinaus, und daß dieser Teil etwa im Regierungsinteresse liege, kann man nun wirklich nicht behaupten. Die Position in dem Aufruf, daß das Wettrüsten den Frieden nicht sicherer macht, ermöglicht z.B. einen Loslösungsprozeß von der Regierungspolitik.

Der Aufruf ist widersprüchlich, z.B. auch, was den bewaffneten Befreiungskampf angeht. Offensichtlich hat er es aber nicht verhindert oder behindert, daß etwa die IG Druck und Papier gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Aufrufs einen Spendenaufruf für El Salvador herausgegeben hat. Es kommt also wohl darauf an, welche Politik man mit diesem Aufruf macht und machen will.

Die sozialdemokratischen Kräfte

Darunter fällt die große Masse der Betriebsfunktionäre der Gewerkschaften, auch ein großer Teil der nicht parteigebundenen Funktionäre. Gegenwärtig gelingt es nicht, daß die Einzelgewerkschaften die große Masse dieser Funktionäre in Bewegung setzen könnten. Hier gibt es von Gewerkschaft zu Gewerkschaft natürlich Unterschiede. Die IG Metall kümmert sich teilweise in den Betrieben um die Verteilung der Listen und auch darum, daß sie wieder eingesammelt werden. In der IG Chemie werden die Listen den Funktionären nach Hause geschickt und ruhen dort in Frieden, soweit man hört. Selbstverständlich ist es überhaupt nicht, daß nach dem Aufruf des DGB jetzt losgegangen und gesammelt wird oder darüberhinaus auch andere Aktivitäten ergriffen werden. Diese Tatsache ist sicher nicht einfach in dem Aufruf selber begründet. Sie ist m.E. Resultat weitgehender Verunsicherung der Gewerkschaftsfunktionäre und ihrer Mitglieder aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung der Regierungspolitik. In den Betrieben steht man zu größeren Teilen ,,mit dem Rücken an der Wand" – das heißt Rationalisierung, Kurzarbeit, Massenentlassungen wie in Frankfurt bei VDM und Adler – und zwar *ohne* ein positives Gesamtkonzept, ohne Strategie der Gewerkschaften gegen die Strategie des Kapitals und der Regierung.

Eine Unterstützung der Regierungspolitik ist nicht mehr möglich, das ist mittlerweile eine Existenzfrage. Eigenständige Konzeptionen, selbständige Positionen zur Wirtschaftspolitik etc. sind erst mal nicht da. Und dann soll man sich auch noch um die internationale Lage kümmern! Obwohl man in den Betrieben von allen Seiten angemacht wird, von den Kapitalisten, von den Leuten, die entweder wissen wollen, was sich die Gewerkschaften nun zu alledem denken, oder deren Reaktion erst mal Anpassung ist. In diese Verunsicherung hinein platzt jetzt die Tatsache, daß man sich um den Frieden neben vielen anderen Sachen auch noch kümmern muß und sich dazu eine selbständige Position erarbeiten muß, in Kritik an der Regierung, der Politik der USA, der UdSSR und so weiter. Der Loslösungsprozeß der Gewerkschaften von der Regierungspolitik, hin auf eine selbständige Politik, ist schwierig; und besonders schwierig ist, daß jetzt auch die Anforderungen in internationalen Fragen an die Gewerkschaftsbewegung hoch sind, bei gleichzeitigem Suchen nach einer Politik in der BRD.

Meiner Meinung nach bietet der DGB-Aufruf die Möglichkeit, den Diskussionsprozeß in den Gewerkschaften um selbständige Positionen der Gewerkschaftsbewegung anzufangen. Natürlich ist er nicht das Endergebnis. Mir scheint die reale Schwierigkeit der Arbeiterbewegung, eine selbständige Politik in der BRD zu entwickeln (und den Kurs nimmt doch die ganze Sache), das größte Hindernis zu sein, ein Ziel wie 2–3 Millionen Unterschriften zu erreichen. Daß dies mit dem Krefelder Appell nicht machbar ist, erklärt sich u.a. aus der Tatsache, daß die Gewerkschaftsbewegung kein Interesse daran hat, sich von der Abhängigkeit von Regierung und SPD zu lösen, um sich dann der SU zur Verfügung zu stellen. Zu Recht.



Von Jürgen Walla

Ist eine Gewerkschaftsveranstaltung zum Antikriegstag der geeignete Ort zur Verbreitung folgender staatserhaltender Weisheit: ,,Ohne Polizei und Justiz würden Mord und Totschlag alle Gesellschaften in Chaos stürzen und

Der KBW hat beschlossen, daß die Mitglieder im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in den Gewerkschaften den Aufruf unterzeichnen und die Auseinandersetzung um die Perspektiven des Kampfes gegen den Krieg suchen. Ein Teil der nichtorganisierten Linken in den Gewerkschaften ist für die Unterzeichnung des Aufrufs. Erschreckend naiv finde ich die Haltung, die sich in den Organen der ML-Organisationen niederschlägt, auch beim ,,Arbeiterkampf" oder in der ,,taz", daß so rangegangen wird, ob der Aufruf einem nun von vorne bis hinten in den Kram paßt, ohne sich zu fragen, wie dieser Aufruf entstanden ist, was seine starken und schwachen Seiten sind und welche Politik mit diesem Aufruf möglich ist.

Eine starke Seite ist, daß von den Interessen der Arbeiterbewegung ausgegangen wird und von der Tatsache, daß die Gewerkschaften eine Kraft im

Fristers falsche Töne

Nachbemerkung zur Antikriegsveranstaltung des DGB in München



entfaltet, um die Sowjetunion als Unschuldsengel in Szene zu setzen unter Ausnutzen der Politik der Reagan-Administration und der starken Worte von Haig. Vor der Veranstaltung hatten Flugblätter sich darüber aufgehalten, daß Mechtersheimer als CSU-Mit-

internationalen Fragen an die Gewerkschaftsbewegung hoch sind, bei gleichzeitigem Suchen nach einer Politik in der BRD.

Meiner Meinung nach bietet der DGB-Aufruf die Möglichkeit, den Diskussionsprozeß in den Gewerkschaften um selbständige Positionen der Gewerkschaftsbewegung anzufangen. Natürlich ist er nicht das Endergebnis. Mir scheint die reale Schwierigkeit der Arbeiterbewegung, eine selbständige Politik in der BRD zu entwickeln (und den Kurs nimmt doch die ganze Sache), das größte Hindernis zu sein, ein Ziel wie 2–3 Millionen Unterschriften zu erreichen. Daß dies mit dem Krefelder Appell nicht machbar ist, erklärt sich u.a. aus der Tatsache, daß die Gewerkschaftsbewegung kein Interesse daran hat, sich von der Abhängigkeit von Regierung und SPD zu lösen, um sich dann der SU zur Verfügung zu stellen. Zu Recht.

Von Jürgen Walla

Fristers falsche Töne

Nachbemerkung zur Antikriegsveranstaltung des DGB in München

Ist eine Gewerkschaftsveranstaltung zum Antikriegstag der geeignete Ort zur Verbreitung folgender staatserhaltender Weisheit: ,,Ohne Polizei und Justiz würden Mord und Totschlag alle Gesellschaften in Chaos stürzen und auf die Gesetze des Dschungels zurückwerfen"? Erich Frister als Redner auf der Münchener DGB-Veranstaltung am 1.9. schien dies zu meinen. Die Mehrheit, und zwar die große, der 2000 Besucher der Veranstaltung war gegenteiliger Ansicht. Frister wurde ausgebuht. Er mußte sein Referat abbrechen.

Es mag Fristers Sache sein, wie ein Schulrat Allgemeinheiten aufzustellen und wie jeder Vertreter der Besitzenden von den konkreten Interessen abzusehen, die Polizei und Justiz in konkreten Gesellschaften vertreten, sichern und aufrechterhalten. Jedoch ist nicht zu vermeiden, daß die Teilnehmer der Veranstaltung, vor allem Gewerkschaftsmitglieder, darunter Grüne, Teile der nichtgewerkschaftlichen Friedensbewegung, DKPler, Kommunisten, Marxisten, und eben Leute mit Erfahrungen in diesem Staat, bei solchen Worten an die Funktion denken, die der scheidende GEW-Vorsitzende künftig in der Neuen Heimat bekleiden wird. Von der ist bekannt, daß sie, zusammen mit dem Westberliner CDU-Senat, einen harten Kurs steuert, um zu verhindern, daß das ,,Chaos" der Hausbesetzungen und die ,,Gesetze des Dschungels" sich dort weiter entfalten. Es wurde dem Redner auch gesagt.

Was Frister äußern konnte, gipfelte in, wenn nicht der Verteidigung der Todesstrafe, dann der von Isolationshaft und ähnlichem und jedenfalls einer atomaren ,,Erstschlagstrategie": ,,Die Minderheit der Gewalttäter, die andere töten oder töten lassen, muß durch wirkungsvolle Drohung mit der Vernichtung der eigenen Existenz in Schach gehalten werden." Dies immerhin am Antikriegstag, einem Tag heißt das, der von den Gewerkschaften ins Leben gerufen wurde gegen die *legale* Anordnung, andere zu töten, im *Namen* der Freiheit, des Vaterlands usw., aber im *Interesse* der Ausbeuter. Und sagte es ins Gesicht einer Bewegung, die zu einem großen Teil pazifistisch gesinnt ist, und also mit derlei Moral schon gleich gar nichts anzufangen weiß. Und, um es zu wiederholen, sagte es in Verteidigung nicht revolutionärer Gewalt, nicht der Gewalt der Ausgebeuteten und Unterdrückten, die sich gegen die auf Recht und Ordnung von jeher pochenden Ausbeuter und Unterdrücker erheben, sondern sagte es im Namen der Rechtsstaatlichkeit, des Schutzes von Ruhe, Ordnung, Sicherheit – Eigentum.

Ist es erstaunlich, daß Frister nicht weiter sprechen konnte? Was er sagte, mußte Pazifisten wie Revolutionäre empören. Es mußte, darüberhinaus, auch bei den anwesenden Gewerkschaftsmitgliedern Befremden hervorrufen, die, zwar nicht pazifistisch noch revolutionär eingestellt, etwas gegen den Krieg, über seine Ursachen und zu seiner Verhinderung wissen wollten. Die DKP schließlich, die als Partei die Recht- und Ordnung-Position Moskaus gegenüber Polen teilt, konnte gleichfalls in den Protest einsteigen, aus durchsichtigen Gründen: Es war zu erwarten, daß Frister etwas gegen die Sowjetunion und deren alles andere als friedliche Politik gesagt hätte.

So ist es, obwohl nicht erstaunlich, doch auch nicht erfreulich, daß Frister auf diese Weise zum Schweigen gebracht werden mußte. Denn freilich, den Nutzen davon haben die Reaktionäre: die Freunde des Nachrüstungsbeschlusses, die sagen, bei der Friedensbewegung handelt es sich um Idealisten, Moralisten, Spinner oder Moskaus fünfte Kolonne, und die Revisionisten, die sagen, gegen die Sowjetunion und für den Nachrüstungsbeschluß äußern sich sowieso bloß ausgemachte Reaktionäre. Beide, auf ihre Weise, haben den Schein der Sache für sich.

Dieser Widerstreit drückt einen heftigen Kampf aus. In diesem Kampf gibt es die Gefahr, daß die DKP die Lage für sich ausnutzt, indem sie darauf herumreitet, der DGB-Aufruf spalte gegenüber dem von mehr als einer Million unterschriebenen Krefelder Appell. Und es gibt die Gefahr, daß die Bundesregierung, die ihr Wohlwollen für den DGB-Aufruf schon deutlich genug gemacht hat, diesen als flankierende Maßnahme zum Nachrüstungsbeschluß benutzt.

Auf der selben Veranstaltung hatte Mechtersheimer bedenkenswerte, nicht neue, der Sowjetunion keineswegs blind gegenübertretende Bemerkungen zur Verhinderung des drohenden Krieges gemacht, insbesondere, daß der Frieden kein von den Politikern zu erwartendes Geschenk ist, sondern geholt werden muß. Auf der selben Veranstaltung hatte der Liedermacher Frank Ekkes ziemlich platte und ziemlich demagogische Stimmungsmache entfaltet, um die Sowjetunion als Unschuldsengel in Szene zu setzen unter Ausnutzen der Politik der Reagan-Administration und der starken Worte von Haig. Vor der Veranstaltung hatten Flugblätter sich darüber aufgehalten, daß Mechtersheimer als CSU-Mitglied, daher Repräsentant des wie man weiß besonders bösartigen BRD-Imperialismus, hier spricht. Und der selbe Mechtersheimer wiederum rief zu der Demonstration am 10.10. auf, zu der aufzurufen der DGB dem Bundesjugendausschuß verboten hat. Mechtersheimer tat dies aber auf einer DGB-Veranstaltung, und es ist bekannt, daß in allen Gewerkschaften diese Demonstration indessen tatkräftig unterstützt wird. Der GEW-Kreisverband München (Bundesvorsitzender Frister) hat ausdrücklich dazu aufgerufen.

Angesichts dieser Lage müssen sich die Gewerkschaften ihre selbständige Position als Organisation der Arbeiterklasse schaffen. Dabei können sie bestimmt nicht die vielen Gewerkschaftsmitglieder, gleich welcher Partei, ignorieren, die für den Nachrüstungsbeschluß ein gewisses Verständnis aufbringen. Ebensowenig dürfen sie aber die Friedensbewegung ignorieren, wie mit dem Verbot, zur Demonstration am 10.10. aufzurufen. Überhaupt nicht können sie vorankommen mit einer Position wie der Fristers, die jeden radikalen Kampf für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Beseitigung der Ausbeuterordnung, von vornherein disqualifiziert.

Die Kommunisten sollten zur Klärung in den Gewerkschaften beitragen. Nicht das mindeste trägt es bei, wenn die KVZ ein solches, bundesweit bekanntgewordenes und schlechthin skandalöses Ereignis wie die Frister-Rede, einfach unterschlägt.

Italienische Gewerkschaften befinden sich in einer schwierigen Defensive

Im Vordergrund steht der Kampf um die ,,Scala mobile", doch es geht um die Strategie der Gewerkschaft. Manche wollen die Rückkehr zum Konzept der Wirtschaftslenkung durch den Druck der Gewerkschaften. Doch sie fragen nicht, weshalb die Arbeiterbewegung dieses schon in der Vergangenheit nicht ergriffen hat.

hah. Zwei Hauptprobleme sind es, vor denen zur Zeit die italienischen Gewerkschaften stehen:

– Im Juli überschritt die Zahl der offiziell arbeitslos Gemeldeten die Zwei-Millionen-Grenze (Juli 80: 1,8 Mio.), was einer Arbeitslosenrate von 8,8% entspricht (5,5% bei Männern, 15,2% bei Frauen; 6,8% in Nord- und Mittelitalien, 13% im Süden). Die wirkliche Arbeitslosigkeit liegt höher: da die Gewerkschaften Massenentlassungen bis heute im allgemeinen verhindern konnten, greifen die Unternehmen immer mehr zur (ursprünglich nur als Ausnahme vorgesehenen) Möglichkeit, überzählige Arbeitskräfte in Dauer-Kurzarbeit zu schicken.

– Die chronische Inflation, die seit 2 Jahren wieder oberhalb der 20%-Marke liegt (78 war sie kurzzeitig durch eine scharf rezessive Wirtschaftspolitik auf 12% gedrückt worden) wird für alle Lohnabhängigen, Rentner usw. immer unerträglicher. Statistisch deckt der Mechanismus der ,,Scala mobile" (,,gleitende Lohnskala") etwa ¾ der Inflationsrate ab, was bedeutet, daß zur Zeit ein jährlicher Kaufkraftschwund von 5% eintritt (vgl. KVZ 14/81, S.11).

Die seit Ende Juni amtierende Regierung Spadolini hat den Kampf gegen die Inflation an die erste Stelle ihres Regierungsprogramms gesetzt und kann soweit auch auf breite Zustimmung unter den lohnabhängigen Massen zählen. Allerdings kommt es auf die Einzelheiten an: Durch einen ,,Anti-Inflations-Pakt" soll 1982 die Inflationsrate zunächst auf 15-16% gesenkt werden. Der Haushalt soll einerseits durch drastische Einsparungen – vor allem in den Bereichen Gesundheit, Sozialfürsorge, kommunale Haushalte –, anderseits durch kräftige Tariferhöhungen (z.B. der Strompreise um 15%) saniert werden. Signalwirkung sollte ein erstes Abkommen mit den Verbänden von Handel und Nahrungsmittelindustrie über einen zweimonatigen Preisstopp für Grundnahrungsmittel haben – wobei allerdings schon bei der Fertigstellung der ,,verbindlichen" Preislisten die Preise von den Handelskapitalisten vorsorglich nach oben korrigiert wurden. Vor allem aber sollen – und hier beginnt der eigentliche ,,Pakt" – Gewerkschafts- und Kapitalistenverbände zum Abschluß eines Abkommens über die Begrenzung der Lohnkosten aufgefordert werden, wobei zur Debatte stehen: Vereinbarungen zur innerbetrieblichen Produktivitätssteigerung, inflationsdämpfende Eingriffe in den Mechanismus der ,,Scala mobile", Selbstverpflichtung zu niedrigen Lohnabschlüssen. Als Gegenleistung bietet die Regierung eine Milderung der Steuerprogression (die jetzt schon voll bei mittleren Arbeitereinkommen wirkt) und die Einrichtung eines Investitionsfonds in Höhe von 20 Mrd. DM, über dessen Verwendung auch die Gewerkschaften zur Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen mitbestimmen können.

Trotz einiger Zugeständnisse an die Gewerkschaften verknüpft dieses Regierungsprogramm die Inflationsdämpfung mit einer Umverteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums zugunsten der Kapitalseite. Es ergänzt die Anstrengungen der Unternehmerverbände, die Wirtschaftskrise und die gewerkschaftliche Schwäche zu nutzen, um alle wichtigen von der italienischen Arbeiterbewegung erkämpften Positionen zu zerschlagen: die Arbeitskosten sollen gesenkt, die ,,Scala mobile" soll revidiert werden, die totale Mobilität der Arbeitskräfte, die unbeschränkte Entlassungsfreiheit, die Regulierung des Streikrechts und die Ausweitung der Überstunden sollen durchgesetzt werden.

Trotzdem hat die Aufforderung der Regierung Spadolini zur Beteiligung am Anti-Inflationspakt die Gewerkschaften tief gespalten. Die gewerkschaftsinterne Polemik erweckt oft den Eindruck, die Hauptursache dieser Gespaltenheit sei auf politisch-parlamentarischer Ebene zu suchen: die KPI bekämpft die Regierung Spadolini, die Sozialisten, Christdemokraten und Republikaner unterstützen sie. Die entscheidende Ursache ist aber das Fehlen einer einheitlichen, wirklich geklärten Gewerkschaftsstrategie, wie der kapitalistischen Krise und den einzelnen vor ihr aufgeworfenen Problemen (Inflation, Massenarbeitslosigkeit usw.) begegnet werden soll.

Vordergründig ist der Hauptstreitpunkt zwischen den Gewerkschaften, ob im Rahmen der Inflationsbekämpfung der Mechanismus der ,,Scala mobile" verändert werden soll. Die kleineren Gewerkschaftsverbände CISL (christdemokratisch) und UIL (sozialistisch-republikanisch) sind dazu im Prinzip bereit: die vierteljährlich fälligen automatischen Inflationsausgleiche sollen entsprechend den programmierten Werten der Inflationsdämpfung gedrosselt werden, mit der eingebauten Sicherung, daß am Jahresende die möglicherweise immer noch vorhandene Differenz zur wirklichen Inflation ausgezahlt wird (u.U vom Staat und nicht von den einzelnen Kapitalisten). Begründung: die Inflationsbekämpfung ist so absolut vorrangig, daß an jedem hierzu möglichen Hebel angesetzt werden muß. Die Kritik der kommunistisch/sozialistischen CGIL: die ,,Scala mobile" ist zwar auch *Faktor* des gesamt-inflationären Prozesses (bis zu einem bestimmten Punkt bewirkt sie, daß Preissteigerungen bei den Konsumgütern auf Preissteigerungen der Ware Arbeitskraft durchschlagen), aber die ist nicht seine *Ursache*. In Italien sind die Lohnkosten immer noch um 32% niedriger als z.B. in der BRD; eine Untersuchung von 1000 italienischen Industrie-Unternehmen ergab, daß dort von 1973 bis 1980 der Lohnkosten-Anteil am Gesamtumsatz von 26,3 auf 17,3% sank.

Aber auch die von den CGIL-Führern in den vergangenen Monaten tausendfach wiederholte Parole ,,Die Scala mobile wird nicht angetastet!" ist keine tragfähige Grundlage für einen einheitlichen Abwehrkampf der Arbeiterbewegung, denn 1. ist sie rein defensiv, d.h. gibt keine positive Antwort auf die Frage, wie die Inflation und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen ist, und 2. verdeckt sie die Tatsache, daß die ,,Scala mobile" auch aus gewerkschaftlicher Sicht reparaturbedürftig ist. Denn seitdem 1975 zum Schutz der unteren Reallöhne durchgesetzt wurde, daß die automatischen Inflationsausgleiche nicht mehr prozentual, sondern für alle Lohngruppen gleich ausgezahlt werden, hat die seitherige Höhe der Inflationsraten eine fast totale Einebnung der tariflichen Lohngruppenunterschiede hervorgebracht, mit eindeutig spalterischer Wirkung auf Arbeiter und Angestellte (vgl. KVZ 14/81, S.11).

Hinter der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung um die ,,Scala mobile" steht das Problem, daß die Beschränkung auf die Verteidigung des Reallohns und der vorhandenen Beschäftigungs-Niveaus in der gegenwärtigen Lage offensichtlich nicht ausreicht, ja nicht einmal den Aufbau einer Defensivposition gewährleistet. Denn dabei entstehen ,,zwei ernste Gefahren: diejenige der tiefen Spaltung zwischen Lohnabhängigen und Arbeitslosen, zwischen Geschützten und Ungeschützten, zwischen Nord und Süd, und zwar in dem Moment, in dem die gewerkschaftliche Initiative gegenüber Regierung und Kapitalisten die größtmögliche Einheit erfordert; und diejenige, eine Gegenoffensive der reaktionärsten Teile des Unternehmertums zu erleichtern" (Trentin, ehem. Generalsekretär der FLM, heute CGIL-Sekretär). Die Erstürmung des Neapolitanischen Gewerkschaftshauses im März durch Hunderte von Arbeitslosen war hierfür ein deutliches Warnzeichen (vgl. KVZ 19, S.6).

Die Rückkehr zur ,,Linie von Eur" (vgl. KVZ 12/81, S.7), d.h. zu dem Konzept einer Steuerung des gesamten Wirtschaftsprozesses seitens der Fabrikräte und Gewerkschaften, die den Kapitalisten und dem Staat durch gewerkschaftliche Massenkämpfe aufzuzwingen ist, ist deshalb die Forderung verschiedener CGIL-Führer wie Lama und Trentin. Sie untersuchen dabei allerdings nicht, weshalb man zu diesem Konzept, das ab Mitte der 70er Jahre entwickelt wurde, überhaupt ,,zurückkehren" muß, d.h. weshalb es sich bisher nicht als Grundlage einer einheitlichen, von den Arbeitermassen getragenen Gewerkschaftspolitik durchsetzen konnte. Tatsache ist jedenfalls, daß die in Tarif- und Unternehmensverträgen erkämpften und festgeschriebenen Informations- und Kontrollrechte von Fabrikräten und Gewerkschaften über die Investitions-und Produktionspolitik der einzelnen Unternehmen immer weniger genutzt werden, immer weniger den Ausgangspunkt für entsprechende Forderungsplattformen und gewerkschaftliche Kämpfe bilden, und zwar je weiter die Krise fortschreitet – obwohl ihre Nutzung gerade bei fortschreitender Krise immer notwendiger wird. Das gewerkschaftliche Konzept, inner- und überbetrieblich die Entwicklung der wirtschaftlichen Produktivität nicht als Angelegenheit des Kapitals, sondern der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften anzugehen und hierzu positive Forderungen zu entwickeln, verstrickt sich in Widersprüche: ein Unternehmensabkommen, das im Juli bei Alfa Romeo über die Einrichtung von Produktionsgruppen mit ,,angereicherter" Arbeit und höherem Produktionsausstoß abgeschlossen wurde und das exemplarisch für die Möglichkeit stehen sollte, die Erhöhung der Produktivität mit qualifizierterer Arbeit und unvermindertem Beschäftigungsstand zu verbinden, scheint jetzt zu scheitern, weil es von der Unternehmensführung zur Abschaffung der Erholungspausen genutzt wird. Für das, was den CGIL-Führern als ,,Linie von Eur" vorschwebt, gibt es gute Gründe, aber bisher nur einige Ansätze, kein vereinheitlichendes Konzept. Ein solcher Ansatz ist es, aber auch nicht mehr, wenn jetzt die CGIL von Neapel beschlossen hat, auch Arbeitslose gewerkschaftlich zu organisieren. Oder wenn der kommunistische Bürgermeister von Turin Arbeiter, die auf Dauer-Kurzarbeit gesetzt wurden, mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen bei normaler Entlohnung zu sozial nützlichen kommunalen Arbeiten heranziehen will.

In die jetzt anstehenden Verhandlungen mit Regierung und Kapitalistenverbänden über einen ,,Anti-Inflationspakt" gehen die italienischen Gewerkschaftsverbände in einer Situation der ,,Schwierigkeiten und der Schwäche", wie Trentin konstatiert. Eine Lage, die nicht ungefährlich ist. Die gewerkschaftsstrategischen Fragen, die dieser Situation zugrunde liegen, müssen geklärt werden – wenn jetzt die Gewerkschaftsführer erklären, man müsse sie endlich wieder von der Mitgliedschaft entscheiden lassen, betrifft das nur die *Methode* der Klärung, ist aber unabdingbar.



Niederlande. Der Betriebsrat von Philips (Werk Stadskanaal) überbringt an das Parlament einen Aufruf, gegen die drohende Vernichtung von 290 Arbeitsplätzen. Tags darauf hatte der Aufsichtsrat von Philips (Hauptverwaltung) in Eindhoven den Betriebsrat vor der Tür stehen lassen. Die Delegation wurde durch einen Streik im betroffenen Werk in Stadskanall (1700 Beschäftigte) unterstützt.

DGB-Jugend Baden-Württemberg:

Annäherung von demokratischer- und Gewerkschaftsbewegung

Keine Auseinandersetzung um ,,Krefelder Appell"

geh. Am 18. und 19.9.81 fand die ordentliche Landesbezirksjugendkonferenz der DGB-Gewerkschaftsjugend Baden-Württemberg statt. Sie faßte eine Reihe nützlicher Beschlüsse. Sie beschloß die finanzielle Unterstützung der Landesschülerkonferenz, die in Baden-Württemberg keinen Rechtsstatus hat und will die Bildung von Schülerkonferenzen auf Orts- bzw. Kreisebene fördern und ihre Anerkennung der Mechanismus der ,,Scala mobile" (,,gleitende Lohnskala") etwa ¾ der Inflationsrate ab, was bedeutet, daß zur Zeit ein jährlicher Kaufkraftschwund von 5% eintritt (vgl. KVZ 14/81, S.11).

Die seit Ende Juni amtierende Regierung Spadolini hat den Kampf gegen die Inflation an die erste Stelle ihres Regierungsprogramms gesetzt und kann soweit auch auf breite Zustimmung unter den lohnabhängigen Massen zählen. Allerdings kommt es auf

ditionen der Arbeiterbewegung zu orientieren habe. Diese widersprechen nicht den Interessen der Jugendbewegung, wie umgekehrt die Interessen der Jugendbewegung nicht den Interessen der Arbeiterbewegung widersprächen.

Im Zentrum der Auseinandersetzung auf der Jugendkonferenz stand der Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, der dem Bundesjugendausschuß untersagte, den Aufruf zur Demon- Produktivitätssteigerung, inflationsdämpfende Eingriffe in den Mechanismus der ,,Scala mobile", Selbstverpflichtung zu niedrigen Lohnabschlüssen. Als Gegenleistung bietet die Regierung eine Milderung der Steuerprogression (die jetzt schon voll bei mittleren Arbeitereinkommen wirkt) und die Einrichtung eines Investitionsfonds in Höhe von 20 Mrd. DM, über dessen Verwendung auch die Gewerkschaften zur Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen mitbestimmen können.



Niederlande. Der Betriebsrat von Philips (Werk Stadskanaal) überbringt an das Parlament einen Aufruf, gegen die drohende Vernichtung von 290 Arbeitsplätzen. Tags darauf hatte der Aufsichtsrat von Philips (Hauptverwaltung) in Eindhoven den Betriebsrat vor der Tür stehen lassen. Die Delegation wurde durch einen Streik im betroffenen Werk in Stadskanall (1700 Beschäftigte) unterstützt.

DGB-Jugend Baden-Württemberg:

Annäherung von demokratischer- und Gewerkschaftsbewegung

Keine Auseinandersetzung um ,,Krefelder Appell"

geh. Am 18. und 19.9.81 fand die ordentliche Landesbezirksjugendkonferenz der DGB-Gewerkschaftsjugend Baden-Württemberg statt. Sie faßte eine Reihe nützlicher Beschlüsse. Sie beschloß die finanzielle Unterstützung der Landesschülerkonferenz, die in Baden-Württemberg keinen Rechtsstatus hat und will die Bildung von Schülerkonferenzen auf Orts- bzw. Kreisebene fördern und ihre Anerkennung durchsetzen. Sie fordert statt ,,Mitwirkung" der SMV, ,,Mitbestimmung der Schüler bei der Gestaltung und dem Inhalt des Unterrichts", einen eigenen Etat für die SMV, das Recht auf ,,Zugang von Gewerkschaftsvertretern auf das Schulgelände", das Recht auf Weitergabe von gewerkschaftlichen Informationen auf dem Schulgelände und das Recht auf Teilnahme von Gewerkschaftsvertretern am Unterricht, die Durchsetzung der Lernmittelfreiheit, das Land und die Betriebe sollen die Unterbringung von Blockschülern gemeinsam tragen und sachgerechte Unterkünfte zur Verfügung stellen, Herabsetzung der Fahrkostenerstattungsgrenze von zwanzig auf drei Kilometer, die Freistellung von Berufsschülern vom Unterricht für gewerkschaftliche Bildungs- und Schulungsveranstaltungen, für Betriebsrats- und Jugendvertretungssitzungen sowie Betriebs- bzw. Betriebsjugendversammlungen. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sollen zurückgenommmen werden.

Im Leitantrag ,,Zur Situation der Gewerkschaftsjugend" wendet sich die Jugendkonferenz dagegen, ,,die Gewerkschaftsjugend durch die Einführung von unverbindlichen Arbeitsprinzipien einer sogenannten ‚offenen Jugendarbeit' zu einer ‚Spielwiese' zu degradieren". In der Debatte wurde mehrheitlich herausgearbeitet, daß die Arbeit der Gewerkschaftsjugend sich an den Interessen, Aufgaben und Traditionen der Arbeiterbewegung zu orientieren habe. Diese widersprechen nicht den Interessen der Jugendbewegung, wie umgekehrt die Interessen der Jugendbewegung nicht den Interessen der Arbeiterbewegung widersprächen.

Im Zentrum der Auseinandersetzung auf der Jugendkonferenz stand der Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, der dem Bundesjugendausschuß untersagte, den Aufruf zur Demonstration am 10.10. in Bonn zu unterschreiben. Dieser Beschluß wurde von der überwiegenden Mehrheit der Delegierten scharf kritisiert und verurteilt. Es wurde herausgearbeitet, daß es notwendig sei, daß der DGB und seine Einzelgewerkschaften um die Führung in der Friedensbewegung kämpfen müsse. Dem widerspreche der Beschluß des Bundesvorstandes. Er isoliere die Gewerkschaftsjugend und die Gewerkschaftsbewegung in der Friedensbewegung. Fast alle Delegierten bekundeten, daß sie mit ihrer Jugendgruppe nach Bonn fahren würden. Ebenfalls scharf kritisiert wurde der Beschluß des Bundesvorstands, der Gewerkschaftsfunktionären untersagt, Appelle und Aufrufe unter Angabe ihrer gewerkschaftlichen Funktion zu unterzeichenen. In Einem Beschluß wurde die Rücknahme dieses Beschlusses gefordert.

Der Konflikt mit dem Hauptvorstand verhinderte eine gründliche Auseinandersetzung mit dem ,,Krefelder Appell" und insbesondere mit dem Weltherrschaftsstreben der Sowjetunion. Diese wurde mit dem Argument abgeblockt, in Westdeutschland ginge es nicht um die Politik der SU, sondern um die Politik der USA und der NATO. Insgesamt gesehen war die Jugendkonferenz aber ein Fortschritt in bezug auf die Stärkung der Bindung von Arbeiterbewegung und demokratischer Bewegung.

Der tapfere Bürgermeister Moll

Der Kampf um's Jugendzentrum in einer Kleinstadt

snm.Offenburg. Zell am Harmersbach: ehemals freie Reichs-, heute Kleinstadt mit ca. 6000 Einwohnern, im mittleren Schwarzwald 25 km von Offenburg gelegen, und damit dem Hintern der Welt bedeutend näher als ihrem Nabel. Seit 1975 gibt es hier ein selbstverwaltetes Jugendzentrum: „Jugendzentrum Notausgang e.V.“ 1969 von zwei CDU-Lehrern initiiert und schnell groß geworden, war der JUZE-Initiative zunächst vor allem klar, was sie nicht sein wollte: Konkurrenz zu solchen Einrichtungen wie der heute einzigen Disco im eingemeindeten Oberharmersbach, wo der Bärenwirt durch seinen Disc-Jockey und Rausschmeißer – in Zivil Elektriker – den Jugendlichen 2,50 DM pro Becher Cola abknöpft und dabei noch über soviel Autorität verfügt, ein zerbrochenes Glas mit unbefristetem Lokalverbot zu ahnden. Abends um sieben, nach Abfahrt des letzten Postbusses, ist die Welt für viele nicht in Ordnung, sondern gestorben – es sei denn, man ist motorisiert oder nimmt das – für Mädchen seit dem Anhalterinnenmord im Frühjahr ersichtlich lebensgefährliche – Risiko des Trampens auf sich.

Eine Alternative am Ort sollte geschaffen werden; und die meisten Jugendlichen empfanden die JUZE-Initiative als hoffnungsvolle Möglichkeit, am täglichen und aufgepfropften Einerlei von Schule, Betrieb und Kirche zu rütteln, als Anfang der 70er Jahre in Zusammenarbeit mit der Zeller Lehrlingsgruppe das Berichtsheft eines Stiftes der Maschinenfabrik Junker veröffentlicht wurde: 3 Jahre lang hatte jener genau verbucht, was er an Dreckarbeiten zu verrichten hatte; 3 Jahre hatte der Meister nicht ganz so genau geguckt, was er unterschrieb. Und nicht nur er hielt „im Städtle“ die Veröffentlichung für offene Rebellion.

Die Junge Union, damals frisch gegründet, entschied sich nach vorsichtigem Schnuppern gegen die Mitarbeit in der wohl „zu linkslastigen Gruppierung“ zugunsten ihrer alljährlichen Superdiscoparty.

Auch ohne die Hilfe der christdemokratischen Jungmannen konnte der JUZE-Verein 1975 einen Mietvertrag mit der Stadt durchsetzen, in dem die weitgehend unkontrollierte Nutzung des alten Schulkellers zugestanden wurde. Allerdings: Was vorher nur Andeutung, wurde jetzt Wirklichkeit: Fast jeder Schritt in der Jugendzentrumstätigkeit stieß auf Widerstand, mußte gegen eine schwarzbiedere Ämter- und Gemeinderatsallianz durchgekämpft werden. Im Gegensatz zu anderen Ortenauer Jugendhäusern – die

schaffen werden; und die meisten Jugendlichen empfanden die JUZE-Initiative als hoffnungsvolle Möglichkeit, am täglichen und aufgepfropften Einerlei von Schule, Betrieb und Kirche zu rütteln, als Anfang der 70er Jahre in Zusammenarbeit mit der Zeller Lehrlingsgruppe das Berichtsheft eines Stiftes der Maschinenfabrik Junker veröffentlicht wurde: 3 Jahre lang hatte jener genau verbucht, was er an Dreckarbeiten zu verrichten hatte; 3 Jahre hatte der Meister nicht ganz so genau geguckt, was er unterschrieb. Und nicht nur er hielt „im Städtle“ die Veröffentlichung für offene Rebellion.

Die Junge Union, damals frisch gegründet, entschied sich nach vorsichtigem Schnuppern gegen die Mitarbeit in der wohl „zu linkslastigen Gruppierung“ zugunsten ihrer alljährlichen Superdiscoparty.

Auch ohne die Hilfe der christdemokratischen Jungmannen konnte der JUZE-Verein 1975 einen Mietvertrag mit der Stadt durchsetzen, in dem die weitgehend unkontrollierte Nutzung des alten Schulkellers zugestanden wurde. Allerdings: Was vorher nur Andeutung, wurde jetzt Wirklichkeit: Fast jeder Schritt in der Jugendzentrumstätigkeit stieß auf Widerstand, mußte gegen eine schwarzbiedere Ämter- und Gemeinderatsallianz durchgekämpft werden. Im Gegensatz zu anderen Ortenauer Jugendhäusern – die

meisten unter städtischer Aufsicht – kam von der Stadt kaum ein Batzen Geld. Aus den Einnahmen von Musikveranstaltungen mit bis zu 700 Besuchern konnte der Jugendzentrumsverein ca. 12000 DM aufbringen und in die Renovierung stecken, die selbst durchgeführt wurde: So z.B. die gesamten Elektroinstallationen. Die Stadt und der Kreis haben je 7000 DM sowie einige Baumaterialien gestellt. Die Gemeinde übernimmt die laufenden Müll-, Strom- und Heizungskosten. Klar, daß kostenträchtigere Veranstaltungen kaum organisiert werden können. Von „bevorzugter Förderung durch die Stadt“ also in Puncto Finanzen keine Rede – und der sonstige Ämterkontakt gleicht einem Hindernislauf: Zwecks Steuerbefreiung wurde ans Finanzamt Wolfach der Antrag auf Anerkennung des Vereins als „gemeinnützig“ gestellt. „Da könnte ja jeder kommen“ – dies der erste Kommentar, dem eine peinlichst-genaue Prüfung aller Programme, Kassenabrechnungen, der Satzung etc. folgten, bis die Genehmigung durch war. Der Kreisjugendwohlfahrtsausschuß – von Gesetzes wegen ermächtigt, das Prädikat „förderungswürdige Jugendarbeitsgemeinschaft“ zu verleihen – hielt 1979 von sechs vorgeschriebenen Sitzungen keine ab, so daß der Landrat einen Tag vor Ablauf des Geschäftsjahres per Eilentscheidung dem Antrag des Jugendzentrumsverein stattgab. Nur dadurch war es möglich, noch rechtzeitig Gelder aus dem Landesjugendplan verlangen zu können.

Sich über Jahre hinweg mit der kleinlichen Behandlung durch den Verwaltungsapparat auseinandersetzen zu müssen, ist bei aller provinzellen Lächerlichkeiten einzelner Maßnahmen eine Anstrengung, die viel von der Energie kostet, die die JUZE-Leute lieber in ihre Arbeit stecken würden. Und nicht immer haben sie – nach eigenem Eingeständnis – richtig reagiert: so z.B. als die Stadt vor einem Jahr die Raucherei auch der unter 16jährigen zum Anlaß nahm, auf den Vereinsvorstand Druck auszuüben von wegen Jugendgefährdung etc. Als dieser Druck – in der berechtigten Angst vor der wieder einmal angedrohten Schließung – weitergegeben wurde, blieben viele der Jugendlichen weg. Geraucht wird halt woanders und die Stadt konnte einen guten Ansatz bei der Gewinnung auch jüngerer Leute verhindern.

Schwierigkeiten gibts meist bei größeren Veranstaltungen: die JU kriegt für ihre Superdisco ohne viel Aufhebens die kircheneigene Klosterturnhalle, die Katholische Junge Gemeinde das Pfarrheim. Nicht so das JUZE: Über seine Anträge auf Nutzung einer öffentlichen Halle befindet der Gemeinderat – und im Fall einer Rockveranstaltung mit Checkpoint Charlie im Advent 1979 ablehnend: Andacht und Buße schienen in Gefahr, Schlägereien und Suff bedrohten die vorweihnachtliche Einkehr. Als das JUZE vom Gemeinderat die Übernahme der Konventionalstrafen aus den bereits abgeschlossenen Verträgen forderte, kam die Erlaubnis mit 11:10 zustande. Wenn hier der Schutz christlicher Werte nochmal hinter das finanzielle Kalkül zurücktrat, reagierte die CDU-Stadt- und Pfarrgemeinderätin Lehmann umso entschiedener, als auf ei-

Eingeständnis – richtig reagiert: so z.B. als die Stadt vor einem Jahr die Raucherei auch der unter 16jährigen zum Anlaß nahm, auf den Vereinsvorstand Druck auszuüben von wegen Jugendgefährdung etc. Als dieser Druck – in der berechtigten Angst vor der wieder einmal angedrohten Schließung – weitergegeben wurde, blieben viele der Jugendlichen weg. Geraucht wird halt woanders und die Stadt konnte einen guten Ansatz bei der Gewinnung auch jüngerer Leute verhindern.

Schwierigkeiten gibts meist bei größeren Veranstaltungen: die JU kriegt für ihre Superdisco ohne viel Aufhebens die kircheneigene Klosterturnhalle, die Katholische Junge Gemeinde das Pfarrheim. Nicht so das JUZE: Über seine Anträge auf Nutzung einer öffentlichen Halle befindet der Gemeinderat – und im Fall einer Rockveranstaltung mit Checkpoint Charlie im Advent 1979 ablehnend: Andacht und Buße schienen in Gefahr, Schlägereien und Suff bedrohten die vorweihnachtliche Einkehr. Als das JUZE vom Gemeinderat die Übernahme der Konventionalstrafen aus den bereits abgeschlossenen Verträgen forderte, kam die Erlaubnis mit 11:10 zustande. Wenn hier der Schutz christlicher Werte nochmal hinter das finanzielle Kalkül zurücktrat, reagierte die CDU-Stadt- und Pfarrgemeinderätin Lehmann umso entschiedener, als auf ei-

ner Jugendzentrumsvollversammlung ein Mitglied der Katholischen Jungen Gemeinde in den Vorstand gewählt wurde. Ob die Mitgliedschaft in der KJG nicht eine Mitarbeit beim „Notausgang“ ausschließe, so ihre panische Frage an den eiligst zusammengetrommelten Pfarrgemeinderat. Dieser Angriff ist beispielhaft für die vielfältigen Spaltungsversuche mit stets demselben Tenor: Der „Notausgang“ erfasse nur den geringsten Teil der Jugend; Hand-, Fußball- und Musikverein befriedigen mit ihrer Jugendarbeit die Bedürfnisse vollauf. Eine vom Jugendzentrum unter seinen Besuchern durchgeführte Umfrage zeigte allerdings: ¾ der Besucher sind Mitglieder in anderen Vereinen. Anwesend sind unter der Woche ca. 30 und an Wochenenden und bei Veranstaltungen bis zu 100 (bei Rockfestivals natürlich mehr). Mit Körperertüchtigung und Trompetenblasen sind scheint's doch nicht alle Interessen abgedeckt.

Alle diese unter dem Zeichen des Kreuzes vorgetragenen und auf Paragrafen gerittenen Attacken gegen den „Notausgang“ wurden bürgermeisterlicherseits auf den Nenner gebracht: unausgewogenes Programm; Kommunisten am Werk; sittenloses, voreheliches Rumgeschmuse.

Demgegenüber ist das Film- und Veranstaltungsprogramm erstens vielseitig und zweitens so aufgebaut, daß zu jedem Problem gegensätzliche Aspekte gezeigt werden: Einer Veranstaltung mit der Deutschen Friedensgesellschaft folgte ein Bundeswehrvortrag; ein Verfassungsschützer vertrat seinen freiheitssichernden Verfassungsauftrag; Staatssekretär Ruder nutzte die angebotene Chance und ließ die Hochsicherheitstrakte hoch leben; als Gegengewicht dazu sprachen im Winter 80/81 der Rechtsanwalt von Irmgard Möller und die „antiimperialistische Hilfe“ Karlsruhe zur Lage der politischen Gefangenen in der BRD. Daß die Zuhörer ohne Begeisterung für Offiziere, Verfassungsschnüffler und Staatssicherheitssekretäre von dannen zogen, liegt an deren wenig begeisternden Auffassungen, nicht an „kommunistischer Manipulation durch das JUZE“.

Die Veranstaltung zur Lage der politischen Gefangenen und ein zuvor verbreitetes allgemeines Programm-Flugblatt strapazierte die politische Geduld der Zeller Stadtverwaltung dermaßen, daß Bürgermeister Moll Ende Januar 1981, nach einer Inspektion, die von ihm nebst zwei wackeren Stadträten bezeugte „Unordnung“ zum Anlaß nahm, das JUZE sofort zu schließen und den Mietvertrag fristlos zu kündigen. Diese widerrechtliche Kündigung wurde unter dem Druck einer spontanen Demonstration mit fast 200 Jugendlichen und empörten Leserbriefen in der Heimatpresse umgewandelt in eine fristgerechte und die Schließung bis zum Ablauf des Mietvertrages (15.9.81) zurückgenommen. Gleichwohl ging der Jugendzentrumsverein vor Gericht. Jetzt liegt ein richterliches Vergleichsangebot vor, das vom JUZE wahrscheinlich angenommen wird, da es die Selbstverwaltung nicht antastet.

Der Gemeinderat hat auf seiner Sitzung am 14.9. beschlossen, einen Antrag auf Verlängerung der Bedenkzeit ans Gericht zu stellen.

Ein Gütevorschlag der SPD – ⅔ der Veranstaltungsvorschläge sollten künftig vom JUZE, ⅓ von der Stadt kommen – wird von einem JUZE-Vorstandsmitglied so kommentiert: „Auf allwöchentlichen Jugendzentrumssitzungen kann jeder Anwesende seine Vorschläge machen und ist stimmberechtigt. Das ist direkteste Demokratie, und das hat sich bewährt.“

Ab Ende Oktober kann eine vom „Jugendzentrum Notausgang e.V.“ erstellte Dokumentation über die Auseinandersetzung um das Jugendzentrum bei folgender Adresse bezogen werden:
Willi Kälble, Fußbach 7, 7614 Gengenbach

Fragmente eines Konflikts in Zell

Auch auf den Fastnachtsabenden kam man auf das JZ zu sprechen:

„Gegendarstellung: Die Brauerei Jehle, Biberach, stellt fest: Es ist unrichtig, daß die Brauerei Jehle durch die Schließung des Jugendzentrums Zell in eine Absatzkrise geraten ist. Richtig ist vielmehr, daß der Umsatzrückgang bereits durch die auf die Schließung folgende Siegesfeier einiger Stadträte aufgefangen werden konnte.“ (OT, 27.2.)

***

Am 24. April, nachdem Bürgermeister Moll die Klage erhalten hatte, schrieb er folgendes ans JZ:

„Bei allen schizophrenen Verhaltensweisen, die ich bisher von Ihrem Verein schon gewohnt war, hat mich dies doch sehr überrascht. Bin ich doch davon ausgegangen, daß das Jugendzentrum wenigstens einmal eine von der Stadt angebotene Chance nutzen würde, die zweifellos darin lag, während der laufenden Kündigungsfrist bis zum 15. September 1981 eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und eine neue Basis für einen vernünftigen Weiterbetrieb des Jugendzentrums zu schaffen.

Was meine persönliche Beurteilung anbetrifft, so hat das Jugendzentrum nun die letzte Türe für eine vernünftige Weiterarbeit zugeschlagen. Ich ziehe daraus für meine Person den Schluß, der sich mir schon bisher immer aufge-

kam man auf das JZ zu sprechen:

„Gegendarstellung: Die Brauerei Jehle, Biberach, stellt fest: Es ist unrichtig, daß die Brauerei Jehle durch die Schließung des Jugendzentrums Zell in eine Absatzkrise geraten ist. Richtig ist vielmehr, daß der Umsatzrückgang bereits durch die auf die Schließung folgende Siegesfeier einiger Stadträte aufgefangen werden konnte.“ (OT, 27.2.)

***

Am 24. April, nachdem Bürgermeister Moll die Klage erhalten hatte, schrieb er folgendes ans JZ:

„Bei allen schizophrenen Verhaltensweisen, die ich bisher von Ihrem Verein schon gewohnt war, hat mich dies doch sehr überrascht. Bin ich doch davon ausgegangen, daß das Jugendzentrum wenigstens einmal eine von der Stadt angebotene Chance nutzen würde, die zweifellos darin lag, während der laufenden Kündigungsfrist bis zum 15. September 1981 eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und eine neue Basis für einen vernünftigen Weiterbetrieb des Jugendzentrums zu schaffen.

Was meine persönliche Beurteilung anbetrifft, so hat das Jugendzentrum nun die letzte Türe für eine vernünftige Weiterarbeit zugeschlagen. Ich ziehe daraus für meine Person den Schluß, der sich mir schon bisher immer aufge-

drängt hat. Daß nämlich im Zeller Jugendzentrum genau wie bei den meisten anderen derartigen ‚Bewegungen' in der Regel jene die Oberhand behalten, denen es nicht um Jugendarbeit, Hineinwachsen in die Gesellschaft, Erziehung für die Demokratie geht, sondern hauptsächlich um Konfrontation. Ich bedauere deshalb, Ihnen mitteilen zu müssen, daß ich unter diesen Umständen keinen Hintergrund für das angestrebte Gespräch vom 13. Mai 1981 sehe ...“

***

Bürgermeister Molls Rede anläßlich des 200jährigen Bestehens der Stadtkapelle, 29. Mai 1981:

„Hier ist, glaube ich, in dieser Kapelle der Beweis augenfällig, daß Jugendarbeit, sinnvolle Freizeitgestaltung, hineinpassen in die Gesellschaft, Kontaktaufnahme mit der älteren Generation, nicht in erster Linie oder ich möchte eigentlich sagen, überhaupt nicht, in irgendwelchen autonomen, selbstverwalteten, sprich nichtverwalteten Jugendhäusern stattfindet, in denen jeder gleichzeitig sein eigener Lehrling und sein Meister ist, sondern daß sich Jugendarbeit zuallererst in unseren traditionellen Vereinen vollzieht ...“

***

Bürgermeister Moll an den Kreisrat Becker im Ortenaukreis, nachdem dieser Moll aufgefordert hatte, keinen Bruch mit dem JZ zu riskieren (3.8.81):

„... Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß der Jugend Möglichkeiten zur sinnvollen Freizeitgestaltung geboten werden müssen. Sofern dies in Jugendfreizeitstätten stattfindet, kommen diese nach unseren Erfahrungen ohne eine

diesen Umständen keinen Hintergrund für das angestrebte Gespräch vom 13. Mai 1981 sehe ...“

***

Bürgermeister Molls Rede anläßlich des 200jährigen Bestehens der Stadtkapelle, 29. Mai 1981:

„Hier ist, glaube ich, in dieser Kapelle der Beweis augenfällig, daß Jugendarbeit, sinnvolle Freizeitgestaltung, hineinpassen in die Gesellschaft, Kontaktaufnahme mit der älteren Generation, nicht in erster Linie oder ich möchte eigentlich sagen, überhaupt nicht, in irgendwelchen autonomen, selbstverwalteten, sprich nichtverwalteten Jugendhäusern stattfindet, in denen jeder gleichzeitig sein eigener Lehrling und sein Meister ist, sondern daß sich Jugendarbeit zuallererst in unseren traditionellen Vereinen vollzieht ...“

***

Bürgermeister Moll an den Kreisrat Becker im Ortenaukreis, nachdem dieser Moll aufgefordert hatte, keinen Bruch mit dem JZ zu riskieren (3.8.81):

„... Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß der Jugend Möglichkeiten zur sinnvollen Freizeitgestaltung geboten werden müssen. Sofern dies in Jugendfreizeitstätten stattfindet, kommen diese nach unseren Erfahrungen ohne eine

gewisse Führung nicht aus. Selbstverwaltung kann hierzu durchaus geeignetes Instrument sein, solange die Betonung auf Verwaltung liegt. Wenn jedoch Selbstverwaltung zur neuen Religion wird und praktisch einer Nichtverwaltung gleichkommt, können wir ein solches Jugendzentrum bei uns nicht mehr akzeptieren ... Ein vertraglich geregeltes Mietverhältnis, das derart reich an Zugeständnissen ist, wie dies bisher gegenüber dem Jugendzentrum der Fall war, werden wir nicht mehr eingehen.“

***

Aus der Stellungnahme der Stadt auf die Klage des JZ gegen die Kündigung:

„4. Es muß auch beanstandet werden, daß noch heute an der Tür zu der Diskothek in den von der Klägerin genutzten Räumen der Satz steht:
‚Der proletarische Klassenkampf braucht auch Dich!'
Die Klägerin hat es nicht für notwendig gehalten, bis zum heutigen Tag diesen Satz zu beseitigen. Dieser Satz fordert zum Klassenkampf, zum Bürgerkrieg wie zur Weltrevolution auf ... Wenn die Klägerin oder ihr Vorstand diesen Satz über Monate oder Jahre hinweg dort stehen läßt, so spricht einiges dafür, daß sie sich mit einem solchen Satz identifiziert. Damit verstößt sie aber gegen die eigenen Zwecke des Vereins, wie sie in ... der Satzung niedergelegt sind. Sie bekennt sich damit nicht mehr zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Landes Baden-Württemberg.“

Dazu aus der Zeitung „Treibsand“ die folgende Information:

„Mittlerweile haben wir den Satz an

derart reich an Zugeständnissen ist, wie dies bisher gegenüber dem Jugendzentrum der Fall war, werden wir nicht mehr eingehen.“

***

Aus der Stellungnahme der Stadt auf die Klage des JZ gegen die Kündigung:

„4. Es muß auch beanstandet werden, daß noch heute an der Tür zu der Diskothek in den von der Klägerin genutzten Räumen der Satz steht:
‚Der proletarische Klassenkampf braucht auch Dich!'
Die Klägerin hat es nicht für notwendig gehalten, bis zum heutigen Tag diesen Satz zu beseitigen. Dieser Satz fordert zum Klassenkampf, zum Bürgerkrieg wie zur Weltrevolution auf ... Wenn die Klägerin oder ihr Vorstand diesen Satz über Monate oder Jahre hinweg dort stehen läßt, so spricht einiges dafür, daß sie sich mit einem solchen Satz identifiziert. Damit verstößt sie aber gegen die eigenen Zwecke des Vereins, wie sie in ... der Satzung niedergelegt sind. Sie bekennt sich damit nicht mehr zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Landes Baden-Württemberg.“

Dazu aus der Zeitung „Treibsand“ die folgende Information:

„Mittlerweile haben wir den Satz an

der Tür überpinselt und jetzt steht dort: *‚An dieser Stelle schlug in heldenhaft, tapferem Einsatz im Jahre 1981 Bürgermeister Moll zu Zell die Weltrevolution nieder ... igittigitt ...'* “

Ein interessanter „Verband“ ...

acm. Hätte jemand gedacht, daß es im Saarland einen „Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung“ gibt? Und daß dieser Verband eine ganze Masse von Jugendzentren mit seiner Monatszeitung unterstützt? Aus den „Nachrichten“ erfährt man nicht nur einiges über die Auseinandersetzungen um JZ's in den kleineren und kleinsten Städten und Dörfern des Saarlandes, sondern es handelt sich um ein richtiges Debattenorgan über die Erfahrungen mit der Arbeit in den JZ's. Da werden Mitgliederversammlungen auf Landesebene vorbereitet, um den Erfahrungsaustausch voranzutreiben. Da werden Materialien für die Arbeit in den JZ's zusammengestellt. Und darüber hinaus werden Ferienfahrten und Studienfahrten organisiert. Da gibt es dann Berichte – z.B. aus der DDR, wo die gesammelten Erfahrungen den SDAJlern aufgebürdet wurden (schweres Päckchen). Da wird über den Gang und die Auseinandersetzung in der Friedensbewegung berichtet und gestritten. Im jüngsten Heft (Nr. 38) bekam das Saarbrücker Komitee „Solidarität mit Solidarność“ eine Seite zur Verfügung und es wird zur Spendensammlung aufgerufen. Insgesamt ein lebendiges Forum der Jugendzentrumsbewegung im Saarland. Bekommen kann man die Zeitung bei folgender Adresse:

Monatszeitung des VSJS, Feldmannstraße 92, 6600 Saarbrücken.

Und noch ein Hinweis: Das 10. Bundestreffen der Jugendzentren findet vom 27.–29. November in Roßdorf bei Darmstadt statt.

Selbsthilfematerialien für Jugendzentren







Die Regionalzusammenschlüsse der selbstverwalteten Jugendzentren haben sich bemüht 10 Jahre Erfahrung der Jugendzentrumsbewegung zusammenzutragen. Zu einzelnen Themen haben sie dabei Broschüren erstellt. Vorliegen tun jetzt die drei abgebildeten Broschüren: Die „Liste der Literatur von und für Jugendzentren“ beinhaltet 100 Dokumentationen mit Inhaltsangabe und Bezugsadresse. In dem Heft „Rechtliches für Jugendzentren“ wird auf über 100 Seiten alles wesentliche zusammengestellt – sagen die Herausgeber. Alle Broschüren kosten 3,50 DM + 0,50 DM Porto. Erhältlich sind sie bei der AG SPAK, Reifenstuelstr. 8, 8000 München 5 gegen Vorüberweisung auf PschA München, Kto.-Nr. 20547-808.

Öffentlich-rechtlich, kommerziell oder frei?

Zur Diskussion um die Zukunft von Rundfunk und Fernsehen

sio. „Ich bin gegen das heutige Überangebot an gesellschaftpolitischem Quark, weil den immer weniger Bürger essen wollen. Mir mißfällt übrigens auch, daß im heutigen Fernsehen ständig Pessimismus verbreitet wird. Unsere Welt ist auch schön.“ Dies ist nur eine Kostprobe der Sprüche, mit denen Ernst Albrecht, Ministerpräsident von Niedersachsen und Vorreiter der CDU/CSU in Sachen kommerzieller Privatfunk, 1979 im Laufe der Auseinandersetzung um die Zerschlagung des Norddeutschen Rundfunks (NDR) als Drei-Länder-Anstalt von sich gegeben hat. Ein ganz neues Rundfunk- und Fernsehsystem brauchen wir, das öffentlich-rechtliche Monopol muß abgeschafft werden, auch bei den elektronischen Medien muß die freie Konkurrenz eingeführt werden, genau wie in anderen Branchen der Wirtschaft auch – so tönt es seit Jahren insbesondere aus der rechten Ecke der medienpolitischen Diskussion, aus der Ecke der Zeitungsverleger und aus der Ecke der Elektroindustrie.

Äußerlich hat sich (noch) fast nichts verändert. Nach wie vor gibt es ausschließlich öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten, gibt es keine eigenen Kabelfernsehprogramme, gibt es kein Satellitenfernsehen. Videotext und Bildschirmtext erst in der Erprobungsphase. Und doch hat sich die Landschaft verändert. Es wird politisch vorgebaut, um mit Hilfe der neuen Technik das Monopol des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufzubrechen. Die Rundfunkanstalten und ihre Mitarbeiter werden seit Jahren zahllosen Angriffen („Rotfunk“) ausgesetzt, vor allem von der CDU/CSU und ihrem Anhang. Reporter und Journalisten, die noch keine „Schere im Kopf“ haben, werden für unhaltbar erklärt und politisch diszipliniert. Auf der anderen Seite versuchen, eher mühsam als überzeugt, SPD, FDP, Kirchen und Gewerkschaften das öffentliche Monopol am Rundfunk zu verteidigen.

Die Vorgeschichte

Ein Blick zurück in der Geschichte des Rundfunks zeigt, daß die aktuellen Rundfunk-Auseinandersetzungen bereits in den 20er Jahren begonnen haben. Rundfunk in Deutschland war immer mit der Diskussion um seine Aufgaben verbunden: Was darf der Rundfunk, was darf er nicht, wer soll ihn benutzen? Die Bemühungen, die Freiheit einzuschränken, waren zahlreich, bis schließlich 1933 aus dem halbstaatlichen Rundfunk ziemlich bruchlos die Propagandamaschine des Nationalsozialimus wurde. 1945, als alles zusammenbrach, gab es auch im Rundfunk nicht wirklich eine Stunde Null. Die Siegermächte setzten ihre Vorstellungen von Rundfunk in Deutschland durch, jeweils nach Zonen gegliedert. Von der Form her wurde der Rundfunk „öffentlich-rechtlich“ organisiert. Doch schon bald

werden für unhaltbar erklärt und politisch diszipliniert. Auf der anderen Seite versuchen, eher mühsam als überzeugt, SPD, FDP, Kirchen und Gewerkschaften das öffentliche Monopol am Rundfunk zu verteidigen.

Die Vorgeschichte

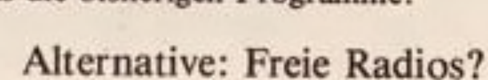
Ein Blick zurück in der Geschichte des Rundfunks zeigt, daß die aktuellen Rundfunk-Auseinandersetzungen bereits in den 20er Jahren begonnen haben. Rundfunk in Deutschland war immer mit der Diskussion um seine Aufgaben verbunden: Was darf der Rundfunk, was darf er nicht, wer soll ihn benutzen? Die Bemühungen, die Freiheit einzuschränken, waren zahlreich, bis schließlich 1933 aus dem halbstaatlichen Rundfunk ziemlich bruchlos die Propagandamaschine des Nationalsozialimus wurde. 1945, als alles zusammenbrach, gab es auch im Rundfunk nicht wirklich eine Stunde Null. Die Siegermächte setzten ihre Vorstellungen von Rundfunk in Deutschland durch, jeweils nach Zonen gegliedert. Von der Form her wurde der Rundfunk „öffentlich-rechtlich“ organisiert. Doch schon bald
zeigte sich, daß Parteien, Regierungen und Parlamente versuchten, ihren Einfluß geltend zu machen und die Sender zu ihrer parteipolitischen Spielwiese zu machen, obwohl die öffentlich-rechtliche Organisationsform neben der Verhinderung von Markt- und Kapitaleinflüssen gerade dies verhindern sollte. Und zwar in der Weise, daß die gesellschaftlich relevanten Bevölkerungsgruppen, vertreten durch verschiedene Aufsichtsgremien in den Rundfunkanstalten selbst, eine Kontrolle über den Rundfunk (in Programm-, Finanz- und Personalfragen) ausüben sollten.

Als größtes Kontrollorgan soll der Rundfunkrat die Interessen der Allgemeinheit vertreten, die Einhaltung der Programmgrundsätze überwachen und soll den Intendanten bei der Gestaltung des Programms beraten. Zwei Modelle bei der Besetzung dieses Gremiums kamen dabei zum Tragen: einmal der sogannte parlamentarische Weg (z.B. bei WDR und NDR), wo die Mitglieder des Rundfunkrates direkt vom Landtag gewählt werden, und das ständische Modell (z.B. im Bayerischen Rundfunk), wo Vertreter sogenannter gesellschaftlich relevanter Gruppen (Kirchen, Gewerkschaften, Jugend, Sport, Vertriebene, Bauern, Künstler etc.) entsandt werden. Die



Vertretung nicht-organisierter Interessen (z.B. Umweltschutzbewegung, ausländische Arbeiter, Rentner) ist de facto ausgeschlossen. Rechtlich fixiert ist dies alles in den Landesrundfunkgesetzen, da Rundfunk und Fernsehen in der BRD der Länderhoheit unterliegen. Jede Änderung in der Organisationsform muß deshalb auch von den Länderparlamenten beschlossen werden.

In den 50er Jahren schon versuchte die Regierung Adenauer, die immer wieder Kritik am NWDR (Nordwestdeutscher Rundfunk) führte („sozialistisch“), ein *Bundesrundfunkgesetz* durchzusetzen, das jedoch im Bundestag scheiterte.





Vertretung nicht-organisierter Interessen (z.B. Umweltschutzbewegung, ausländische Arbeiter, Rentner) ist de facto ausgeschlossen. Rechtlich fixiert ist dies alles in den Landesrundfunkgesetzen, da Rundfunk und Fernsehen in der BRD der Länderhoheit unterliegen. Jede Änderung in der Organisationsform muß deshalb auch von den Länderparlamenten beschlossen werden.

In den 50er Jahren schon versuchte die Regierung Adenauer, die immer wieder Kritik am NWDR (Nordwestdeutscher Rundfunk) führte („sozialistisch“), ein Bundesrundfunkgesetz durchzusetzen, das jedoch im Bundestag scheiterte.

Adenauers Plan, Anfang der 60er Jahre mit der kommerziellen Deutschlandfernseh-GmbH auf den Markt zu treten, wurde vom Bundesverfassungsgericht, das von den Ländern angerufen worden war, als verfassungswidrig abgewiesen. Dieses berühmt gewordene „Fernsehurteil“ von 1961 setzte von nun an den verfassungsrechtlichen Rahmen für das Rundfunk-Machen in der BDR.

Von der äußeren Form her sollten Rundfunk und Fernsehen vor allem wegen des hohen Finanzaufwandes und der Frequenzknappheit die besondere Organisationsform von Anstalten des Öffentlichen Rechts bekommen, in der „alle gesellschaftlich relevanten Kräfte zu Wort kommen und die Freiheit der Berichterstattung unangetastet bleibt“. „Art. 5 GG“ – so im Urteil – „verlangt jedenfalls, daß dieses moderne Instrument der Meinungsbildung weder dem Staat noch einer gesellschaftlichen Gruppe ausgeliefert wird. Die Veranstalter von Rundfunkdarbietungen müssen also so organisiert sein, daß alle in Betracht kommenden Kräfte in ihren Organen Einfluß haben und im Gesamtprogramm zu Wort kommen können und daß für den Inhalt des Gesamtprogramms Leitgrundsätze verbindlich sind, die ein Mindestmaß an inhaltlicher Ausgewogenheit, Sachlichkeit und gegenseitiger Achtung gewährleisten.“

Wirtschaftliche Interessen, Rundfunkanstalten und die Parteien

„Privatfunk“, „Kommerzfunk“ – was heißt das? Das heißt zunächst ganz einfach, daß auch Privatunternehmer Zugang zum Rundfunk haben wollen, und das in eigener Verantwortung, denn als Programmproduzenten und -lieferanten für die Anstalten sind Privatunternehmer ja schon heute eifrig tätig (Werbespots, Filme, Serien, Platten, Shows), aber eben noch ein biß-

an inhaltlicher Ausgewogenheit, Sachlichkeit und gegenseitiger Achtung gewährleisten.“

Wirtschaftliche Interessen, Rundfunkanstalten und die Parteien

„Privatfunk“, „Kommerzfunk“ – was heißt das? Das heißt zunächst ganz einfach, daß auch Privatunternehmer Zugang zum Rundfunk haben wollen, und das in eigener Verantwortung, denn als Programmproduzenten und -lieferanten für die Anstalten sind Privatunternehmer ja schon heute eifrig tätig (Werbespots, Filme, Serien, Platten, Shows), aber eben noch ein biß-
chen kontrolliert durch die Gremien. Nun ist es mit dem Zugang alleine nicht getan, sondern es kommt darauf an, Programme zu produzieren. Dafür braucht man aber Geld (Durchschnittskosten für eine Sendeminute in der ARD im Jahre 1979: 3472 DM). Da dies beim privaten Rundfunk jedoch nicht über Gebühren eingenommen wird, gilt es, das Programm durch Werbung zu finanzieren, mit allen Folgen für das Programm und seine Inhalte. Der Zuschauer als Zielgruppe für die Werbebotschaften der Wirtschaft und, wie dies u.a. der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz in seiner Kampagne gegen das Kabelfernsehen sieht, „eine strukturelle Entpolitisierung und Massenverdummung wäre die Folge, billige Primitivserien nach Dallas-Art für sexuell Verklemmte und Möchte-Gern-Cowboys die Regel“.

Das Argument des Frequenzmangels und der hohen Kosten für Rundfunk-Machen, das das Bundesverfassungsgericht 1961 als ausschlaggebend für die öffentlich-rechtliche Organisationsform gewertet hat, sehen die Verfechter des Privatfunks durch die neuen technischen Möglichkeiten als nicht mehr gegeben an. Durch Kabel- (Breitbandkommunikation) und Satellitenübertragung werden Unmengen von Kanälen frei und die Kosten für die Übertragung senken sich deutlich.

Verschiedene Wirtschaftszweige haben besondere Interessen an dem freien Zugang zu den elektronischen Medien, mit teilweise recht unterschiedlichen Intentionen. Da sind zum einen die *Zeitungs- und Zeitschriftenverleger*, die schon seit Jahren Zugriff zum Rundfunk fordern, begründet mit der besonderen Nähe der Presse zum Rundfunk. In Wirklichkeit spitzen sie auf die Fernsehwerbung und auf die hier schlummernden Gewinne. Nicht minder aktiv ist die elektrotechnische Industrie, die angesichts der fast vollständigen Sättigung des Marktes mit Telefon, Farbfernseher, Radiogeräten, Casettenrecorder u.ä. ständig auf der Suche nach neuen Märkten ist (Video, Stereo-TV). Nicht zu vergessen in der Phalanx der Befürworter von Kommerzfunk ist die *werbetreibende Wirtschaft*, die noch nie einverstanden war mit den gesetzlichen Beschränkungen für Werbefernsehen in der BRD.

Zurückkommend auf die Frage, wer in Zukunft Rundfunk machen soll, sollte das gesellschaftliche Monopol gebrochen werden, kann man mit Sicherheit eines sagen: Weder durch den Zugang der Verleger noch der Elektroindustrie noch der werbetreibenden Wirtschaft würde das Programm auch nur ein bißchen demokratischer, bürgernäher, engagierter oder zensurfreier als die bisherigen Programme.

Alternative: Freie Radios?

Rundfunk fordern, begründet mit der besonderen Nähe der Presse zum Rundfunk. In Wirklichkeit spitzen sie auf die Fernsehwerbung und auf die hier schlummernden Gewinne. Nicht minder aktiv ist die elektrotechnische Industrie, die angesichts der fast vollständigen Sättigung des Marktes mit Telefon, Farbfernseher, Radiogeräten, Casettenrecorder u.ä. ständig auf der Suche nach neuen Märkten ist (Video, Stereo-TV). Nicht zu vergessen in der Phalanx der Befürworter von Kommerzfunk ist die werbetreibende Wirtschaft, die noch nie einverstanden war mit den gesetzlichen Beschränkungen für Werbefernsehen in der BRD.

Zurückkommend auf die Frage, wer in Zukunft Rundfunk machen soll, sollte das gesellschaftliche Monopol gebrochen werden, kann man mit Sicherheit eines sagen: Weder durch den Zugang der Verleger noch der Elektroindustrie noch der werbetreibenden Wirtschaft würde das Programm auch nur ein bißchen demokratischer, bürgernäher, engagierter oder zensurfreier als die bisherigen Programme.

Alternative: Freie Radios?

Oder könnte man den Parteieneinfluß im derzeitigen Rundfunk, die Starrheit des Programms und die von den tatsächlichen Problemen teilweise abgehobenen Sendungen, die zahlreichen Fälle von Beschneidung journalistischer Freiheit, den direkten Zugriff der Parteipolitiker auf das Programm beseitigen sowie die Geltendmachung der Meinungen derjenigen Menschen, die sich sonst nicht öffentlich artikulieren können, damit erreichen, indem Frequenzen und Kanäle völlig frei vergeben werden, wie dies in Italien 1975 der Fall gewesen ist? Die Erfahrungen der Freien Radiobewegung (Piratensender) sprechen dagegen. In den ersten beiden Jahren der Freigabe haben die sogenannten Freien Radios (auf lokaler Ebene von interessierten Menschen oder Gruppen gemachtes Radioprogramm, offen für die programmliche Mitarbeit eines jeden Hörers) in Italien zwar eine große Blüte erlebt, aber heute gibt es von den 600 ehemals freien demokratischen Radios nur noch ca. ein Dutzend. Neben den inhaltlichen Differenzen über die Zielsetzung der Freien Radios waren es hauptsächlich ökonomische Probleme, die das Ende der Freien Radios bedeuteten. Und zwar zu dem Zeitpunkt, als sich herausstellte, daß Berichte und Nachrichten, die über den begrenzten lokalen Rahmen hinausgingen, ohne Geld nicht machbar waren und ein alternatives Nachrichtennetz fehlte. Aus diesen (italienischen) Erfahrungen heraus sehen sich die bundesdeutschen Freien Radios selbst, die laut Fernmeldeanlagengesetz illegal senden, nicht als Alternative zu den bestehenden Rundfunkanstalten, sondern eher als deren Korrektiv.

„Die technischen Einrichtungen, mit denen die Rundfunkanstalten heute arbeiten, haben in der Anschaffung einige hundert Millionen Mark gekostet. Sie wurden ausnahmslos aus Geldern der arbeitenden Bevölkerung bezahlt, aus Steuern und aus Rundfunkgebühren. Die Rundfunkanstalten sind also faktisch Eigentum der Gesamtgesellschaft“, meint dazu die Kölner „Initiative Rettet die Rundfunkfreiheit“. Aber: Die Vorstellungen, wie man Rundfunk anders machen könnte, sind in der Bundesrepublik erst sehr schwach entwickelt, weder von den Gewerkschaften noch von den Freien Radios, noch von den in der Analyse sehr kritischen Medienexperten noch von den Rundfunkredakteuren selber. Für weniger Parteieneinfluß und mehr Einfluß der gesellschaftlichen Gruppen (was soll z.B. ein einziger DGB-Vertreter unter 66 Mitgliedern des ZDF-Fernsehrats ausrichten?) treten sie alle ein; weniger langweilige, die gesellschaftlichen Widersprüche verkleisternde Ausgewogenheit des Programms, Ablehnung der kommerziellen Trägerschaft der Neuen Medien – darin ist man sich sicher einig. Aber wie soll das Neue aussehen? „Wie würden wir uns Kommunikation mit Hilfe von Rundfunk und Fernsehen vorstellen, was sind unsere Wünsche, es anders zu machen? (...) Den etablierten Rundfunk nicht frustriert in die Ecke stellen und nur noch Alternativrundfunk hören, sondern den etablierten Rundfunk auf-

gebühren. Die Rundfunkanstalten sind also faktisch Eigentum der Gesamtgesellschaft“, meint dazu die Kölner „Initiative Rettet die Rundfunkfreiheit“. Aber: Die Vorstellungen, wie man Rundfunk anders machen könnte, sind in der Bundesrepublik erst sehr schwach entwickelt, weder von den Gewerkschaften noch von den Freien Radios, noch von den in der Analyse sehr kritischen Medienexperten noch von den Rundfunkredakteuren selber. Für weniger Parteieneinfluß und mehr Einfluß der gesellschaftlichen Gruppen (was soll z.B. ein einziger DGB-Vertreter unter 66 Mitgliedern des ZDF-Fernsehrats ausrichten?) treten sie alle ein; weniger langweilige, die gesellschaftlichen Widersprüche verkleisternde Ausgewogenheit des Programms, Ablehnung der kommerziellen Trägerschaft der Neuen Medien – darin ist man sich sicher einig. Aber wie soll das Neue aussehen? „Wie würden wir uns Kommunikation mit Hilfe von Rundfunk und Fernsehen vorstellen, was sind unsere Wünsche, es anders zu machen? (...) Den etablierten Rundfunk nicht frustriert in die Ecke stellen und nur noch Alternativrundfunk hören, sondern den etablierten Rundfunk auf-
merksamer als je zuvor kritisch beobachten und darüber diskutieren, damit wir uns und unsere Ansprüche kennenlernen, unsere gemeinsamen Ansprüche an eine andere, bessere Kommunikation.“ (Initiative Rettet die Rundfunkfreiheit)

Fernsehvorschau

Wajda, Film und polnische Ereignisse ...

... über all dieses kann man in den nächsten Tagen relativ viel erfahren. Da ist die Sendung über Wajda selber, im Rahmen des „Filmforums“, wo er bei den Dreharbeiten gezeigt wird, seine Schwierigkeiten, seine Arbeitsmethoden inmitten der politischen Auseinandersetzungen. Filmausschnitte und Aussagen anderer polnischer Regisseure ergänzen das Bild, das vor allem durch ein Interview mit Wajda selbst gezeichnet werden soll.
Sonntag, 27.9., 21.50 Uhr im ZDF

Tags drauf folgt „Der Mann aus Mamor“ – ein Stück polnischer Geschichte. Eine Filmstudentin versucht, das Leben des „Helden der Arbeit“ von 1952, Mateusz Birkut, zu dokumentieren. Je mehr sie forscht, um so mehr muß sie feststellen, daß Birkuts Leistung eine perfekt inszenierte Propagandaschau war. Die Suche nach Birkut selber bringt einiges zu Tage, was nicht in die offiziellen politischen Verlautbarungen paßt ...
Montag, 28.9., 21.20 Uhr im ZDF

Nur in *Nord III* ist leider der Dokumentarfilm „Das Denkmal von Danzig“ zu sehen. Aus verschiedenen Amateurfilmen sind die Ereignisse des 17. Dezember 1970 in der polnischen Hafenstadt Gydnia vom Finnen Jarmo Jääskeläinnen filmisch zusammengestellt worden. Erst im Jahre 1980, als das Denkmal zum Gedenken an die Opfer des Arbeiterstreiks aufgestellt wurde, wurden verschiedenste dieser Filmausschnitte zu Tage gefördert.
Freitag, 2.10., 20.15 im Nord III

Ein Novum ist auch die *Erstaufführung* von Andrzej Wajdas Film, „Der Mann aus Eisen“ im Fernsehen, bevor er in die deutschen Kinos kommt. Der Film, der bei den diesjährigen Filmfestspielen in Cannes die „Goldene Palme“ erhielt, schließt eigentlich direkt an die Ereignisse von 1970 an, da wo der „Mann aus Marmor“ endete: Bei der Frage, was wurde aus dem Aktivisten Birkut. Der Film Wajdas vollzieht die polnische Entwicklung der letzten 10 Jahre nach und die Lehren, die die Arbeiterbewegung aus den Ereignissen von 1970 gezogen hat, die unter anderem den Aufbau der „Solidarność“ bewirken. Filmstory und aktuelle politische Entwicklung in Polen gehen ineinander über, bis hin zum Auftreten Lech Walesas als Trauzeugen.
Sonntag, 4.10., 21.55 Uhr im ZDF